

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 Mark pro Monat
Eingetragene in die Post-Verzeichnisse
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Belastet für die sechsstelligen Nummern
gehe über deren Raum 10 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (selbst-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellenanzeige und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Dem Dichter des Zornes!

„Wie hat mir dieses Aufbrausen und das Herz „im
Maule“ führen nicht schon geschadet!“ So schreibt der junge
Freiligrath einem Freunde. Wir wissen heute, daß
dieses Aufbrausen in dem Dichter Freiligrath gerade die
besten Kräfte gelöst hat, daß er gerade dadurch zum sturm-
gewaltigen Sänger des lodernen männlichen Zornes ge-
worden ist.

Rebellenstolz steckte im dem Dichter Freiligrath von seiner
frühesten Jugend an. Die weitausgreifenden Flügel seiner
stürmenden dichterischen Phantasie stießen gegen die Enge
seiner Umgebung, gegen die traute Spieghbürgerlichkeit seiner
Familie, gegen den aufgezwungenen Beruf des Spezerei-
warenhändlers, gegen die tausend Gemüthspeine, die sich in den
zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts
jedem freigeistigen Manne in den Weg stellten.

Schon als Sechzehnjähriger zeichnet er in leidenschaft-
lichen Versen das Ziel seines Lebens. Er berauscht sich in
seiner Phantasie an dem Wilde eines kochenden Vulkan, der
mächtige Steine und ein Meer von heißen Garzen auf den
beschnittenen Rachen einer fernen Nordlandsinsel schleudert.
Und dieser Insel soll sein eigenes Leben gleichen: „Wie rot
und heiß Hella Steine von den Finnen Wirft nach der Jaarder
Eis: So aus meinem Haupt, ihr Kerzen Wilder Lieder,
sprühn und wallen Sollt ihr, und in fernen Herzen Siedend,
gischend niedersallen.“

Was der Sechzehnjährige mit wildem Sehnen erträumt,
das hat der Mann gehalten. Seine wilden Lieder sprühen
und günden noch heute wie Lavaglut, wenn sie in die Herzen
kämpfender Arbeiter fallen.

Als die Julirevolution wie eine Windsbraut durch die
Länder segte, begrüßte der einundzwanzigjährige Freiligrath
sie wie einen Hoffnungsstrahl kommender Freiheit. Als bald
danach die alte Unfreiheit wieder im Sattel sah und das
„Staatenrot“ fest im Bügel hielt, träumte sich Freiligrath
in den Bann von Mekkas Loren, wo seine Hand ein Schwert
führen, wo aber seiner Dichtung innere Flamme in lodernen
Gefängen den Zorn, den Groll auf die Männer überströmen
solle, „denen glühend wie meines in heißen Schädeln brennt
das Hirn“. Oder er sieht in dem Rebel am Strande die
Wolke der Finsternis, die über Deutschland liegt und: „mir
ist, als jürn' in ihr, wie der Groll des Donners, meines
Liedes Dräuen; — als fahre, wie niederfährt der Blitz aus
dunkler Luft, so mein Gedanke zehend durch den Duff, daß
gündend er sich außen offenbare“.

Noch war Freiligrath kein politischer Dichter, noch ent-
sprang sein zorniges Grollen mehr seinem allgemeinen mens-
lichen Empfinden, seiner Unzufriedenheit mit der Enge der
Zeit. Aber er war schon auf dem Wege zu der Dichtung,
deren kühnster Wortführer er werden sollte. Ein Zeitungs-
blatt fällt ihm in die Hände, in dem er liest: „Weil ein irisch
Weib, in Witwennöthen, den Jähnten nicht zeitig abgetragen,
sich ihr den einzigen Sohn ein Priester — töten!“ Eine
Zeitungsnotiz! Aber in dem Dichter läßt sie lodernen Zorn
über solche Wäberei aufschäumen.

„Die Lippe hebt mir, aber nicht zu beten,
Und die von selbst geballten Häufte droh'n.
Ohnmächtig Jähnen! nennst es nicht sol — ward
Das Wort mir nicht, zu züchtigen den Fron?
Dies Blatt ist einzig für die Gegenwart,
Den Augenblick, fort raßt es mit der Stunde;
Doch um den Dichter drängen sich geschart
Die Enkel noch; was er mit seinem Wunde
Gebrandmarkt, bleibt es; mächtig dringt das Lied
In Ohr und Herzen, sorgend, daß die Kunde
Nicht untergeht.“

Gerade dieses Gedicht ist kennzeichnend für Freiligrath,
auch für den späteren politischen Revolutionär. Aus einem
unscheinbaren Anlaß erwächst ihm ein Bild der Zeit; ein
Ereignis, das am nächsten Tage vergessen sein würde, erweckt
seine dichterische Begeisterung, und er formt daraus eine
Dichtung, die noch die Fabel ergreifen soll. Er will bewußt
die Gemeinheit mit dem Zorne des Dichters brandmarken,
damit die Kunde daran nicht untergeht, sondern noch auf
fernere Zeiten wirken kann.

Es bedurfte nur des richtigen Anstoßes, um Freiligrath
vor die eigentlichen Aufgaben seines poetischen Könnens zu
stellen.

Aber der Anstoß kam nicht so bald. Zwar wirkten die
größeren Ereignisse im politischen Leben auch auf Freiligrath
ein. Als man in Lippe-Deinold zur Errichtung des Hermanns-
denkmals riefte, schrieb Freiligrath einem Freunde bitter:
„Ich dachte, in einer Zeit, wo die Göttinger Sieben,
und unter ihnen ein Jakob Grimm, Landes verwiesen werden,
könnte sich der deutsche Patriotismus auch wohl anders und

schöner als durch Errichtung eines Denkmals für Hermann
betätigen. Was liegt nicht alles in unserer Zeit! Wer
das Zeug dazu hat, sie recht zu packen, der
macht wohl noch anderes als Denkmäler.“ Und dann rühmt
er des österreichischen Dichters Karl Veß „Gepanzerte Lieder“.
„Der ist ein Gewaltiger, dieser einundzwanzigjährige Ungar
... Respekt vor dem Kerl!“ In einem Briefe an einen
anderen Freund kommt er nochmals auf Jakob Grimms Ent-
lassung zurück. Und wieder zuckt's ihm in den Fingern:
„Wer doch alles so recht packen könnte, was
in unserer Zeit liegt — das könnte Gedichte geben!“
In einem dritten Briefe aus jener Zeit zittert derselbe bren-
nende Wunsch nach großer, starker politischer Gestaltungskraft:
„Ob Götz wohl auch Mailieder gemacht hätte, wenn Anno
1773 sieben Professoren par ordre de moukti exiliert worden
wären? — 's ist ein schwüle Zeit, der Poet steht vereinsamt
in ihr, ein überflüssiges Gerät! Wohl ihm, wenn er
die Interessen der Zeit so zu erfassen ver-
steht, wie in neuester Zeit Grün und Veß.“

Noch konnte Freiligrath für die Not der Zeit die richtigen
Worte nicht finden. So schaffte er dem in ihm wogenden
Ungeklüm einen Ausweg durch seine exotische Lyrik, durch
die farbenreichen, lebendigen Gedichte über Wüste, Urwald,
Meer. Er hat es selber deutlich genug gesagt, daß seine
Wüsten- und Löwenpoesie im Grunde auch revolutionär,
„allerentchiedenste Opposition gegen die zahme Dichtung,
wie gegen die zahme Sozietät“ war; wer die Gedichte mit
dem richtigen Verständnis für die Eigenart Freiligraths
liest, wird in ihnen auch ganz unverkennbar die Lage des
Kämpfers spüren. Er zog sich mit diesen Gedichten gleichsam
hinter die Schlachtlinie zurück; er wollte erst mit sich selbst
ins Reine kommen über das, was neu und unbändig in ihm
gärte; es kam die St. Goarer Zeit, „auf der ich einem
Wendepunkt in meinem Leben ruhig entgegenstehe. Ich will
hier an mich herankommen lassen, was mir etwa noch vor-
behalten ist, ohne mich darum zu drängen“.

Der leichtentflammte, zornfunkelnde Kämpfer blieb er bei
alleidem: „Weim Witzgen Eurer Garnischjerde und beim Er-
klingen Eurer goldenen Sporen erwacht in mir die alte
Kampfbegierde.“

Als aber wortgewandte, bewegliche Streiter, ungeduldige
Gusaren der Revolution auf ihn einredeten, als man ihn mit
Gewalt, bevor noch die innere Entwidlung in ihm zum Ab-
schluß gekommen war, in ein Parteilager ziehen wollte, häumte
sich der alte Westfalentrog in ihm auf. Da schrieb er sein
viel zitiertes Wort vom Dichter, der über den Parteien stehen
müsse. Um so tapferer war der Mut, mit dem er bald danach
seine ganze dichterische Vergangenheit, seinen Ruhm, seine und
seiner Familie Existenz aufs Spiel setzte, als er sich zu seiner
neuen Weltanschauung durchgerungen hatte, als er sein
„Glaubensbekenntnis“ wie einen ledern Schuh in die Dede
und schwüle Stille jener Tage warf. Er bekennt offen, daß
er seinen Standpunkt über den Parteien aufgegeben hat,
„fest und unerschütterlich trete ich auf die Seite derer, die
mit Stirn und Brust der Reaktion sich entgegenstemmen.
Kein Leben für mich ohne Freiheit. ... Mein Gesicht ist
der Zukunft zugewandt!“

Jetzt hat er den Anschluß an die großen, bewegenden
Fragen der Zeit gefunden; jetzt versteht er die Räte der
Zeit, ihre Sorgen und Qualen, aber auch ihre drängenden,
jauchenden Ideale; jetzt ist die Unruhe und die selbstquäl-
erische Unzufriedenheit in seinem Innern vorbei; jetzt weiß
er, wofür der Dichter zu kämpfen hat: „ich segne noch stündlich
den Schritt, der mich dahin führte, wo ich jetzt stehe. Meine
Stellung ist eine ganze geworden, Gott sei Dank, und ich
brauche meinen Zorn nicht mehr täglich in
mich hineinzufressen“.

Und die Zeit eilte mit großen Schritten vorwärts.
Ueberall in Deutschland witterte es. Die Konflikte
zwischen Bourgeoisie und Krone verschärften sich von Tag zu
Tag, der Ton der radikalen Presse wurde lecher und lecher,
die satirischen Dichter sandten Spottseile auf Spottseile in
die Perrücken und Hosenböhden der Reaktionenäre.

In Freiligrath aber trieb das Rachen des Wölkfrühlings
die ganze lange verhaltene revolutionäre Kraft seines dichte-
rischen Temperaments zu vollster Entfaltung. Sie waren
rascher entflammt gewesen, die Süddeutschen und die Ober-
flächlicheren, und hatten ihren revolutionären Latendrang
rascher in poetische Form zu gießen gewußt als der herbe,
troigige, aufrechte Sohn Westfalens. Aber als diesen erst
einmal der Geist der Zeit gepackt hatte, als er sich nach
ernstem inneren Kampfe zum sieghaften Glauben an das
Volk und seine revolutionäre Mission durchgerungen hatte,

als sein unbändiger Zorn endlich die kühne Bahn gefunden
hatte, auf der er ungehemmt in gewaltigen Wogen dahin-
brausen konnte, da blieben die anderen weit hinter ihm zurück,
da stand er begeistert und begeisternd in den vordersten
Schlachtreihen der Kämpfenden und feuerte sie durch die hin-
reichende Kraft seines Gesanges zu immer kühneren Taten an.

Zorn, loderner Zorn, der in der hochgehobenen Rechten
die bligende Waffe schwingt, — das ist es, was aus allen
seinen Revolutionsgedichten mit unwiderstehlicher Gewalt
hervorbricht. „Selten oder nie“, sagt Robert Pruy, ein Zeit-
genosse und gleichgesinnter Dichter über das erschütterndste
Revolutionsgedicht Freiligraths, über die furchtbar-gewaltige
Predigt der Toten an die Lebenden, „hat der glühendste Zorn,
der inbrünstigste Haß, die zähnefleischende Verachtung sich
in so wahrhaft großartiger, so erschütternder Weise aus-
gesprochen, noch ist es viel anderen Dichtern gelungen, die
an sich widerwärtigsten und grauigsten Szenen noch in einer
so edlen poetischen Beleuchtung zu zeigen ... es ist etwas
von dem wilden Schlachtenmut der alten Katten in diesem
blauäugigen Sohne Westfalens“.

Aber die Revolution erlag, aus der heißen Märzzeit
waren schon kalte Tage geworden, als nur erst die Blüten
des Frühlings von den Bäumen fielen. Die tapferen Kämpfer
mußten flüchten. In Freiligrath aber blieb der Zorn lebendig.
Es glüht wie sengender Atem aus jeder Zeile des stolzen
Truggedichts „Die Revolution“, das er von London aus in
die geschäftigen Dunstnebel der siegreichen Reaktion hinein-
donnerte.

Und der Zorn blieb in ihm auch die langen Jahre der
Verbannung hindurch. Wohl brach er nicht mehr wild und
ungeklüm hervor wie in den hoffnungsreichen Kampfzeiten
der Märzrevolution. „Die Not der Zeit ließ unsere Saiten
rosten“, so klagt er in einem Briefe. Auch war er nie in
dem Sinne ein streng geschulter, überzeugungsstarker Politiker
gewesen, um wie Marx nach dem Zusammenbruch der März-
revolution mit ernster wissenschaftlicher Gründlichkeit aus den
bitteren Erfahrungen der Revolution die ersten Bausteine der
zukünftigen proletarischen Revolution zu formen. Freiligrath
war ein Kommunist und Revolutionär mit dem Herzen und mit der
leidenschaftlichen Emphase des Dichters geworden zu einer Zeit,
als der Kampf seiner poetischen Gestaltungskraft die packendsten
Stoffe bot. Als der Kampf der großen Jüge entbrennen
mußte, als er in der Heimlichkeit und Mißsal des Exils
mit äußerlich unscheinbaren, versteckten Mitteln geführt werden
mußte, bot er der Muse Freiligraths keine rechten Anregungen
mehr, und sie zog sich allmählich ermüdet und fröstelnd vom
Kampfsplatz zurück.

Aber Freiligrath selbst blieb, der er war, fest und un-
erschütterlich, wie er's im Glaubensbekenntnis gelobt hatte,
nur daß sein Zorn und Groll sich in sein Inneres zurückzog.
Auch seine wenigen Kriegsgebichte von 1870 widersprechen
dieser Tatsache nicht. Schließlich brach hier in ihm nur wieder
der Grimm über eine angebliche Beleidigung Deutschlands
durch den französischen Kaiser unerwartet hervor und zu-
gleich die Hoffnung, daß endlich ein freies großes Deutsch-
land erstehen werde. Freiligrath war in den Blutsommerlagen
1870 nicht der einzige Sozialist, der die deutschen Truppen
mit Begeisterung in das Feld ziehen sah. Ein Wort, das
seiner alten, ehrlichen Ueberzeugung widerspräche, sucht man
aber in den Gedichten wie in den Briefen Freiligraths aus
jener Zeit vergebens.

Statt dessen geht aus einem Briefe aus dem Jahre 1871
an den jüngst verstorbenen Julius Wolff hervor, daß in
Freiligrath schon in den Kriegsjahren längst wieder der alte
Zorn gegen niedrige Gesinnung und Brutalität über den kurzen
Rausch nationaler Begeisterung gestegt hatte. Wolff hatte einem
Kriegsgebichte einen „widerlichen und abscheulichen Schluß“
angehängt, in dem er deutsche Soldaten als Henker französischer
Franktireurs schilderte und pries. Da beehrte der alte Freiligrath
auf! Schill und Lüthow und Andreas Hofer und die spanischen
Guerrillas seien auch nur Franktireurs gewesen, und ein Poet
solle sich über solche Rohheiten nicht schmunzelnd die Hände
reiben: „Bitter, bitter beklagen soll er die durch den Krieg
gebotene Grausamkeit und, wenn er nicht ganz und gar
schweigen will, nur in solchem Sinne seine Stimme erheben ...
Der Teufel hat Sie geritten, daß Sie, und mit Befagen, uns
die armen Schenkten zeigen mußten.“

Und einige Jahre später, mitten in dem tollen patriotischen
Laumel über die Einigung Deutschlands, fährt Freiligrath seinen
Freund Berthold Auerbach unwirsch an wegen seiner „Einheits-
freude“: „Ich brauche Dich nicht daran zu erinnern, wie ich in
den Tagen der Gefahr mich rückhaltlos auf die nationale Seite

gestellt habe. Daß ich darum aber das „Reich“, wie es aus dem Kampfe hervorgegangen ist, für das Höchste halten sollte, für das Ideal, nach dem wir alle gestrebt, für das wir Kerker und Exil nicht gescheut haben, das fällt mir nicht ein. Ich akzeptiere die Dinge, wie sie sind, als eine zeitweilige Notwendigkeit, aber ich begeistere mich nicht dafür.“ So kühl urteilte Freiligrath 1874, zwei Jahre vor seinem Tode, so deutlich gab er den Freunden zu verstehen, daß die Verbitterung von 1848 her noch tief in ihm lag.

Und was hätte Freiligrath wohl in Briefen oder Gedichten gesagt, wenn er noch zwei Jahre länger gelebt hätte! Wenn er Zeuge des Schwindels der Attentate zur Vorbereitung des Sozialistengesetzes geworden wäre! Wenn er hätte erfahren müssen, daß das neue Deutsche Reich mit Bismarck am Steuer und dem ehemaligen Prinzen von Preußen an der Spitze aus den Erfahrungen eines halben Jahrhunderts nichts Besseres gelernt hatte als die brutale Knebelung des Proletariats!

Vielleicht wäre in dem alten, eisenfesten Graukopf noch einmal der Bohn zu hoher Rohe emvorgeschlagen, und er hätte in die Gemeinheit jener Tage wieder den Feuerbrand seiner Gedichte geschleudert!

Jahrzehnte sind seitdem vergangen. Das Sozialistengesetz und seine Urheber sind längst dahin, das Klassenbewußte Proletariat aber schreitet siegesfreudig und zukunftsicher seine Bahn. Es fürchtet nicht die Läden noch die Machtmittel seiner zahlreichen Gegner. Wenn es aber einmal der Aufrichtung oder Velebung bedarf, so greift es zu den hinreichenden Gefängen, mit denen der größte Dichter des Proletariats im Völkerfrühling 1848 den Kampf beflügelte; so läßt es den donnernden revolutionären Bohn Freiligraths auf sich überströmen; und mit ihm reißt es den tausend Feinden der Freiheit fühlend die trotzig Stirn entgegen mit dem jubelnden Kampfschrei:

Nur was gefällt, vertreten ihr,
Seid Raßen nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
Unser die Welt, trotz alledem!

Sozialistische Klassenpolitik im französischen Parlament.

Paris, 14. Juni (Fig. Ber.) Der nichtsagenden und zweideutigen Regierungserklärung haben die geeinigten Sozialisten gestern eine klare, umfassende Erklärung der proletarischen Klassenpolitik entgegengesetzt. In die Form einer Tagesordnung gekleidet, enthält sie ein Programm der politischen, kulturellen, handelspolitischen und sozialpolitischen Reformen, mit denen die sozialistische Demokratie den Weg zur vollständigen Befreiung des Proletariats und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bahnen kann. Niederlegung der Schranken der kollektiven Bestrebungen der Arbeiterklasse, Verbesserung des Erziehungswezens unter Mitwirkung der organisierten Lehrerschaft und unter Kontrolle der Eltern, Steuerreformen im Interesse der Beschäftigten, Ausdehnung der staatlichen und Gemeindefunktionen, internationale Vereinbarungen über die fortgesetzte Herabminderung der Zölle, Wohnungsreform, Bekämpfung des Alkoholismus, Schutz der Heimarbeiterschaft, Mitwirkung der Arbeiterklasse an der Gewerbeinspektion, Achtstundentag und Lohnminimum, eine wirksame Sozialversicherung, Uebertragung der kapitalistischen Monopole an die Nation, Nationalisierung der noch freien Naturschätze, Kündigung, des Privilegs der Bank von Frankreich, Kontrolle der Finanzorgane und nationale Organisation des Kredits, Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf das Landproletariat, Sicherung des Wertzuwachses für die Bearbeiter des Bodens, Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens, Schutz der Seelente und Organisation der Fischerei, Umwandlung der Armee in eine Miliz, Eintreten für internationale Schiedsgerichte, Verurteilung kolonialer Expeditionen, Eingeborenenrecht, Anerkennung der Gleichheit aller Rassen — und als Vorbedingung zu alledem das Aufgeben der gegen das Proletariat gerichteten Klassenpolitik des bürgerlichen Staates und die fortschreitende Demokratisierung, Proporz und Frauenstimmrecht, sowie eine verbesserte Organisation der parlamentarischen Arbeit, das sind die wichtigsten Reformen, die die von allen 75 Deputierten der Fraktion unterzeichnete Erklärung vorschlägt.

Zu ihrer Begründung sandte die Partei drei Redner, durchweg neue Abgeordnete, vor: außer Genossen Albert Thomas, der sie verlas, die Genossen Brizon und Lauche. Es war ein glänzendes Debüt des Sozialismus in der neuen Kammer, zugleich ein persönlicher Erfolg der Redner. Diese hatten sich ihre Aufgabe eingeteilt. Thomas behandelte namentlich die allgemeine wirtschaftspolitische Situation, den industriellen Aufschwung, der sich kundgibt, und das Verhalten der Regierung zu den Großkapitalisten, die die neuerschlossenen Reichtumsquellen mit Beschlag belegen wollen. Er wies darauf hin, daß die Frage des Alkohols und des Versicherungsmonopols in der Regierungserklärung ebenso übergangen wird, wie die Revision des veralteten Vergesetzes von 1810, und beklagte die skandalöse Wahlkorruption, die die Versicherungsgesellschaften in der letzten Wahlkampagne betrieben haben. Er forderte die Nationalisierung der Wasserkräfte, die jetzt an kapitalistische Unternehmer verschleudert werden, und appellierte an die Abolition, ihr altes Verstaatlichungsprogramm jetzt zu verwirklichen. Zum Schluß zeigte er die Einheit und die Selbständigkeit der Arbeiterklasse, als die leitenden Ideen des organisierten Proletariats. „Die Arbeiterklasse“, sagte er, „kann an der allgemeinen Funktion des Staates nur teilnehmen, indem sie ihn erobert.“

Genosse Brizon, ein Lehrer aus dem Departement Allier, analysierte die verschiedenen Ausbeutungsformen, unter denen die Kleinbauern und Halbpächter leiden. Die Bourgeoisdeputierten, wegen ihrer Ohnmacht gegenüber Thomas schlagender Rede gereizt, suchten sich an dem zweiten sozialistischen Sprecher zu rächen, indem sie ihn, um einiger rhetorischer Neugierigkeiten willen, blödsinnig anklagten. Genosse Brizon hielt aber den Ungezogenheiten wacker stand und sagte

zu dem sehr ernsten Thema sehr ernste Worte, die bei der Bauernschaft sicher Widerhall finden werden.

Die dritte Rede wurde zu einer parlamentarischen Sensation. Die französische Kammer, in der bisher Professoren, Kerzler, Journalisten und Gutsherrn die Arbeiterfrage diskutiert haben und die wenigen, dem Proletariat entworfenen Redner sich zumeist auf Spezialfragen ihres Berufs beschränkten, bekam auf einmal einen sozialistisch geschulten Arbeiter zu hören, der mit einer, auf reiches dokumentarisches Material gegründeten Sachlichkeit, mit rednerischer Meisterhaftigkeit und mit dem vom sozialistischen Ideal entzündeten Feuer furchtbare Abrechnung mit dem sozialpolitischen Schwindel der radikalen Republik hielt. Die Rede des Genossen Lauche wirkte auf die blasierten Parlamentschwäger und die neu angekommenen ahnungslosen Provinzpröhlige einfach verblüffend. Da stand ein unscheinbarer Proletarier, ein Mitglied jener als Herd von Uebelthätern ausgeschrienen Arbeitskonföderation vor der Versammlung und warf mit einer Gebärde, Schlag um Schlag vor dem Botemünchischen Dorf bürgerlichen Arbeiterschutzes ein Bretterhaus nach dem anderen um. Als sich Viviani zu einem Rettungsversuch erhob, fertigte ihn Lauche mit einer Ueberlegenheit ab, daß dem gegen die Unternehmung allzu gefälligen Arbeitsminister die Lust zu weiteren Unterbrechungen verging. Lauche hat mit einer Kraft der Argumente, die auch auf anderen Seiten des Hauses ihre Wirkung wenigstens im Augenblick nicht verfehlte, gezeigt, daß unter einer Regierung, die mit einem pompösen hergerichteten sozialreformatorischen Programm vor die Kammer tritt, die bestehenden gesetzlichen Vorsehrungen für den Arbeiterschutz immer mehr in Verfall geraten, daß die Gerichte ohne Widerstand der Verwaltung die Unfallversicherung ruinieren, die Gewerbeinspektion vernachlässigt wird, die Bewilligung von Ueberstunden in skandalöser Weise überhand nimmt — von 1903 bis 1908 ist die Zahl der Bewilligungen von 4451 auf 6800 gestiegen. 1903 waren 967 000 Kinder, 2 375 000 junge Mädchen, 2 600 000 Erwachsene davon betroffen, 1908 dagegen 1 438 000 Kinder, 3 400 000 junge Mädchen und 4 Millionen Erwachsene! — und daß die Zahl der Unfälle von 212 000 im Jahre 1903 auf 334 000 angewachsen ist, die Zahl der verunglückten Kinder von 2000 auf 4000!

Lauche sprach dann davon, was die Regierung wirklich für die Arbeiter tue, von den Behinderungen der Organisationen, von der Unterdrückung der Demonstration am 1. Mai. Und von dem heuchlerischen Vorwand, mit dem Großkapitalisten von den gesetzlichen Pflichten gegen ihre Arbeiter befreit werden, wenn sie für die „nationale Verteidigung“ arbeiten, kam er logisch auf die angekündigte Marinevorlage und die weiteren in Aussicht stehenden Forderungen des Militarismus zu sprechen. „Nicht einen Groschen werden wir für diese Ausgaben bewilligen!“ rief er den Bourgeoisparteien zu und setzte dem interessierten Patriotismus des Unternehmers den Patriotismus des sozialistischen Proletariats entgegen, das eine gesunde und starke Nation will.

So stand der erste Tag der Verhandlung über die allgemeine Politik durchaus im Zeichen des Sozialismus, der der Demokratie sein Gepräge aufzubringen sich anschickte. In der heutigen Sitzung sprach als erster Redner Genosse Aubriot namentlich über den Proporz. Und die sozialistische Kritik ist erst am Anfang. Da hilft kein Zeugnis mehr — die alten Kapitalgeier der bürgerlichen Parlamentarier haben ihren Sinn verloren. Der Klassenkampf begehrt sein Recht im Parlament — dies ist der Eindruck der neuen Situation, dem sich auch die ernste bürgerliche Presse nicht zu entziehen vermag.

Das Koalitionsrecht in der bayerischen Kammer.

München, 15. Juni. Die Veranlassung zu erneuter Besprechung der Frage der Koalitionsfreiheit und des Koalitionsrechtes in der Kammer gaben zwei Petitionen. Die eine kam von Augsburg und forderte den Schutz der zu öffentlichen Aemtern gewählten Arbeiter und Privatangestellten sowie die Schaffung eines wahrhaften Koalitionsrechtes. Die zweite Petition wurde eingereicht vom Bunde der technisch-industriellen Beamten in München; sie verlangte Aufhebung des § 152 Abs. II und § 153 der Gewerbeordnung.

Die Petitionen waren im sozialen Ausschuss behandelt worden und dieser Ausschuss hatte einstimmig eine Resolution beschlossen, in der die Regierung ersucht wird, im Bundesrat auf Vorlage eines Reichsgesetzes hinzuwirken, das die zu öffentlichen Aemtern gewählten Arbeiter und Privatangestellten gegen Unternehmerrand schützt; der Gebrauch des Wahlrechts zu diesen Aemtern, die Annahme und Ausübung derselben soll insbesondere durch die gesetzlich festgelegte Pflicht des Unternehmers, die notwendig werdende Unterbrechung der Arbeitszeit zu gestatten, durch finanzielle Schadloshaltung und gegen materielle nachteilige Behinderungsmaßnahmen jeder Art sichergestellt werden.

Zweitens soll die Regierung dafür eintreten, daß bei der Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessreform eine gesetzliche Bestimmung geschaffen werde, wonach sowohl bei der Auswahl der Richter des Ausschusses für die Auswahl der Schöffen wie bei der Auswahl der Geschworenen und Schöffen selbst Angehörige aller Stände, auch der Arbeiter und Privatangestellten, berufen werden.

Endlich soll sie im Bundesrat für die Einbringung von Gesetzesentwürfen wirken, wodurch die Koalitionsberechtigung auf alle Unternehmer, Angestellten, Gehilfen, Gesellen und Arbeiter einschließlich der in den Betrieben und in der Verwaltung des Staates, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Verbände Beschäftigten ausgedehnt, als Zweck der Koalition die Förderung der Berufsinteressen jeglicher Art, insbesondere jede Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anerkannt, die Herstellung, Mitteilung und der Gebrauch sogenannter schwarzer Listen verboten, auch die Behinderung am gegenseitigen Gebrauch des Koalitionsrechtes insbesondere durch schwarze Listen sowie der Versuch hierzu als selbständiges Delikt unter Strafe gestellt wird; sowie weiterer Gesetzesentwürfe, die die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine und die rechtliche Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie die Feststellung, daß §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung auf Tarifverträge keine Anwendung finden, zum Gegenstande haben.

Es ist interessant, daß der Berichterstatter, der Zentrumsabgeordnete Graf v. Pestalozzi, im Ausschusse nicht nur für das Vereinigungsrecht aller Arbeiter im Staatsbetriebe, sondern auch für die letzte Konsequenz, das Streikrecht derselben, ganz bedingungs-

los eingetreten ist. Das ist um deswillen interessant, weil zurzeit die führenden Zentrumsorgane eine Hege gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband treiben und denselben als eine Streikorganisation nach oben denunzieren.

Einige Zentrumsabgeordnete fühlten offenbar den klaffenden Zwiespalt zwischen ihrer Presse und ihrer sonstigen Haltung und der Stellungnahme ihrer Parteigenossen im sozialen Ausschusse und stimmten gegen die Ausschussbeschlüsse. Widerspruch in der Diskussion fanden die Anträge nicht.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Juni 1910.

Schluß der Landtagsession.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Landtags wurde am Donnerstag die Session in der üblichen Weise geschlossen. Eine geschäftliche Sitzung hielt vorher nur noch das Herrenhaus ab. Die geborenen und berufenen Gesetzgeber haben sich in der abgelaufenen Session ganz erheblich anstrengen müssen. In etwa einem Dutzend Sitzungen bewältigten sie das Material, das ihnen aus etwa hundert Sitzungen des Landtags zuzug. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung des Herrenhauses sprach Graf Hoensbroech den vom Hochwasser betroffenen Mitbürgern das Mitgefühl des Hauses aus. Bei der Beratung der Sekundärbahnvorlage sprach Graf Mirbach-Sorquitten eine Lanze für den Liebling der ganzen Junkerschaft, Rheinbaben, den er auf das eifrigste gegen die Angriffe des Bankdirektors von Gwinner zu verteidigen suchte. Da der ostpreussische Grande in sehr wichtigen Punkten dem Finanzgewaltigen von der Deutschen Bank heipflichtete, ist diese gesellschaftliche Parteinahme für Rheinbaben ein neuer Beweis dafür, wie man auf eine weitere Beförderung Rheinbabens wartet. Zur Verabschiedung gelangte noch der Rogaiabschluß und das Gesetz über die Feuerversicherungsanstalten, bei dem Bankdirektor Delbrück nochmals auf die Affäre Gwinner-Rheinbaben zu sprechen kam. Tröstend gab er dem Finanzminister zu verstehen, daß nicht alle Bankdirektoren vom Oppositionsgeist Gwinners angesteckt sind. Schließlich gelangte noch eine Anzahl Petitionen zur Erledigung. Eine dieser Petitionen benutzte Graf Hohenthal, um die Fortbildungsschulen und die Schulen im allgemeinen für die Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen. Gottesfürcht und Königstreue, so meinte der Graf, sei das Wichtigste; auf die anderen Fächer komme es nicht so sehr an. Ferienlustig, wie die Kollegen anwesenden geborenen Gesetzgeber waren, vertiefte man sich aber nicht weiter in diesen steifmütigen Gedanken, sondern eilte zum Schluß.

Der Ruf zum Sammeln.

Durch die ganze bürgerliche Presse, mit Ausnahme einiger weniger linksfortschrittlicher Organe, geht der Ruf zum Sammeln wider die rote Flut. Die Nachrichten in Pommern und Hessen, die Gefahr, die sie für 1911 ankünden, läßt die Kräfte aller „Patrioten“ erzittern. Nun helfe, was helfen mag. Auf alle Fälle soll verhindert werden, daß das Prestige der Roten durch die Eroberung zweier Mandate, zweier Kreise, die bisher stets im Besitz der Nationalen waren, noch über den heutigen Stand erhöht wird. So übt denn auch die nationalliberale Presse Selbstverleugnung. Nachdem sie ihren betäubten Gefühlen durch einige mehr oder minder temperierte Scheltreden auf die „beispiellose Gefässigkeit“ der bündlerischen Agitation Luft gemacht hat, kommt sie im allgemeinen zu dem Schluß, daß in den sauren Äpfel der Unterstützung des Bündlerkandidaten in der Stichwahl gebissen werden muß. In der „Kölnischen Zig.“ wird das also ausgedrückt:

Die Nationalliberalen sind in diesem Wahlkampf von den Bündlern viel eifriger mit Schmutz betorwen worden als von den Sozialdemokraten, die sich im allgemeinen einer sachlichen Kampfesweise befleißigt haben. Es kann nicht ausbleiben, daß der Wund sich dadurch bei den Liberalen bittere Feinde gemacht. Trotzdem würden wir es bedauern, wenn jetzt die Nationalliberalen Gewehr bei Fuß züßten, wie der Sozialdemokrat den Sieg davonträgt.

Die „Köln. Korrespondenz“ beschwört die nationalliberalen Wähler also:

Es wird nun für die Stichwahl darauf ankommen, alle Kräfte zusammenzureihen, um das Mandat wenigstens nicht der Sozialdemokratie anheimfallen zu lassen. . . . Es ist nicht zu verlernen, ein wie schweres Opfer eine solche Stimmabgabe für die nationalliberale Partei des Wahlkreises bedeutet, nachdem sie von dem Bund der Landwirte in einer Weise verleumdet und verächtigt wurde, die zwischen nationalen Parteien bisher noch niemals erreicht worden ist. Trotzdem darf für die Nationalliberalen Wählern Friedberg keinen Augenblick ein Zweifel bestehen, wofin sie die Pflicht ruft. Sobald sich auch nur ein kleiner Teil der Stichwahl fernhält, ist der Sozialdemokratie der Sieg sicher. Das gemeinsame bürgerliche Interesse hat in diesem Augenblicke allen anderen, noch so verständlichen Rücksichten und Gefühlen voranzusetzen.

Der „Reichsbote“ gibt noch nicht alle Hoffnung auf, daß in Friedberg-Wählern der Bündler siegt — für die andere Stichwahl, die schon am Freitag entschieden wird, hofft er schon nicht mehr. Sein Schluß ist, daß die Konservativen mit den Nationalliberalen, dem Bund der Landwirte und den Antifemiten schleunigst ein festes Wahlkartell schließen müssen. Das Zentrum hat das Blatt der evangelischen Pastoren dabei wohl absichtlich vergessen.

Uebrigens steht die Sache der Sozialdemokratie nach einer neueren amtlichen Meldung noch besser, als die Zahlen des Wolffschen Bureaus angaben. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis, das wir gestern nur noch in einem Teil der Auflage mitteilen konnten und daher hier nochmals wiederholen werden, wurden insgesamt 2047 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Parteisekretär Rudolf Friedberg (Soz.) 9551, Rechtsanwalt v. Helmolt-Friedberg (Bund der Landwirte) 6396 und Professor v. Calfer-Strasbourg t. C. (natl.) 4397 Stimmen; zerplittert waren drei Stimmen.

Unsere heftigen Parteiblätter heben hervor, daß der starke Zuwachs von über 200 Stimmen in einem ländlichen Kreise mit überwiegend bäuerlicher und Kleinbürgerlicher Bevölkerung erzielt wurde.

Die Stichwahl findet am 24. Juni statt.

Die freisinnige Parteileitung hat, wie wir vorausgesehen haben, sich in ihrer Sitzung vom Dienstag nicht zur Aufgabe einer Parole für die Stichwahl in Wiesdom-Bollin aufgeschwungen können. Sie vertritt sich hinter dem Parteistatut. Die blutige Selbstironie lieft sich angesichts dieser „Vorsicht“ die stolze Ankündigung, daß der Vorsitzende der Parteileitung demnachst in einer Versammlung

zur politischen Lage scharf und entschieden Stellung nehmen wird.

Der evangelische Bund.

Während die konservativen Organe von der Beilegung des Engharntstreits sehr befriedigt sind, will der „Evangelische Bund“ den Kriegspfad noch nicht verlassen. Der Zentralvorstand erläßt schon wieder eine Kundgebung, in der er die päpstliche Antwort als „keine ausreichende Genugtuung“ bezeichnet, um dann fortzufahren:

„Namentlich gilt es, in entschlossener Abwehr der Zentrumsparthei entgegenzutreten, die noch päpstlicher als der Papst kein Wort der Mißbilligung des Mundschreibens im Parlamente fand, die den Geisteskampf zwischen Rom und Bittenberg auf das Gebiet des politischen Machtamples überträgt und dadurch in unserem Volksleben zur dauernden Störung des konfessionellen Friedens führt. Darum muß der einmütige Ruf aller deutschen Protestanten lauten: Keinerlei Förderung der Bestrebungen der politischen, päpstlichen Vornarrträger im deutschen Reiche, keinerlei Bündnis mit dem Zentrum! Nur durch solche klare Stellungnahme kann das hohe Gut des deutschen Bürgerfriedens erfolgreich gewahrt werden.“

Die Junter werden dem Bund ein Pfeifen. Eine einzige Position des Volkstares ist ihnen wichtiger als sämtliche Glaubensartikel. Deshalb wird es beim schwarzen Blau bleiben. Denn Geschäft ist Geschäft und die evangelische Ideologie würde für die Konservativen jeden Wert verlieren, sobald sie zur Geschäftsförderung würde.

Reichswehrsteuer.

Nächsten Sonnabend wird im Reichshofamt wieder eine Konferenz von Vertretern der Regierung und Reichstagsabgeordneten zusammentreten, um über die Einführung einer Wehrsteuer zu beraten, durch die die Mittel für die Veteranenfürsorge aufgebracht werden sollen. Bekanntlich wird die Wehrsteuer von Konservativen und National-Liberalen verlangt, während die Regierung bisher einen ablehnenden Standpunkt einnimmt.

Dernburg dankt für eine Durchfallskandidatur.

Der Obmann der National-Liberalen im Kreise Bichowau-Marienbergr hat bei dem früheren Staatssekretär Dernburg angefragt, ob er bereit wäre, bei der Reichstagswahl, die sich durch den Tod des Antisemiten Zimmermann notwendig macht, eine Kandidatur zu übernehmen. Dernburg hat aber abgelehnt mit der Begründung, daß ihm zwar ein sächsisches Mandat sehr sympathisch wäre, er aber davon Abstand nehme, da er sich bis auf weiteres politisch nicht betätigen will.

Dernburg ist natürlich viel zu gewichtig, um die Gefahren eines kräftigen Durchfalls auf sich zu nehmen.

Englische Besucher.

Man schreibt uns aus London: Der Goldstrom der Tarifreformliga, auf dem englische Arbeiterdeputationen nach Deutschland schwimmen, hört nicht auf. Aus allen Ecken Großbritanniens schickt man Partien von Arbeitern auf Kosten der schützamerikanischen Industriellen und Agrarier, die auf einmal ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckt haben, über die Nordsee, um ihnen an einigen auserlesenen Typen zu zeigen, wie die und wohlgenährt der deutsche Arbeiter bei dem Hochschutzzoll der Agrarier ausseht, und um den der Landesprache unkundigen Pilgern durch den Agenten Liga den Sudel voll zu lügen. Daß es unter diesen englischen Besuchern neben den vielen frohen Gesellen, die sich auf Kosten einer freigebigen Gesellschaft ein paar gute Tage machen wollen, auch manche zweifelhafte Charaktere gibt, die nur die Absicht hegen, sich ihren Vätern gefällig zu erwischen, roßige Berichte über die soziale Lage der Arbeiter zu schreiben, um dadurch von der Tarifreformliga irgendeine Anstellung zu ergattern, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Von Zeit zu Zeit herrscht jetzt großer Jubel im Lager der Tarifreformer über diesen oder jenen Sünder aus den Reihen der englischen Gewerkschaften, der Buße getan und der Reue der Freihandels entzagt hat. Solche gerettete Seele bekommt dann irgendein Pöfchen oder wird gar an der Spitze eines neuen Fährleins ins deutsche Schützamerikanerparadies geschickt, um als Blinder die Blinden zu führen. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß die Tarifreformliga als Gegenstoß zu den Berichten der gewerkschaftlichen und politischen Führer des englischen Proletariats, die vor kurzem Deutschland bereisten, ihrerseits ihre aus der englischen Gewerkschaftswelt gewonnenen Renegaten als Gewerkschaftsführer nach Deutschland schickt. Auf alle Fälle sollten sich die deutschen Genossen, wenn sich ihnen irgend ein unbekannter englischer Gewerkschafter — denn unbekannt sind die Ausstellungsgelehrten der Tarifreformliga alle — vorstellt, ihren Mann erst zweimal ansehen, bevor sie sich in eine Konversation einlassen, deren Wiedergabe, nach den bisherigen Praktiken der Tarifreformliga zu urteilen, höchstwahrscheinlich monströse Entstellungen aufweisen wird.

Vergebliches Mühen.

Die „Kreuz-Zeitung“ fühlt das Bedürfnis, die Teilnehmer an der religiösen Kundgebung vor dem Luther-Denkmal gegen unsere ehrende Anerkennung in Schutz zu nehmen, daß sie eine Straßendemonstration veranstaltet hätten. Der Eifer des Blattes ist umso begreiflicher, als erst in der Mittwochssitzung des Dreiklassenhauses ein ministerieller Handlanger sich gegen Straßendemonstrationen ausgesprochen hat. Das Junterblatt macht sehr feinsinnige Unterschiede zwischen Demonstrationen der Frommen und sozialdemokratischen Demonstrationen. Es behauptet, die Teilnehmer der Demonstration seien nicht in geschlossener Menge nach dem Luther-Denkmal marschiert, dort sei auch keine Ansprache gehalten worden, der Gesang des Liedes „Eine feste Burg ist unser Gott“ und das Kaiserhoch seien ganz spontane Kundgebungen aus der Menge gewesen.

Wir bestreiten den Frommen durchaus nicht ihr Recht, für ihre religiöse Ueberzeugung zu demonstrieren, freuen uns vielmehr, daß die Christen zu wiederholten Malen auch für sich das Recht auf die Straße behauptet haben. Sehr stark bezweifeln müssen wir aber die juristische Durchschlagkraft der Argumente, die die „Kreuz-Zeitung“ gegen unsere Auffassung anführt. Sollte es gegen die Veranstalter der Demonstration zu einer Anklage kommen — was wir durchaus nicht wünschen und auch für ganz ausgeschlossen halten, da es sich ja nicht um eine sozialdemokratische Demonstration handelt —, dann müßte das Gericht in Konsequenz der gegen Sozialdemokraten unter ganz gleich gelagerten Verhältnissen gefällten Urteile zu einer Verurteilung kommen. Recht mag wohl die „Kreuz-Zeitung“ haben, wenn sie meint, daß das Singen und die Hochrufe spontan aus der Menge entstanden sind. Darum werden dann aber Sozialdemokraten angeklagt, wenn sie Hochrufe ausbringen und wieder singen, die ihrer politischen Ueberzeugung entsprechen. Pharisaisch dagegen ist der Einwand, daß keine Ansprachen gehalten worden sind. Vielleicht verrät uns die Redaktion,

die ja dem Beteiligten sehr nahe steht, ob etwa der Pastor Le Seur bestraft worden ist, der vor einigen Wochen gelegentlich einer Straßendemonstration der evangelischen Christen von der Freitreppe des Domes herab eine Rede an die Demonstranten gehalten hat. Sollte die „Kreuz-Zeitung“ eine bejahende Antwort darauf nicht geben können, dann wird es wohl dabei bleiben müssen, daß es in Preußen zweierlei Recht gibt, daß die Strafgesetze nur dann in Anwendung kommen, wenn es sich um die Verurteilung freier Willkür handelt.

In trauriger Uebereinstimmung und mit denselben Gründen wendet sich auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen unsere Auffassung über die christliche Kundgebung. Bei der preussischen Regierung ist es von vornherein verständlich, daß sie einen Unterschied macht zwischen Kundgebungen reaktionären und freiheitlichen Charakters. Was anderes könnte man denn auch erwarten von den ausübenden Organen der preussischen Krone und Schlotjunter.

Aber allzuviel Wert wollen wir übrigens juristischen Gründen nicht beilegen. Die Notwendigkeit der Straßendemonstration ist nun einmal für alle Parteien, die an die Massen appellieren wollen, eine Tatsache geworden, die sich auch immer wieder durchsetzen wird.

Ein freimüthiger „Sozialpolitiker“ als Scharfmacher.

Oberbürgermeister Cuno in Hagen i. W., fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter, sozialpolitischer Schriftsteller und Ausschussmitglied des Verbandes deutscher Gewergerichte, sowie der Gesellschaft für Sozialreform entwickelt sich immer mehr als Scharfmacher und Vertreter der Industriellen. Im Kreise Hagen-Schwelm steht ein schwerer Kampf in der Metallindustrie bevor, da wegen geringfügiger Differenzen in einem Betriebe das gesamte Unternehmertum mit Aussperrung droht und am 15. d. Mts. schon 60 Prozent aller Arbeiter entlassen werden sollen. Wie wir nun schon vor kurzem berichtet konnten, hat Cuno im Stadterordnetenkollegium zu Hagen anläßlich eines Antrages unserer Genossen um Ausführung von Notstandsarbeiten für die ausgesperrten Arbeiter eine arbeiterfeindliche Rede gehalten, die geradezu als eine Verhöhnung der Arbeiterkassette zu betrachten ist, und die ein Genosse wohl richtig charakterisiert, wenn er Herrn Cuno den Rat gab, sich als Geschäftsführer des Arbeitgebervereins anstellen zu lassen. Cuno leistet sich aber noch mehr.

Bei den Einigungsverhandlungen, die auf Grund eines Beschlusses der Hagerer Stadterordneten stattfanden, erklärte der Vorsitzende des Gewergerichts, daß Cuno seinen Vorschlag auf Ausbau des paritätischen Arbeitsnachweises durchzuführen habe. Und der Geschäftsführer des Arbeitgebervereins teilte mit, daß Cuno ihm erklärt habe, er sei mit der Einführung des Unternehmernachweises voll einverstanden; das sei gerade das, was er, Cuno, gewünscht habe.

Dabei muß hervorgehoben werden, daß über die anfänglich strittigen Punkte eine Einigung erzielt wurde, und die weiteren Verhandlungen nur an dem Arbeitsnachweis, den die Unternehmer unter allen Umständen einführen wollten, scheiterten. Der Kampf ist also unermüßlich, und von der Aussperrung, die Ende dieses Monats voll durchgeführt sein soll, werden etwa 30000 Arbeiter im Kreise Hagen-Schwelm betroffen. Wenn es nicht gelingt, den schweren Kampf im letzten Augenblick zu verhindern, so haben dies die Arbeiter dem freimüthigen Herrn Cuno zu verdanken, der dem Unternehmertum in geradezu frivoler Weise den Rücken gesteuert hat.

Die Bremer Lehrerhaft.

Bremen, 16. Juni.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Verfahren gegen den Lehrer Hurzelmeier endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 850 Mark Geldstrafe, einem Beweis und in die Kosten. Der Staatsanwalt hatte Dienstentlassung beantragt. Der Verteidiger erwiderte auf diesen Antrag, für Dienstentlassung liege kein Grund vor, denn die Behandlung, die dem Angeklagten im ersten Disziplinarfalle zuteil geworden sei, rechtfertige seine Erregung. Man habe seine aus innerster Ueberzeugung erfolgten Maßnahmen als groben Unfug bezeichnet. Der Angeklagte sei durch eine subjektiv und objektiv nicht gerechtfertigte Behandlung zu dem Artikel getrieben. Der Verteidiger beantragte Freisprechung oder milde Verurteilung lediglich wegen Fahrlässigkeit.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt: Im Mittelpunkt des inkriminierten Artikels stehen die Ergebnisse des Angeklagten, nur daß er den Schluß nach außen verlegte. Im übrigen sei das Zweck, den der Angeklagte nach seiner heutigen Angabe angeht, habe verfehlt werden sollen, nämlich der Einführung von Reformen, gar nicht in der Skizze gedacht, denn von Reformen sei keine Rede darin. Jeder, der die Bremer Vorgänge gekannt habe, hätte sofort gewußt, wer gemeint sei. Das Gericht hat die Ueberzeugung, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Bloßstellung der Behörde durch den Artikel gehabt habe. Andererseits ist es der Meinung, daß der Beschuldigte nicht der alleinige Verfasser ist. Als mildernd rechnete das Gericht dem Angeklagten seine vielleicht berechtigte Erregung zugute.

Wahlrechtsverschlechterung in Wismar.

Die Stadterordnetenversammlung in Wismar hat eine Magistratsvorlage, die eine Verschlechterung des Wahlrechts bringt, mit 17 gegen 15 Stimmen angenommen. 12 Stadterordnete blieben offenbar absichtlich der Sitzung fern.

Ein Demenli. Die auch von uns wiedergegebene Meldung vom Rücktritt des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Freiherrn v. Rechenberg wird offiziell in Abrede gestellt.

Oesterreich.

Die italienische Universitätsfrage.

Wien, 16. Juni. In der gestrigen Sitzung des deutschen Nationalverbandes beauftragten der Ministerpräsident, der Unterrichtsminister und der Justizminister eingehend den Kompromißvorschlag der Regierung bezüglich der Errichtung einer italienischen Rechtsakademie, welcher darauf hinausgeht, daß binnen vier Jahren, spätestens zum Wintersemester 1914/15 eine selbständige italienische Rechtsakademie in einem Orte innerhalb des Wohnungsgebietes des italienischen Volkstammes in Oesterreich errichtet wird. Spätestens im Jahre 1912 soll diese Angelegenheit verfassungsmäßig erledigt werden. Inzwischen wird die Regierung ermächtigt, für die Dauer des oben festgesetzten Zeitraums eine selbständige italienische Rechtsakademie provisorisch in Wien ins Leben zu rufen. Die Minister verweisen auf die schweren Komplikationen, welche eine Ablehnung des Kompromißvorschlages nach sich ziehen würde.

In der heutigen Sitzung beschloß der Nationalverband mit überwiegender Mehrheit, der Regierung mitzuteilen, daß der Verband dem Kompromißvorschlage zustimmt.

Schweiz.

Wahlen.

Bärlach, 12. Juni. (Fig. Ver.) Die gestern im Züricher Wahlkreise erfolgte Wahl des Agrarier Hausler mit 16188 gegen 12514 Stimmen, die auf unseren Kandidaten, Genossen Sigg, entfielen und die zum Teil der ärgsten Verlotterung und Verwilderung der politischen Sitten im bürgerlichen Lager, vorab der bekann-

ten „Neuen Züricher Ztg.“ zu verdanken ist, wird sich schließlich als sehr förderlich für die im November erfolgende Volksabstimmung über das Initiativbegehren über die Proportionalwahl des Nationalrates erweisen. Denn der Zustand ist faul, unrettbar und empörend, daß 18000 bürgerliche Stimmen acht, 12000 sozialdemokratische Stimmen nur einen Vertreter im Nationalrat haben. Das durch die Bundesverfassung garantierte „gleiche“ Wahlrecht ist zur Karikatur geworden, die das ganze politische Leben vergiftet und schließlich noch zu Störungen führen müßte. Auch die schweizerischen Arbeiter können es einmal fast bekommen, in ihrem so viel besungenen und heißgeliebten Vaterlande nur Heloten und Lohnsklaven zu sein.

In Thun (Kanton Bern) haben unsere Genossen bei den Gemeinderatswahlen einen schönen Sieg errungen, indem drei Kandidaten gewählt wurden.

Sodann ist in der Uhrenarbeiterstadt Chaux-de-Fonds der sozialdemokratische Kandidat Dubois mit 1220 gegen 1714 bürgerliche Stimmen als Friedensrichter gewählt worden.

Frankreich.

Die Sozialreform.

Paris, 16. Juni. Die Deputiertenkammer setzte heute die Beratung der Interpellationen fort. Ronger (Soz.) sprach den Wunsch aus, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter unter die Arbeiterfürsorgegesetze gestellt würden. Arbeitsminister Vibiani erklärte, die Fürsorgegesetze würden in gerechter Weise angewendet, und wenn er einigen, übrigens durch die Gesetze gestatteten Abweichungen zugestimmt habe, so sei das geschehen, weil die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zuweilen stärker seien als der menschliche Wille. Der Minister erhob Widerspruch gegen die Schmädhungen, mit denen gewisse Fürsorgegesetze, besonders das Altersvorsorgegesetz bekämpft würden, und sagte, wenn soziale Reformen nur eingeführt würden, um ihrer Anwendung außerhalb des Parlaments Schwierigkeiten zu bereiten, wäre es besser, soziale Reformen überhaupt nicht einzuführen. Guiffon (Soz.-Rad.) verlangte Gesetze, durch welche unter Achtung vor den Ueberzeugungen der Eltern und vor dem Gewissen der Kinder die Latenzschule geschützt wird. Der Redner trat ferner für strenge Durchführung der Schulpflicht ein und sagte, Frankreich müsse dem Beispiel Deutschlands folgen, Deutschlands Pflichterziehungsschulen bildeten eine Jugend heran, die den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Deutschlands weit hinausstrage.

Die Militärlebensversicherung.

Paris, 15. Juni. Das Ruchtpolizeigericht in Reims hat die wegen Betrugs angeklagten Militärlebensversicheranten zu Gefängnisstrafen von 4 bis zu 18 Monaten verurteilt. Dem Kriegsministerium wurde ein Schadenertrag von 30000 Franc zuerkannt.

Spanien.

Er mordung eines Polizeichefs.

Madrid, 16. Juni. Der Chef der Polizei der Stadt La Caeroline in der spanischen Provinz Jaen wurde auf offener Straße ermordet. Er war von einem Geheimagenten begleitet, der sofort auf den Attentäter schoß und ihn schwer verlegte. Der Attentäter nennt sich Baranco. Das Attentat war schon seit längerer Zeit vorher angekündigt worden. Ein Journalist wurde verhaftet.

England.

Eine Areta-Debatte.

London, 15. Juni. Im Unterhause griffen mehrere Liberale und irische Redner die reaktionäre Politik der englischen Regierung in Aegypten auf das schärfste an. Dann besprach Sir Edward Grey die Aretafrage. Eine definitive Lösung der kritischen Frage ohne Beziehung der Türkei sei unmöglich und insbesondere müßten die Mächte darauf sehen, daß der status quo auf Areta aufrecht erhalten werde. Die Forderung der kritischen Nationalversammlung, daß nur nach Ableistung des Eides die muslimanischen Abgeordneten zuzulassen seien, bedeute ohne Zweifel eine Gefährdung des status quo, den die Mächte aufrecht zu erhalten entschlossen seien. Die Aretter hätten ihre Autonomie und hätten sich hinsichtlich der Freiheit in eigenen Angelegenheiten über nichts zu beklagen. Das mindeste, was man von den Arettern verlangen könne, sei daher eine gewisse Rücksichtnahme auf die Forderung, an dem status quo nichts zum Nachteil der Türkei zu ändern. Er wisse wohl, daß in Areta das Verlangen nach einer Annexion seitens Griechenlands sehr stark sei, aber auch in der Türkei sei die Stimmung gegen eine Annexion sehr stark, und wenn man die Griechen als ein kampffreudiges Volk bezeichne, so gelte das mit demselben Recht für die Türken. Die Aretter könnten nicht erwarten, daß, wenn zur Erhaltung des Friedens Europa die Angelegenheit in die Hand zu nehmen gesungen werden sollte, ihre Bestrebungen eine größere Berücksichtigung erfahren würden. Wohl aber könnte der Fall eintreten, daß dann im Verein mit der herausgeforderten Türkei die Mächte eine definitive Lösung herbeiführten, die für sie weniger günstig als der augenblickliche Zustand sein würde. Zu einer definitiven Regelung würden aber nicht nur vier, sondern sechs Mächte zu befragen sein, da dann auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn zugezogen werden müßten. Die erste Aufgabe sei, den Frieden zu erhalten. So wie die Dinge liegen, hoffe er, daß Areta den Rat der vier Schutzmächte befolgen werde und diese sich nicht gezwungen sähen, zu Maßnahmen zu greifen, wie sie notwendig folgen müßten, wenn die Mächte der bei der Okkupation der Insel eingegangenen Verpflichtungen sich entledigen wollten.

Fromme Friedensbestrebungen.

London, 16. Juni. Hier hat sich ein ständiges kirchliches Komitee zur Förderung der deutsch-englischen Friedensbewegung gebildet. Der Erzbischof von Canterbury hat sich bereit erklärt, den Vorsitz zu übernehmen. Als Vizepräsidenten werden die meisten anglikanischen Bischöfe und die Päpste der römisch-katholischen und der nichtkonformistischen Kirchen fungieren.

Dänemark.

Der Minister-Prozess.

Kopenhagen, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichsgerichts-Prozesses beendete der Verteidiger das Plaidoyer und beantragte, seine beiden Klienten freizusprechen und die Kosten des Gerichtsverfahrens der Staatskasse aufzuerlegen. Nach einer längeren Erwiderung des Anklägers und einer Gegen-erwiderung des Verteidigers wurde die Sitzung geschlossen. Morgen tritt der Gerichtshof zur Beschlussfassung zusammen, von der die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Morgen am späten Nachmittag wird das Urteil wahrscheinlich verkündet werden.

Türkei.

Grenzwisensfälle.

Saloniki, 16. Juni. Die Militärbehörde in Giannina meldet, daß eine 30 Mann starke, von einem Offizier geführte griechische Bande, welche zwei mit Munition beladene Karavane mit sich führte, die Grenze überschritten hat. Zu ihrer Verfolgung ist Militär abgegangen. — Ingefahr hundert Montenegriner unter dem Befehl des serbischen Offiziers Martonowitsch haben ein türkisches Feldhaus in der Gegend von Gussitine angegriffen. Zwei Soldaten wurden getötet, drei verwundet. Die Montenegriner traten erst den Rückzug an, als Verstärkungen eingetroffen waren.

Gewerkschaftliches.

Finale!

Das Schiedsgericht im Baugewerbe beschäftigte sich in seiner gestrigen letzten Sitzung mit der Regelung der Arbeitszeit und der Frage der Teuerungszulage.

Es wurde folgende generelle Entscheidung getroffen:

Die Arbeitszeitverkürzung in Orten mit mehr als zehnjähriger Arbeitszeit wird dahin geregelt, daß in Orten, wo eine mehr als 10 1/2 stündige Arbeitszeit besteht, diese vom 1. April 1911 an auf 10 1/2 Stunden und vom 1. April 1912 an auf 10 Stunden zu verkürzen ist. In Orten, wo sie nicht mehr als 10 1/2 Stunden beträgt, hat sie vom 1. April 1911 an 10 Stunden zu betragen; in Frankfurt a. M., Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen und Wiesbaden wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden ab 1. April 1911 herabgesetzt. Für alle übrigen Orte und Lohngebiete wird eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt.

In den genannten Städten tritt die Lohnsteigerung in folgender Weise ein: Sofort 2 Pf., am 1. April 1911 4 Pf., am 1. April 1912 2 Pf., nur in Offenbach und Wiesbaden sofort 2 Pf., am 1. April 1911 3 1/2 Pf., am 1. April 1912 2 Pf.

Soweit in diesen Städten die Lohnerhöhung mehr beträgt, als der Lohnausgleich, gilt sie als Entschädigung für die Teuerungszulage. Im übrigen ist eine Teuerungszulage abgelehnt worden. Die Nebenbedingungen des Vertrages werden zur Verhandlung an die örtlichen Instanzen verwiesen und werden endgültig entschieden durch die bisherige 2. Instanz.

Die Verhandlungen müssen bis zum 8. Juli zu Ende geführt sein. Die zweite Instanz hat bis zum 15. Juli endgültig zu entscheiden.

Wo die Differenz zwischen dem Lohn der Maurer und dem tariflichen Höchstlohn der Bauhilfsarbeiter über 13 Pfennig beträgt, soll sie im zweiten Vertragsjahre durch Erhöhung des Bauhilfsarbeiterlohnes um 1 Pfennig ausgeglichen werden.

In Orten unter 10 000 Einwohnern, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit während der Vertragsdauer eine Stunde beträgt, tritt der volle Lohnausgleich nur zur Hälfte ein.

Begründung des Schiedspruches

Ist folgendes hervorzuheben:

Die Frage nach dem Bedürfnis einer Lohnerhöhung hat unbedingt bejaht werden müssen. Die Gründe sind: Geldentwertung resp. Lebensmittelteuerung. Daß in den kleinen Städten nur 4 Pfennig zugestanden worden sind, ist nicht mit Rücksicht auf billigere Lebensmittel, die ja nicht vorhanden sind, sondern auf billigere Wohnungsmieten erfolgt. Maßgebend ist für das Schiedsgericht bei der Lohnerhöhung die Erwägung gewesen, daß für die nächsten 2-3 Jahre eine steigende Konjunktur zu erwarten ist.

Der Ausgleich zwischen den Löhnen der Bauhilfsarbeiter und der Maurer sei noch keine endgültige Regelung, sondern nur ein erster Versuch dazu.

Die Teuerungszulagen hätten nicht geregelt werden können, weil es dazu an allen Unterlagen fehle. Als einzige Unterlage wäre höchstens der Buchdruckerarif in Frage gekommen. Die Schiedsgerichtsentscheidungen sind nicht einstimmig erfolgt. Es kam über die einzelnen Positionen zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Damit betrachtet das Schiedsgericht seine Aufgabe als erledigt und hat die Verhandlungen geschlossen.

Berlin und Umgegend.

32 Bezirksversammlungen des Zentralverbandes der Zimmerer

wurden am Mittwoch und Donnerstag in Berlin und den Vororten veranstaltet, um den Mitgliedern Bericht zu geben über die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe und eine gegenseitige Aussprache über die allgemeine Lage herbeizuführen. Die Versammlungen waren sämtlich zahlreich besucht und zeigten in ihrem ganzen Verlauf dafür, daß die Zimmerer Groß-Berlins, wenn sie auch selbst ohne Kampf zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages gekommen sind, sich doch sehr wohl der Tatsache bewußt sind, daß ihre Kameraden wie die ganze Bauarbeiterschaft im Reich schon die neunte Woche in einem Kampfe stehen, der auch jetzt, trotz des Schiedspruches, noch keineswegs als endgültig abgeschlossen gelten kann. Die Referenten schilderten in den Versammlungen die Bedeutung des Kampfes, den Verlauf der Einigungsverhandlungen und was schließlich dabei herausgekommen ist. Es wurde hervorgehoben, daß bei den Einigungsvorschlägen der Unparteilichen vom 31. Mai von den bekannten Beschlüssen des Unternehmeriums sehr wenig oder nicht übrig geblieben sei, und daß das neue Vertragsmuster für die Arbeiterschaft vorteilhafter ist als der alte Vertrag. Daß die örtlichen Verhandlungen überall gescheitert sind, ist wohl darauf zurückzuführen, daß, wie man ohne Zweifel annehmen kann, der Hauptvorstand des Unternehmerbundes überall die Parole ausgegeben hat, hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeit keinerlei Entgegenkommen zu zeigen. Bei den örtlichen Verhandlungen in Posen erklärte dieser Lage ein Unternehmer ausdrücklich, daß die Arbeitgeber über die Löhne nicht verhandeln wollten noch könnten, denn sie hätten einen Brief vom Bundesvorstand empfangen, worin ihnen diese Anweisung erteilt worden sei. Der Unternehmerbund hat also offenbar bis zum letzten Augenblick jede friedliche Einigung an den einzelnen Orten zu hintertreiben gesucht. Ob nun der Kampf durch den neuen Schiedspruch beendet wird, läßt sich noch nicht sagen. Dieser Schiedspruch selbst ist jedenfalls als das letzte Wort an die Parteien gemeint; gleichwohl muß man unter Umständen auf eine Fortdauer des Kampfes gefaßt sein. Ueber den Stand der Aussprache, soweit das Zimmerergewerbe in Frage kommt, wurde mitgeteilt, daß in der letzten Woche die Zahl der Ausgesperrten 16 000 Mann betrug, und daß die Aussperrung sich auf 339 Orte erstreckt. Daß die Zimmerer wie die gesamte Bauarbeiterschaft Berlins an dem Kampfe fortgesetzt aufs höchste interessiert sind, ist ja selbstverständlich und oft genug hervorgehoben worden. Die für die Arbeiter glückliche Durchführung des Kampfes auf der ganzen Linie muß dazu führen, daß die Unternehmer es sich das nächste Mal gründlicher überlegen werden, ehe sie einen solch frivolen Kampf vom Saune brechen. Würden aber, was bei der Einmütigkeit der Arbeiter ausgeschlossen erscheint, die Unternehmer ebenauf kommen, dann wäre damit zu rechnen, daß sie die Kriegskosten in Form von Lohnherabsetzungen von der Arbeiterschaft einfordern, und selbst in Berlin hätte man mit den Folgen zu rechnen. Das haben auch die Zimmerer im ganzen Reich beargwöhnt und deshalb haben sie willig die ja keineswegs geringen Opfer auf sich genommen, die der Kampf erfordert. In einzelnen Orten zählen die arbeitenden Mitglieder mit Freunden sogar das Doppelte dessen an Extrabeiträgen, was der Verbandstog beschloß. Die Zimmerer Berlins sind sich natürlich auch sehr wohl der Tatsache bewußt, daß es sich bei dem Kampfe ebenso, wie um ihre eigene Sache handelt, wie um die ihrer Kameraden und der Bauarbeiterschaft im Reich, und sie wissen auch, daß die

Extrabeiträge die Woche, wenn es auch den Familienvätern nicht gerade leicht wird, sie zu zahlen, doch recht gering erscheinen gegenüber den Opfern, die die Ausgesperrten zu bringen haben.

Diese Ueberzeugung trat auch in allen Versammlungen in der Diskussion sehr lebhaft zutage. In einer Versammlung wurde erwähnt, daß hier und da auf den Bauten Mitglieder des ja noch immer vegetierenden Lokalbundes der Zimmerer Verbandsmitglieder die Erfüllung ihrer Pflichten zu vereiteln versuchen. Solches Treiben der Lokalfisten wurde selbstverständlich allgemein aufs schärfste verurteilt.

Die Lohnbewegung der Schmiede.

Eine Versammlung sämtlicher Innungsgesellen Groß-Berlins hatte der Zentralverband der Schmiede zum Mittwochabend nach Boesers Lokal in der Weberstraße einberufen. Die Versammlung war so außerordentlich stark besucht, daß die Tische entfernt werden mußten, um Platz für die Andrängenden zu schaffen, die den Bericht über den Stand der Lohnbewegung hören wollten. Am 12. Mai ist dem Vorstand der Schmiedeinigung die Kündigung des alten Tarifvertrages zugegangen. Am 2. Juni stimmte eine Versammlung der Gesellen dem von der Lohnkommission vorgelegten neuen Tarifentwurf zu, der am 8. Juni mit einem Begleitschreiben den Innungen von Berlin, Charlottenburg und Nixdorf eingereicht wurde. Eine Antwort sollte bis zum 15. Juni erfolgen; aber die Arbeiter warteten vergeblich.

Wie der Abgesandte Kähler den Versammelten berichtete, hatte der Gesellenausschuß am letzten Sonntag eine Sitzung anberaumt und dazu auch einige Innungsmeister eingeladen. Man hatte mit großer Verwunderung gehört, daß den Meistern ein Rundschreiben zugegangen war, in dem behauptet wurde, daß der Gesellenausschuß noch nicht mit Forderungen herorgetreten sei, obgleich die auf die Lohnbewegung bezüglichen Schreiben an die Innungsvorstände stets von dem Gesellenausschuß mit unterzeichnet waren. Die Meister fürchten den Zentralverband und glauben, leichteres Spiel zu haben, wenn sie nur mit dem Gesellenausschuß zu tun haben. Dieser aber lehnte jedes Ansinnen, getrennt von der Organisation zu verhandeln, ab. In einer Sitzung, die der Innungsvorstand am Mittwochnachmittag mit dem Ausschuss hatte, erklärte der Vorstand, daß er auf Grund des neuen Tarifes überhaupt nicht verhandeln würde. Dann machte er den fonderbaren Vorschlag, daß die Meister eine Versammlung der Innungsgesellen einberufen wollten, wozu sie jeden Gesellen legitimieren und das Stimmrecht nur denen gewähren würden, die über 21 Jahre alt sind.

Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung teils mit Heiterkeit aufgenommen, teils mit Entrüstung zurückgewiesen. Viele Redner machten geltend, daß die Meister bei der Anstellung gern die jüngeren Leute bevorzugen, die jetzt aber bei der Beratung über die Arbeitsbedingungen nichts zu sagen haben sollen. Als über den Vorschlag der Meister abgestimmt wurde, erhob sich nicht eine Stimme dafür.

Schlinsky vom Zentralverband stellte das Verhalten der Meister, die der Lohnkommission nicht einmal eine Antwort gaben, in das gebührende Licht. Nur der Obermeister der Nixdorfer Innung hatte geantwortet, aber ganz gemächlich erklärt, daß er nach etwa 4 Wochen, am 4. Juli, die Angelegenheit der Innung unterbreiten würde. Unter manchem Widerspruch aus der Versammlung trat Schlinsky dafür ein, daß man ruhig und besonnen vorgehe und den Meistern noch einmal die Hand zu Unterhandlungen biete, die natürlich von Organisation zu Organisation geführt werden müßten, wenn sich auch die Schmiedemeister noch schwer daran gewöhnen könnten.

Schon rechnen die Meister mit dem Streik, und, wie Hentschel ausführte, haben Bezirksversammlungen, vom Innungsvorstand einberufen, stattgefunden, um die Meister zu verpflichten, es strikte abzulehnen, mit ihren Gesellen einzeln zu verhandeln. Davon wollten aber die Meister nichts wissen, denn viele sind bereit, über die Forderungen mit sich reden zu lassen. Eine andere Sorge der Innungsvorstände besteht darin, daß im Falle eines Streiks der eine dem anderen die Mundschloß abreißt. Dem soll dadurch vorgebeugt werden, daß die Meister verpflichtet werden, die Streikarbeit nur von den bedrängten Kollegen zu übernehmen.

Das folgende vertrauliche Schreiben an die Meister kam in der Versammlung zur Verlesung:

Berlin, 9. Juni 1910.

Geachteter Kollege!

Die Generalversammlung vom 18. Mai d. J., in welcher über einen etwa ausbrechenden Streik in unserem Gewerbe, nach vorheriger Frage in den Gruppen, gesprochen wurde, beschloß einstimmig, alle etwa an die Meisterschaft gestellten Forderungen rundweg abzulehnen. Der Gesellenausschuß hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet (!), dafür aber der Zentralverband. Wir waren die Kollegen, sich in irgend welche Verhandlungen mit diesen Leuten einzulassen. Die Forderungen bedeuten eine Schraube ohne Ende und sind bei der jetzigen Konjunkturlage unannehmbar, — erst sind wohl unsere Preise aufzubessern. Ein Nachgeben würde diesmal nur zur Folge haben, daß alle bisher noch treuen Gesellen den Bühlern in die Klauen getrieben werden.

Es sei noch bemerkt, daß bei guter Geschäftszeit durch die Innungsmeister 1650 Gesellen beschäftigt werden, zurzeit sind aber nur 1250 beschäftigt.

Mit Gruß

J. Warneke, Obermeister.

Die Meister sind sich aber nicht so einig, wie es der Innungsvorstand wünscht, und die kleinen fürchten mit Recht, daß sie für die großen Meister die Kaskanten aus dem Feuer holen sollen. Mehrere haben schon freiwillig ihren Gesellen Zulagen gewährt, und am Mittwoch fanden sich einige besorgte Meister auf dem Verbandsbureau ein und erkundigten sich, ob am Donnerstag der Streik beginne; sie wollten lieber verhandeln.

Nach eingehender Diskussion nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die betont, daß eine Gewähr für die Einhaltung des abzuschließenden Tarifvertrages nur durch die Organisation geboten werden kann. Die Versammlung beauftragte deshalb die Vertreter der Organisation und die Gesellenausschüsse, unermüdet neue Verhandlungen anzubahnen. Die möglichste Beschleunigung der Angelegenheit wurde von allen Seiten verlangt und nachdrücklich betont, daß die Schmiede Groß-Berlins auf eine Verbesserung ihrer schlechten Lage nicht verzichten könnten.

Zur Tarifbewegung der Arbeiter in den Weißbierbrauereien.

Auf verschiedene Anfragen aus Interessentenzreisen gehen wir hierdurch bekannt, daß die Brauerei Julius Stolpmann, Postenstraße 30, sich bisher weigert, die mit dem Verein der Weißbierbrauereien vereinbarten Lohnverhältnisse für ihr Personal anzuerkennen. Durch Schreiben vom gestrigen Tage teilt die Brauerei auf unser Ersuchen, den Tarif anzuerkennen, mit, daß sie ihren Fahrern eine Lohnzulage gewährt habe und dadurch sich die Vermittlung der Organisation erübrige. Damit sind aber keineswegs die Lohnverhältnisse sowie auch die sonstigen Vergünstigungen für Arbeiter nicht usw. für die Arbeiter des inneren Betriebes dieser Brauerei als geregelt zu betrachten. Es muß daher Aufgabe aller Kollegen aus den Weißbierbrauereien sein, dafür einzutreten, daß auch die Brauerei Stolpmann die Tarifbestimmungen anerkennt. Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung in der Hagen-Schweimer Metallindustrie.

Der Beschluß des Arbeitgebervereins, am Mittwoch auch den Rest der Metallarbeiter in Hagen-Schweimer zu kündigen, soll assenhalten durchgeführt worden sein. Nur einem ganz kleinen Teil der Arbeiter in den einzelnen Betrieben wurde mit Rücksicht auf die Aus-

führung von Ausbesserungsarbeiten nicht gekündigt. Die Zahl der bisher ausgesperrten und am nächsten Sonnabend noch zur Entlassung kommenden Arbeiter wird nach dem Bureau Herold auf annähernd 10 000 berechnet.

Die Tischler, Maschinen- und Hilfsarbeiter der Firma Raschig in Brandenburg haben die Arbeit eingestellt, da die Firma eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Affordpreise sowie der Stundenlöhne ablehnte.

Die Modelltischler der Firma „Nagos-Union“ in Frankfurt a. M. sind ausständig. Durch Anschlag in den Fabrikräumen macht sie bekannt, daß die Einreichung der Forderungen eine bedauerliche Einwirkung seitens der Gewerkschaft sei. Sie erwartet von dem „gesunden Menschenverstand“ ihrer Arbeiter, daß sie sich der Vorteile erinnern, welche sie bei der Firma genießen. Diese „Vorteile“ sind eine Pensionskasse, die aber nur in ganz seltenen Fällen jemand zugute kommt, weil die Arbeiter in diesem Betriebe sehr oft wechseln.

Gewerkschaftsunterstützungen werden in Sachsen versteuert!

Die meisten sächsischen Steuerbehörden rechnen die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen bei Streit und Arbeitslosigkeit zum Einkommen, sie gestatten aber nicht den Abzug der dafür gezahlten Beiträge. Jetzt ist durch einen Gewerkschaftsangeklagten eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführt worden, das dieses nach der Ansicht jedes Nichtjuristen insonfrequenten Verhalten sanktioniert. In einer langen getwendeten Deduktion wird angeführt, daß kein Rechtsanspruch auf die geleisteten Unterstützungen bei den Gewerkschaften bestehe, folger aber die Voraussetzung für den Abzug der für Unterstützungs zwecke geleisteten Beiträge vom Einkommen sei.

Die Folge dieser Entscheidung ist nun, daß die Unterstützungen aus den Gewerkschaftskassen versteuert werden können, die dafür aufgewandten Beiträge aber nicht vom Einkommen abzugsfähig sind, also eigentlich eine Doppelbesteuerung des Arbeitereinkommens.

Die Stellmacher in Bremen befinden sich seit einigen Wochen im Streik. Die größeren Geschäfte haben die Forderungen der Arbeiter — 4 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich — bewilligt, doch ist Zugung von Stellmachern noch fernzuhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wegen Betrugs verurteilt.

Leipzig, 16. Juni. (B. L. Z.) Von dem Landgericht Leipzig wurden der Gründer und Leiter der Reklameweisung „Zu Hause“, Dr. phil. Liez, und der Kaufmann Voedel von der Anklage des Lizenzverkaufs freigesprochen. Nach dem § 82 des Reichsgesetzes betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden die Angeklagten jedoch wegen Betruges verurteilt, und zwar Dr. Liez zu elf Monaten Gefängnis, 300 M. Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust, Kaufmann Voedel zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis, 300 M. Geldstrafe und vier Jahre Ehrverlust. Ferner wegen Beihilfe zum Betruge Kaufmann Hoffberg zu neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Kaufmann Reihner zu fünf Monaten Gefängnis.

Das neue Kammerpräsidium.

Madrid, 16. Juni. (B. L. Z.) Zum Präsidenten der Deputiertenkammer wurde der frühere Minister Romanones gewählt, zu Vizepräsidenten der frühere Minister Ruiz Jimenez, der frühere Unterstaatssekretär Aura Boronat, der frühere Generalpostdirektor Martin Rosales und der frühere Vizepräsident der Kammer Aparicio.

Bergmannsloß.

Lüttich, 16. Juni. (B. L. Z.) Durch einen vorzeitig losgehenden Sprengschuß wurden in einem Schacht der Gruben von Rambourg ein 26 jähriger Bergarbeiter namens Sunies, auf der Stelle getötet, ein anderer 30 jähriger Arbeiter an Kopf und Brust schwer verletzt, während ein dritter leichtere Verletzungen davontrug.

Neue Unwetter-Nachrichten.

Ulm, 16. Juni. Die Donau ist um weitere 30 Zentimeter auf 340 Meter gestiegen. Nauer der Jler dehnt sich die Ueberflutung der Ufer von Dietenheim bis nahe an Ulm aus. Dietenheim und Au stehen ganz unter Wasser. Die Spinnereien von Au und Seulenhof sind vollständig vom Wasser umgeben. Die Arbeiter können die Fabriken nicht verlassen und sind ohne Nahrung. In den Messingwerken in Wödingen ist der Betrieb eingestellt. Fast das ganze Pionierbataillon ist mit Pontons ins Mittel abgegangen, um die gefährdeten Gebäude zu räumen und die Brücken zu sichern.

Budapest, 16. Juni. (B. L. Z.) Ein heftiges Unwetter hat hier durch Ueberschwemmungen ungeheuren Schaden angerichtet; allein in einem Keller wurden Waren im Werte von 500 000 Kronen vernichtet. Das Wasser stand an einzelnen Stellen einen Meter hoch. Der Straßenbahnverkehr war anderthalb Stunden lang vollständig unterbrochen. Zwei Personen wurden vom Blitzschlag getötet, viele andere, die vom Wetter im Freien überrascht wurden, stürzten ohnmächtig zu Boden. Die griechisch-orientalische Kirche wurde von einem letzten Blitzschlage getroffen.

Budapest, 16. Juni. (B. L. Z.) Im Komitat Krasso Szoreny ist ein Wolkenbruch niedergegangen. Mehrere Orte wurden von der Flut buchstäblich fortgeschwemmt, in zahlreichen Dörfern stürzten die weißen Häuser ein. Bisher sind 259 Tote gemeldet. In Verjaska und Kisó Lynokow allein über 100. Straßen und Brücken, Telegraphen und Telephone sind zerstört, Saat und Wiesen haben größten Schaden gelitten. Der größte Teil der Bevölkerung ist dem Elend preisgegeben.

Beigrad, 16. Juni. (B. L. Z.) In Swislajaz und Umgebung ist der durch das Unwetter angerichtete Schaden so groß, daß ein großer Teil der Bevölkerung von allen Mitteln entblößt und auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. Von tausend Häusern in Swislajaz ist nur ein kleiner Teil unversehrt geblieben, Bisher sind 62 Leichen aufgefunden worden.

In den Dörfern an der Nesava wurden viele Häuser samt den Einwohnern fortgeschwemmt.

Jugenheim, 16. Juni. (B. L. Z.) Heute morgen zwischen 6 und 8 Uhr wurde ein heftiges Erdbeben und bald darauf, kurz vor 8 Uhr beginnend, ein starkes, sehr fernes Beben beobachtet. Nach vorläufiger Berechnung scheint der Herd der Erdstöße Siziliens gewesen zu sein.

Paris, 16. Juni. Nach aus Spanien hier eingetroffenen Meldungen sind dort starke Erderschütterungen verspürt worden, namentlich in Madrid, Cordoba, Tortosa, Malaga und Umeria, wo mehrere Gebäude beschädigt wurden.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 16. Juni 1910.

Die Konservativen beantragten, folgende Bestimmung einzufügen: „Die Zahlung kann bestimmen, daß der Versicherte einen Teil, jedoch höchstens 20 vom Hundert der Kosten der ärztlichen Behandlung und Versorgung mit Arznei selbst zu tragen hat.“

Die Antiquarier legten dem Antrage eine große Bedeutung bei, weil ohne die Belastung der Versicherten mit einem Teil der Kosten für ärztliche Behandlung und Arznei die Krankenversicherung auf dem Lande so große Kosten verursachen würde, daß sie geradezu undurchführbar werde.

Die Sozialdemokraten bekämpften auf das entschiedenste den Antrag. Soweit auf diesem Gebiete Nötigkeiten vorhanden seien, könnten sie nicht durch eine solche, ganz ungerechte Kürzung des Krankengeldes beseitigt werden.

Die Redner des Zentrums sowie die Abgeordneten Kulewski und Dr. Mugdan wendeten sich ebenfalls gegen den Antrag. Herr Mugdan fügte aber hinzu, es sei erwähnenswert, ob nicht die besser gestellten Versicherten zu einer kleinen Gebühr für jede von ihnen gebrauchte Arznei herangezogen werden könnten.

Endlich sprachen sich auch die Regierungsvertreter gegen den Antrag aus, weil er undurchführbar sei und im Widerspruch mit dem Grundgedanken der Krankenkassenversicherung stehe. Für den Antrag begeisterte sich außer den Konservativen nur der nationalliberale Abgeordnete Hausmann.

Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt. Darauf trat die Kommission in die Beratung der Wochenhilfe ein. Nach der Vorlage soll für alle Krankenkassen nur ein Krankengeld vorgeschrieben werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß alle angeführten Leistungen nicht dem Belieben jeder einzelnen Kasse überlassen bleiben, sondern allen Kassen vorgeschrieben werden sollen. Sie wiesen nach, daß gerade diese Leistungen mit Rücksicht auf die große Säuglingssterblichkeit unbedingt notwendig seien.

Schwangerengeld oder Wochenlohn erhält. Dies soll jedoch nur dann geschehen, wenn es die Wöchnerin oder deren Ehemann verlangt. Dafür soll die Kasse das Recht haben, das Schwangerengeld oder Wochenlohn für die Zeit, für die sie eine Hauspflegerin stellt, um ein Viertel zu kürzen.

Zur Annahme gelangte der Vorschlag, daß allen Wöchnerinnen die erforderlichen Hebammendienste und etwaige Geburtshilfe gewährt werden müssen. Bezeichnend ist es, daß sogar hiergegen außer den Konservativen die nationalliberalen Abgeordneten Hausmann und Keuner auftraten.

Arg verächtlich dagegen hat das Zentrum den Antrag der Sozialdemokraten auf die Stellung einer Hauspflegerin. Hier ist nicht nur die Dauer der Leistung, sondern die Art der Leistung, die dem Kranken zufließen soll, im Auge zu fassen.

Das schönste Stück leistete sich das Zentrum aber mit dem Antrage, daß die Wochenhilfe nur den „verheirateten Wöchnerinnen, die mit ihrer Familie zusammenleben“ zuteil werden soll. Demnach wären uneheliche Wöchnerinnen und solche Ehefrauen, die von ihrem Ehemann während der letzten Monate vor der Entbindung verlassen worden sind, sowie deren Kinder ganz hilflos geblieben.

Beim Sterbegeld beantragten die Sozialdemokraten, daß es mindestens 60 M. betragen soll. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung: Freitag.

Aus der Justizkommission.

In der Donnerstagssitzung wurde die Diskussion über den im gestrigen Bericht wiedergegebenen Antrag Eröber, einen § 173a zu schaffen, fortgesetzt. Dabei kam es zwischen den Vertretern der Regierung und dem Antragsteller zu scharfen Zusammenstößen, die teilweise persönlich zugespielt erschienen.

Zeugnisverweigerung berechtigen würden, wenn ihm der Täter bekannt wäre, und der Zeuge kann ohne Angabe des bestimmten Zeugnisverweigerungsgrundes glaubhaft machen, daß er zur Zeugnisverweigerung berechtigt sei; es genügt die Versicherung an Eidesstatt.

Nach dem § 175 soll der Staatsanwalt, wenn er in einer Sache vor dem Landgericht die unmittelbare Öffnung des Hauptverfahrens beantragt, dem Verdächtigen von den vorliegenden Verdachtsgründen mündlich Kenntnis geben.

Der § 178 verpflichtet den Staatsanwalt, wenn das Verfahren eingestellt wird, dem Beschuldigten davon Mitteilung zu machen. Ein Antrag Eröber wollte diese Benachrichtigungspflicht auch gegen den Verdächtigen gelten lassen.

§ 177 regelt die Bestimmungen, die in dem Entscheidungsverfahren über abgelehnte Strafanträge durch Verlechte zu beachten sind. Unsere Genossen forderten, nicht nur allgemein den „Verlehten“ das Recht der Beschwerde gegen die Ablehnung eines Strafantrages zu geben, sondern auch den Antragsteller von der Notwendigkeit, sich bei der Antragstellung und im Beschwerdeverfahren eines Rechtsanwalts bedienen zu müssen, zu befreien.

Im § 179 wird im zweiten Absatz bestimmt, daß dem Antragsteller die Leistung einer Sicherheit für die Kosten und Auslagen, die dem Beschuldigten voraussichtlich erwachsen, auferlegt werden kann. Dazu beantragten unsere Genossen, nicht nur diese Bestimmung zu streichen, sondern im Gegenzug dazu zu bestimmen, daß die Entscheidung des Gerichts für den Antragsteller kostenfrei erfolgt.

Ohne Diskussion wurden die §§ 180 und 181 erledigt und darauf die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Siebenter ordentlicher Genossenschaftstag

München, 15. Juni. Dritter Verhandlungstag. Zur Beratung steht der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Vereinbarungen zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften. Die Vereinbarungen betreffen a) Hausindustrie und Heimarbeit, b) den Vertrieb von Strickwaren, c) die Anerkennung der Gewerkschaften und deren Tarife, d) die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, e) die Errichtung von industriellen Absatzgenossenschaften.

Und noch einmal der Zopf.

Und noch einmal der Zopf! — Jenleits fogar der Meere hat er gewütet einst im Indo-Britenheere, hat baymeind er geführt sein haarig Regiment. Was dort ein Rotloch war, trug auch den krummen, straffen; Geschmeichelt sahen es am Gangesstrand die Affen — Sie nahmen's für ein Kompliment. O, welch ein Staat das war an Sonn- und feiertagen! Da ward er feierlich und endlos erst getragen! Da schmückt' er vollends erst der Krieger Scharlackleid! Im Sattel saßen sie, gradleibig wie die Puppen; Er unterdessen lag ausruhend auf den Croupen In sinniger Betrachtfamkeit. Und war zu Ende nun die schimmernde Parade, Dann sprengten Offizier und Fähnrich ans Gestade, Dann gab's ein Rennen noch um eine Flasche Port! Dann band sich männiglich die angehängte Bürde Des Zopfes ehrbar ab, hielt ihn mit Schick und Würde fest in der Hand und schnalzte: „Fort!“ Und fort nach Willkür ging's — der Zopf ja ward zur Gerte! Der Zopf behielt den Sieg, wie sich das Roß auch sperrte! Ein indo-britisch Spiel: — Weh, daß man es verdeutcht! Daß man auch unter uns vom rückwärts schau'nden Kopfe Den starren Unhold langt — bei uns auch mit dem Zopfe Ein edel Roß, das Volk, zerpeitscht! Ferdinand Freiligrath.

Freiligrath, der freudige.

Düster mit verlocktem Docht flackerten die Kerzen; Düster und von Horn durchpocht brannten unsere Herzen; Dennoch oft, gleich wie der Blitz flücht' er toll entgegen, traß ein Lachen, traß ein Witz Hell durch unser Grollen. Es gibt einen Brief Freiligraths, worin er bemerkt, die Leute verständen seinen Humor nicht. „Wozu denn immer Pathos, wenn der Humor ein wesentlicher Bestandteil meiner Natur ist? Gott behüte mich, daß ich nur Witze reizen sollte, aber ebensovienig gelüster's mich, ewig auf den Stelzen des Pathos einherzuschreiten.“ Freiligrath, den Freudigen — man kennt ihn zu wenig; und doch war der Humor wahrhaftig ein wesentlicher Bestandteil seiner Natur. Schon der Knabe wußte seine Umgebung durch manchen Spatz, durch Spottpredigten, geremte Glückwünsche und Festgedichte zu belustigen. Als Schüler verfaßte er zur Freude der ganzen Klasse ein richtiges Epos in Hexametern, in dessen Mittelpunkt ein Detmolder Metzgerhund mit seinem Schweife webte. Ein andermal wählte er seiner Muse einen braven Bürger und Tabakfabrikanten zum Opfer. Gerne entwarf er zu seinen Versen komische Bilder und Karikaturen. Dieser Frohsinn blieb dem Jüngling, dem Manne und dem Greise treu. Freiligrath wollte einmal ein Lustspiel aus dem Dreißigjährigen Kriege schreiben. Dieser Gedanke, Freude im Kampfe zu finden, spiegelt den ganzen Menschen. Witten im Exil, in Nummer und Erregung trug der Flüchtling ein Traumbuch mit und deutete seinen Freunden gravitatisch ihre nächtlichen Phantasien. Seine Prophezeiungen rief er ihnen frischweg über die vom Gelächter drohenden Gassen zu. Ein richtig ausgeführter Schabernack ging ihn über alles, brachte ihn aber freilich oft genug in verzwickte Lagen. Einmal hatte er einen Kollegen, dessen Lobhudeleien ihm gar nicht zu Gesicht standen. Da sprach dieser Freund Hub eines Tages verächtlich von den Juden. Gleich machte Freiligrath eine bedächtige Reichtmiene und gab zu erkennen, er sei selber einer von dieser Gilde. Hub verbreitete dieses gesunkene Bekenntnis, und Freiligrath mußte später hoch und heilig versichern, er sei gut evangelisch und tabellos getauft. Nicht übel muß der Aufzug geraten sein, den Freiligrath als junger Mann in Szene setzte. Um nicht als plebejischer Fußgänger sich abzuweisen, ritt er mit einem Bekannten zusammen auf einem Pferde aus. Der gute Freund sah vorn im Sattel, Freiligrath

dagegen hatte das närrische Vergnügen, hinten herumzurutschen. Die ganze Prozedur dauerte drei Stunden. Sie hatten eine Fahne mit, die bei jeder Gelegenheit feierlich geschwenkt wurde; kam ihnen ein Wagen in die Quere, so paradierten sie. An Fenster, aus denen ein hübsches Gesichtchen guckte, wurde im Galopp herangesprengt. Es muß ein grandioser Spektakel gewesen sein, und die ganze Abrechnung lächelte über diese Donquixoterie. Solche barocken Einfälle scheinen auf Freiligraths Tagesprogramm gestanden zu haben. Aus Brüssel sandte er einem Kameraden, der sich eine Galerie berühmter Männer angelegt hatte, das Kontor des bekannten Ranneken mit der Bitte, diesem plus ancien bourgeois de Bruxelles (älteren Brüsseler Bürger) ein bescheidenes Eichen in einem (nicht heimlichen) Gemach zu gönnen. Einen Geburtstagsbrief illustriert er mit Weinetiketten, und einem Freund, der durch eine Verletzung um einen Fußnagel kam, gratuliert er zu dem Vorteil, „daß Du hinfort beim Nagelabschneiden einen Nagel weniger zu besorgen hast“. Wenn er seinen Schlaf fand, machte er die kühnsten Dinge, als da sind Gedichte mit falschen Silbenbetonungen oder Sonette humoristischer Inhälfte. Eins davon endet in klassischer Diktion: Dann ruft er aus: Sie ist die zweite Stadt! Sei sie nun sonsten Lea oder Rachel — In sieben Jahren ist sie mein Gemahel. Er ergriff jede Gelegenheit. Eines Morgens trat ein Indischerhüpfel in seine Behausung, um dem Uebersetzer des „Diamant“ seine Bewunderung auszusprechen. Freiligrath wurde mit Herrn Raß-Ge-Ga-Bowl rasch gut Freund, und da gerade wieder einmal ein Trompeter angekommen war — Freiligrath nannte seine Kinder „Trompeter des Lebens“ —, so wurde die ehrtbare Ratwahl mit der Würde eines Tausendpaars beehrt. Freiligrath lächelte auch während er dichtete, und zwar so, daß die Hände bebten. Er erzählt es selbst von seinem seinem Hochzeitsmarmen im Stile der ersten schlesischen Dichterschule (17. Jahrhundert), in dem er Damon, den Pfeiffer auf dem Haberohre, sein Lied Wasen läßt, um es dann erhaben zu schließen: Denn so, wiederum mit Wasen Sing er heime, ernst doch froh; Schritte zu, auf feuchtem Rasen, Seinem Raß'ich Monopon; Hoffende, wie daß sein Lallen Ihnen möge daß gefallen. Das allerliebste ist, daß Freiligrath auch über sich selbst herzu sich zu lachen verstand. Ueber eine Karikatur, die ihn als Lügner verspottete, schrieb er ein ganzes Gedicht:

90 Vereinen erwirkt hat. Nun sei immer mehr eingeschlossen worden, daß die Genossenschaften ein Stück der Arbeiterbewegung selbst sind. Die Unterschätzung sei nun in eine Überschätzung umgeschlagen.

Der Referent ging dann auf die nachstehenden Anträge des Vorstandes und Ausschusses ein:

Gemeinschaftliche Anträge des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zum 7. ordentlichen Konsumgenossenschaftstag in München.

Der siebente ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 13. bis 15. Juni erklärt seine Zustimmung zu folgenden, mit der General-Kommission der Gewerkschaften vereinbarten Beschlüssen:

1. Hausindustrie und Heimarbeit.

Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem gefährlichen Herd aller Infektionskrankheiten, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumenten von Heimarbeitserzeugnissen sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Übergang zur geordneten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.

Soweit die Herstellung der Nahrungs- und Genussmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindustriellen Produkte von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Konsumenten auszuschließen. Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen.

Ueber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für ständige Aufklärung in Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erschließung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden.

2. Strafanstaltszeugnisse.

1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltsarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgelungenen in Lehrwerkstätten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preise an Privatunternehmer verkauft, welche mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Warenverteilung, die Konsumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstaltszeugnisse vom freien Wettbewerb und der Übergang der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums dringend geboten.

Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstaltszeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden ersucht, bei ihren Wareneinkäufen und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angefertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstaltszeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Bestreben durch Rambohmung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltsarbeit aufklärt.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstaltszeugnisse stets zurückzuweisen.

B. Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit Unternehmerorganisationen vereinbarten Tarifen.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Liefer-

ungsaufträgen sowie bei Vergabung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgeberern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen erkennen.

Soweit schriftliche Wertverträge über die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontrakte eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaft und die zwischen diesen und den Arbeitgeberern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.

4. Genossenschaftliche Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder.

Der Gewerkschafts-Kongress zu Hamburg 1908 verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Der Kongress erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-aufklärende Vorträge in den Filialen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse sowie durch Druckschriften in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirkes sind die örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftlern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftsstellvertreter können außerdem für Vorträge und Druckschriften, Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über die Gründe des Fernbleibens der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikationen am Orte wirken.

5. Die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften.

Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatz der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großeinlaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine und — soweit bedruckt und unbedruckt Papiertwaren und Papiere in Frage kommen — der Verlagsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktionsgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirkes zur gemeinsamen Produktion bzw. zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktionsgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;

2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannte Arbeiterproduktionsgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solche häufig nach erfolglosen Streiks vorkommen.

und wenn deren Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstand der Großeinlaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine und der Großeinlaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt.

Arbeiterproduktionsgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis gegründet werden, sind lediglich als Privatunternehmungen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die General-Kommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, d. h. wenn einerseits für eine sachmännliche Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten.

Die Großeinlaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neuerichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverkehr zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Revisionsverbände, nur unter diesen Voraussetzungen neuerichtete industrielle Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder in ihren Verband aufzunehmen.

Mit besonderer Wärme empfiehlt der Referent die Resolution

über die Hausindustrie und Heimarbeit. Bei der Heimarbeit sei das surdärstliche, daß hier die Arbeiter gezwungen sind, ihre Kinder von frühesten Jugend an auszubeuten. Am besten könne dies beurteilt, wer es am eigenen Leibe verspürt hat. Er (Redner) habe als Sohn eines Zigarrenwicklers in seiner Kindheit keine freie Zeit gehabt. Wie die Heimarbeit gesundheitlich wirkt, das zeige die enorme Sterblichkeitsziffer der Kinder von

Heimarbeitern. Die Genossenschaften müßten nun bestrebt sein, die Hausindustrie wirtschaftlich zu überwinden. Vor allem müßten die genossenschaftlichen Betriebe unterstützt werden. Redner begründete dann kurz die weiteren Resolutionen und betonte zum Schluß, durch die Zustimmung zu den Resolutionen erwache den Genossenschaftlern die Pflicht, sie durchzuführen. Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern möchte er zurufen: „Wollt Ihr, daß ein wirklicher Einfluß im Sinne der Resolutionen ausgeübt wird, dann müßt Ihr genossenschaftliche Mitglieder werden.“ Wer die Schäden der Heimarbeit usw. bekämpfen will, der muß dies durch die Tat beweisen. Durch die Organisation des Konsums haben die Arbeiter die Macht, für Verbesserungen auf den verschiedensten Gebieten zu wirken. Mit der Annahme der Anträge dokumentieren wir aufs neue, daß die Genossenschaften eine soziale Einrichtung sind. Wir können durch sie die Auswüchse des Kapitalismus bekämpfen, und vereint mit den Gewerkschaften an der Hebung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes wirken. (Lebhafter Beifall).

In der Debatte hebt der Vertreter der Tabakarbeiter, Oberle-Hamburg hervor, die Resolutionen und deren Verwirklichung bedeuten einen Fortschritt für die Tabakarbeiter. Die Kontrolle der Waren, die heute ungenügend sei, müsse eine bessere werden. Die beste Kontrolle sei, die Waren aus den Genossenschaftsbetrieben zu beziehen.

Dauer-Berlin, Vertreter der General-Kommission, erklärt, in bezug auf den historischen Rückblick v. Elms einige Worte sagen zu müssen. v. Elm habe betont, die Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses sei ein Beweis dafür, daß die Beurteilung der Genossenschaften durch die Gewerkschaften eine andere geworden sei, der Unterschätzung sei eine Überschätzung gefolgt. Diese Schlussfolgerung halte ich nicht für berechtigt. Der Kölner Beschluß enthält ein Programm, in welchem Sinne die Gewerkschaften bei den Genossenschaften mitarbeiten wollen. Und bei einem Programm geht man etwas weiter, als man von der gegenwärtigen Zeit erwartet. Die Gewerkschaften haben nicht daran gedacht, daß all das in der Kölner Resolution Gesagte, nun plötzlich durchgeführt werde. Jeder Gewerkschaftler wollte damit verpflichtet sein, im Rahmen des Beschlusses für die Genossenschaften zu arbeiten. Sonst habe ich den Ausführungen v. Elms nichts hinzuzufügen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß von beiden Seiten energisch für die Verwirklichung der Resolutionen eingetreten wird. Die Gewerkschaften haben alles getan, um die Genossenschaften zu fördern und werden es auch weiter tun. Im Sinne der Resolution 4 wurde von den Gewerkschaften schon bisher gehandelt. Die Annahme der Resolutionen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress wird nur eine Feststellung dieser Tatsache sein. Ich glaube, es wird die Zeit nicht fern sein, daß jeder gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auch genossenschaftlich organisiert ist.

Gambacher-Erlangen verspricht sich nicht viel von der Resolution 4, die nichts verpflichtend für die Gewerkschaftspresse vorsehe. Die große Zahl der Gewerkschaftsredakteure hätten sich bisher noch nicht sehr für die Genossenschaften begeistert.

Dieber-Berlin nimmt die Gewerkschaftsredakteure gegen diese Angriffe, die unberechtigt seien, in Schutz. Wenn einige Gewerkschaftsblätter sich wenig mit den Genossenschaften beschäftigten, so rühre das wohl daher, daß die Redakteure zu sehr überlastet sind.

In seinem Schlusswort betont v. Elm gegenüber Dauer, daß er nur gefast habe, in Köln sei die Macht und der Einfluß von den Gewerkschaften weit höher eingeschätzt worden, als von den Genossenschaftlern selbst. — Die Verpflichtung, für die Genossenschaften Propaganda zu machen, enthalte die Resolution 4 auch für die Gewerkschaftspresse. Es gelte nun gemeinsam zu handeln, um die Resolution praktisch zu verwirklichen. Dann würden auch Erfolge erreicht, im Interesse der Gewerkschaften und Genossenschaften. Für die Genossenschaftsbewegung sei ein Fortschritt der Genossenschaften in der Eigenproduktion von allergrößter Bedeutung. Die Genossenschaften würden eine stetig wachsende Macht, mit der die Gegner zu rechnen haben. (Beifall).

Bei der Abstimmung werden sämtliche Resolutionen einstimmig angenommen.

Vorsitzender Radehoff bemerkt dazu: Durch die einstimmige Annahme haben wir bekundet, daß es uns Ernst um die Verwirklichung der Resolution ist. Wir erwarten aber das gleiche von den Gewerkschaften: daß sie unsere Organisation unterstützen. (Zustimmung.)

Den Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts

gibt Lorenz-Hamburg. Insgesamt dürften über 90 Proz. aller technischen Arbeiter der Genossenschaften des Zentralverbandes zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten. Es sei aber bedauerlich, daß immer noch eine recht große Zahl von Vereinen den Tarif nicht anerkannt hat. Die Beschlüsse des Genossenschaftstages würden immer einstimmig gefasst, aber nicht immer so einstimmig ausgeführt. Daß die Tarife von einzelnen Vereinen nicht angenommen wurden, gebe nur den Gegnern Material. Es sei zu hoffen, daß bald alle Vereine die Tarife anerkennen. Einem Wunsche der Handlungsgehilfen, die einzelnen Ge-

Kleines feuilleton.

Eine neue Minenlampe ist auf der Abteilung für angewandte Chemie auf der Brüsseler Weltausstellung zu sehen. Sie ist ein englisches Fabrikat, von dem man sich außerordentlich viel verspricht. Wesentlich besteht die einzige Möglichkeit der Verhütung von unterirdischen Explosionen, den sogenannten Schlagenden Weitem, in der Erkennung von noch so geringen Mengen der leicht entzündlichen Grubengase. Das neue Verfahren besteht darin, daß neben dem Docht der Minenlampe ein nicht verbrennbarer Stütz angebracht ist, der schon beim Vorhandensein von 6 Proz. gefährlicher Gase leicht zu glühen anfängt und dem Minenarbeiter ein absolut sicheres Warnungssignal gibt. Hoffentlich bewährt sich die Erfindung, die allerdings nicht allein hinreicht, das Leben der Bergarbeiter zu sichern. Dazu ist in erster Reihe eine vollständige Reorganisation der ganzen Bergwerksbetriebe nötig.

Röntgenstrahlen und Perleschere. Die Perleschere im Roten Meer, dem Golf von Persien und der Meerenge von Panama (Indien) hat eine vollständige Umwälzung erfahren. Der alte Vorgang bei der Perlescherei ist ja bekannt; Taucher, die höchstens ein bis anderthalb Minuten unter Wasser bleiben konnten, rissen in der Haft so viel wie möglich von den Schalentieren von den Wänden hinweg, auf denen sie am Meeresboden wuchsen. Unter der Beute befand sich jedesmal eine sehr große Anzahl Muscheln, die entweder noch gar keine Perlen oder Perlen in geringer Entwicklung enthielten. Nach dem neuesten Verfahren werden die Muscheln von berufsmäßigen, mit Taucherganzgen versehenen Perleschereifahrern sorgfältig in schmalen langen Käfen gesammelt, die so eingerichtet sind, daß sie unter einem Röntgenapparat hindurch passieren können, sobald sie einmal an Tageslicht gebracht werden. Die Schale ist in einem Grade durchleuchtbar, daß jede inwendig vorhandene Perle ganz genau nach ihrer Größe erkannt wird. Ist sie nicht groß genug, so wird sie wieder ins Meer verfrachtet und erst heraufgeholt, wenn sie bis zur gewünschten Größe gewachsen ist. Auf diese Weise wird der ungeheuren Vermehrung der Perlenbänke Einhalt geboten.

Theater.

Ram merspiele. Sommergaspieldirektion Geber: „Liebeswalzer“, Schauspiel von Henry Bataille. — Im ersten Teil des Stückes gab es zerstreute Ansätze, die auf die Absicht einer ernsthaften psychologischen Problematik zu deuten schienen. Ein Aristokratenträufeln, die etwas Besseres als die hergebrachte Ständebühne erfährt, hat sich mit überflüssigem Idealismus in ihren jungen Musiklehrer verliebt. Ueberdrüssig der glatten, leeren Eleganz ihrer Umgebung, erblickt sie in dem gutturalen, einfach und unbeholfenen Durcheinander der ganz in keinen

Augenrollend, wellenmächtig,
Der bekannte Löwenkönig,
Oft auch Mohrenfürst genannt,
War an zwanzig Jahr verbannt.

Die knappe Schilderung freilich, die er von der Entstehung seiner Lyrik macht, scheint nicht ganz verlässlich. Er stellt nämlich die Sache folgendermaßen dar: „Ich sage: Allah! spude in die Hände, und ein Gedicht ist fertig!“ Selbstironie klingt aus dem Brief, den er zwei Dutzenden (Herrn Voelling und Eichmann) im reinsten Geschäftstil schickte: „Wären Sie nicht geneigt, uns einige Parthieen Rhein- und Moselwein, Karbinalsenf u. s. w. in Konnotation zugehen lassen? Der mit Sicherheit zu erwartende günstige Ablauf der Auktion stellt bedeutende Feiertage und daraus hervorgehenden namhaften Konsum in Aussicht. Mit bekannter freundschaftlicher Hochachtung...“ — Freiligrath mußte seine wertvolle Zeit auf dem dreieinigen Kontorstuhl in der Zahlentafel des Geschäftsbetriebs verbringen. Köstlich ist, wie er den Eintritt eines Postens meldet: „Ende Juli reite ich ein. Ueber die bei meinem Eintritt stattfindenden Festlichkeiten wirst Du später in den Zeitungen lesen. Es wird schon jetzt allerlei gemunkelt. Die Eisenbahn wird — wie es heißt — ihre sämtlichen Waghöfe zwischen Hadnes und Penderhurstree (wie auch nicht minder die Lokomotiven usw.) feierlich bekränzen; beim Aussteigen in der Stadt werde ich vom Lord Mayor und sämtlichen Aldermen förmlich empfangen; sodann Prozession zum Kontor; Uebergabe meines (selbstredend auch bekränzten) Pulses und Schreibstuhls; Tanz auf Bury Court; grandioses Dinner in London Tabana, wobei der alte Guth präsidiert; Ball, den ich mit der Königin zu eröffnen gerufen werde...“ „Mein Prinzipal“, erzählt Freiligrath manchmal, „meint, ich zeige kein Interesse am Geschäft, wenn ich nicht bei jedem 2x2 einen Sprung über Tisch und Bänke mache.“ Als er später die Stelle verließ, nannte er dieses Ereignis zart den „Austritt aus der Synagoge“.

Am frühesten wurde dem Dichter im Kinderkreise zumute. Seine kleine Garde durfte ihn mitten in seinem Schaffen umkreisen und umlagern, je ärger, desto lieber. Mit den Kleinen philosophierte er zu Tisch, und sie benutzten ihn als braven Turnapparat, so daß sein Bart bisweilen „wimmerte“. Einen Witz in seine Stube und in sein Herz gönnst die Briefstelle: „Otto Kramonack um meine Fäße herum, Nette betelt um den Grimm, und Wolf will die Bilder zum gestiefelten Vater. Zwischen aber steht neben mir und läßt meine Lenden.“ Nicht anders war Freiligrath, der Großvater. Seinen Enkelkindern sandte er immer wieder Bilder und Gedichte. Eines, ein Geburtstagsgedicht, sei hierhergesetzt:

Lieber Hermann!
Im Garten singt das Weislein,
Es klappt auf Buzig und Weislein.

Und hier kommen die sieben Weislein

Mit Schwänzelein über den Steiglein.

Die titulieren

Und jubilieren

Und randalisieren

Und gratulieren

Und richten einen großen Lärm an

Und rufen: Bivat Hermann!

Bivat Hermann immerdar,

Jetzt und viele, viele Jahr,

Immer frisch und wohlgenut,

Immer wacker, immer gut.

Immer fleißig — mäh, mäh, mäh! —

Ueber seinem A B C.

Ueber Bind und über Schrift

Mit dem edlen Schieferstift!

Über mutig auch und led

Hoch zu Ruh und hoch am Red!

Ja, mutig! Einer, dem's nicht graut,

Wenn der Wolf durch's Fenster schaut!

Ein braver Knab', ein tücht'ger Mann,

Der Seinen Glück — und so fortan!

Als dazueinst —

Wie, sagt das Weislein;

Mäh, mäh! sagen die Weislein; —

Er daßst als ein eisgraues Greislein,

So eins, lieber Junge,

wie Dein Dich liebender und

mit Weislein und Weislein

Dir vom Herzen glückwünschender

Großpapa.

Wäre Freiligrath nicht mit diesem Proffinn begnadet gewesen, er wäre nicht so aufrecht und kühn geblieben unter der Wucht der Witternisse, die ihm das Leben zu tragen gab. Aber er war heiter. „Es ist ein trübseliger Zustand“, schreibt er 1840, „wenn man keine Tränen hat für sein Leid — ich habe eine solche Zeit gehabt! Aber noch schlimmer denkt ich's mir, wenn einem das Lachen ausgeht.“ Und 1870 schreibt er nochmals: „Wir wollen das Lachen nicht verlernen.“ Wenige Tage noch vor seinem Tode sagte er mit der ganzen Ankauflichkeit seiner Frohnatur: „Ich fühle wie ein Student auf der Wenzur, und mein Gegner ist der Tod.“ Am Ende ist Freiligrath der Sieger geworden, denn er lebt heute noch in uns und wird weiter wirken als der fröhliche Kämpfer, der er war. Sein Trost und seine Heiterkeit gehörten zusammen. Das hohe Rebellentum schöpft seine Kraft nicht aus dem Mitleid und nicht aus der Noth. Es ist nichts anderes als der Ausdruck gehemmter Weltfreudigkeit. —

Josef Zitzels

offenshaften noch besonders zu berücksichtigen, mit diesem Verbands-
brüche Verträge abzuschließen, habe das Tarifamt nicht ent-
sprechen können, da dies schon durch die Mainzer Resolution ge-
sehen sei.

Eine Debatte schließt sich an diesen Bericht nicht. Die
ausscheidenden Mitglieder des Tarifamtes werden wiedergewählt.
Den Bericht des Ausschusses erhält v. Elm-
Hamburg. Differenzen irgendwelcher Art mit dem Vorstand seien
nicht vorhanden. Der Ausschuss sei mit der Tätigkeit des Vor-
standes voll einverstanden.

Die Kassendruckrechnung des Zentralverbandes, die mit
76 011,05 M. in Einnahmen und Ausgaben balanziert, wird als
richtig anerkannt und der Voranschlag für 1911 genehmigt.

Das turnusmäßig ausscheidende Vorstandsmitglied Lorenz-
Hamburg wird wiedergewählt, desgleichen die turnusmäßig aus-
scheidenden Ausschussmitglieder Prof. Staudinger, Darm-
stadt, v. Elm-Hamburg und Probbig-Weidau.

Damit waren die Arbeiten des Genossenschaftstages beendet.
Der nächstjährige Genossenschaftstag findet in
Leipzig statt.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Am gestrigen, neunten Verhandlungstag wurde wiederholt die
Defensivität während der Besprechung geschlechtlicher Verhält-
nisse ausgesprochen. Zum Schluß der Verhandlung machte der als
Anklagende geladene Major Lubnowski die Angeklagte be-
lastende Aussagen. Die Verhandlung mußte wegen Unwohlsein
der Angeklagten verlagert werden.

Eingehend wurde das Stubenmädchen Lulat und die Wirt-
schafterin Eue vernommen. Beide Zeuginnen bekundeten, die An-
geklagte habe sich viel um die Wirtschaft gekümmert, auch wenn die
Köchin fortgegangen war, selbständig gekocht. Auch mit den
Kindern beschäftigte sie sich viel. Meist war sie recht freundlich,
aber wechselte in ihren Stimmungen. Sie war häufig krank und
litt sehr an Kopfschmerzen. Krampfanfälle haben die Zeuginnen
nicht beobachtet. Vorgelegt wurden ein Paar Strümpfe, die die
Nummer 11 tragen, aus denen aber die weitere Zeichnung heraus-
geschnitten ist. Es sollen das die Strümpfe sein, die nach Angabe
von Göben die Angeklagte ihm gegeben habe, um die Spur der
Hunde abzulenken. Die Zeuginnen sind nicht in der Lage anzu-
geben, ob das Paar Strümpfe des erschossenen Majors waren. Der
Hund Hirschmann habe oben oft auch im Schlafzimmer der An-
geklagten geschlafen. Der Zeugin Lulat sind Herrenbesuche nicht
aufgefallen. Die Zeugin Eue weiß, daß Herren öfters von der An-
geklagten empfangen wurden. Sie hatte angenommen, die An-
geklagte habe eine leichte Art im Verkehr mit Herren. Die Grenze
des Zulässigen, habe sie aber angenommen, werde nicht überschritten.
Im Verkehr mit von Göben sei sie zuerst als Bedienter, später
als Zutritterin benutzt. Doch nachts hätten das Schlafzimmer
der Angeklagten teils, wußte auch diese Zeugin nicht. Trink-
gelber hat sie von Göben oder der Angeklagten nicht erhalten. Als
am 14. Dezember die Angeklagte nach Königsberg fuhr, hatte sie
der Zeugin aufgetragen, Briefe an sie unter der Adresse „Haupt-
mann von Göben, Königsberg, Hotel Continental“ zu senden.
Gegen die Berechtigung des Fräulein Eue erhebt der Staats-
anwalt Widerspruch, da sie im Verdacht der Begünstigung stehe.
Justizrat Sells wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese An-
nahme. Das Gericht tritt ihm bei und vereidigt auch die Zeugin
Eue.

Apothekenbesitzer Doss (Altenstein) bekundet: von Göben hat
mir erzählt, sein Bruder brauche Arsenik zur Vernichtung von
Fischen und Raubzeug und hat sich wiederholt auf Grund eines
polizeilichen Erlaubnisbescheides Arseniklösungen anfertigen lassen.
Die tödliche Dosis Arsenik beträgt 0,1 Gramm. Von Göben erhielt
50 Gramm, ein Quantum hinreichend, 4-500 Menschen zu töten.
Dah man einem Mann eine erhebliche Menge der Arsenik haltenden
Lösung in den Kaffee beimischen könne, ohne daß er es merkt,
halte ich für ausgeschlossen.

Schlossermeister Winuth weiß nichts davon, daß die Angeklagte
außer den Briefen eine Mappe, in der sich das Testament befand,
aus dem Schreibtisch herausgenommen habe. Freier Sitarski
bekundet, daß von Göben bei ihm am 24. Dezember um 4 Uhr
nachmittags die Mappe gekauft habe. Bei dem Hauptmann Schwind
hat sich kurz vor Weihnachten von Göben über die nächste Reise-
route nach Schweden und Norwegen orientiert. Die Verteidigung
hebt hervor, daß beide Länder wegen Nordsee ausliefern, und gegen
die Abfertigung einer Blutschuld auf Erkundigung auch der Um-
stand spreche, daß dann ein Zeuge dagewesen wäre, der von der
Reise gewußt hätte.

Nächster Zeuge ist der jehige Kaiserl. Ottomanische Oberst-
leutnant Tschupowski aus Adrianopel, der lange Jahre Abteilungs-
kommandeur des Hauptmanns von Göben war. — Vorf.: Was
haben Sie für Ansichten über Hauptmann von Göben in persön-
licher und dienstlicher Beziehung? — Zeuge: Hauptmann v. Göben
war persönlich ein hochanständiger, vornehmer Charakter, dem ich nichts

Künstlertäumen lebt, ein Wesen neuer, höherer Art. Seine Leh-
rungsbedürfnisse Wellenbewegungen vermehrt nur noch den Reiz, ruft
mit dem Entschlusse der Bewunderung zugleich die in ihr schlum-
mernden Instinkte mütterlicher Fürsorglichkeit wach. Sie sagt sich
von den Eltern los und begleitet den Erwählten nach Paris.

Die Perspektiv auf ein bewegtes Seelendrama: auf eine Des-
illusionierung im täglichen Zusammenleben und ein verzweifelt
Anfangen des Wadens gegen die trostlos graue Ernüchterung
des Geschehens tut sich auf. Ein Dichter, etwa von den Qualitäten
Eben Rangens in den „stillen Stuben“, hätte der Situation eine
Fülle sich steigender, in gedämpfte Tragt ausflingender Züge
abgewinnen können. Indes Bataille lenkt von den Bahnen innerer
Entwicklung nach ein paar tastenden Versuchen eiligst wieder ins
bewährte Schema traditioneller Bühnenmaske ein. Sein Rufstus,
als sei es an dessen sonstigen Mängeln nicht genug, muß abend
den abgeschmackten Theaterstreich begehen, seinem neuen Gönner
und Chef aus kindlichem Gemüte zweihundert Franz zu stellen,
um der Geliebten ein Klavier dafür zu mieten — und der Chef,
ein Duhand-Don Juan, wird als der Sünderfried des Bundes her-
beigeholt. Ein bequemes und exprobrtes Mittel, für dessen Verwen-
dung der Hausrat effektvoller Drapierung, wie man ihn noch
immer in Paris beliebt, billigt zu Gebote steht. Das schwärmerische
Fräulein findet in dem unterschämten Antrag des Herrn, der über-
dies der Gatte ihrer besten Freundin ist, an sich nichts Empörendes,
nur einen Irrtum in der Adresse, worüber sie als Bekannte ihm
einen tröstlich pointierten Vortrag hält. Er bittet um Verzeihung
und verliebt sich dann nur um so härter. Im dritten Akt ein
neues wildes Liebeswerben und Widerstand der innerlich bereits
besiegten Kelly, im vierten Akt dasselbe da capo. Kelly hält Reden,
wie entsetzlich es ist, wenn man die erste Liebe, die man ewig
glaubte, im Herzen sterben fühlt, läßt ihren Rufstus den Liebes-
wälder spielen und schießt sich mittlerweile im Nebengimmer tot.

Ellen Neustädter gab in der Rolle Proben ihres bei be-
grenztem Ansehn großen Könnens. Die Härlichkeit, der mütter-
liche Stolz auf ihren Liebhaber, das schmerzliche Ringen mit der
Leidenschaft kam warm und aus der Tiefe quellend in kongruenter
Sprache zum Ausdruck. Paul Otto gelang es, der blaffen
Lebensfigur ein individuelles eindringliches Gepräge zu ver-
leihen. Der Weisfall, den das Stück fand, hielt sich in mäßigen
Grenzen.

Notizen.

— Dr. Otto Briesemann, der berühmte Tenorist und
herborragende Wagnerfänger, ist — 44 Jahre alt — am Donner-
stag gestorben; er sollte demnächst an der Berliner Gura-Oper mit-
wirken.

Wöben zu trauen würde. — Vorf.: Erzählte er gern phantastische
Geschichten und machte sich wichtig mit seinen Kriegserlebnissen? —
Zeuge: Er war viel im Auslande, hatte den Durenfeldzug mit-
gemacht und war auch in Macedonien. Er hatte dort andere Ver-
hältnisse kennen gelernt wie hier in Deutschland. Er hat auch
seinen Taten vielleicht mehr Wichtigkeit beigemessen, als ihnen in
Wirklichkeit zukam. Von der Arbeit, die er im Auslande geleistet,
war er sehr eingenommen. Er übertrug gern seine Ansichten von
der Praxis, die er im Auslande gesammelt, auf deutsche Verhält-
nisse. Das stimmte natürlich meist nicht, weil ein Feldzug in
Mitteleuropa unter ganz anderen Verhältnissen vor sich geht, als
ein Feldzug in Subarctica. Er wollte aber trotzdem diese seine An-
sichtungen gern auf Deutschland übertragen und hat sich mit
seinen Ansichten immer mehr beschäftigt und sie hier einzuführen
versucht. Ich kann aber nicht sagen, daß er direkt renommierte.
Er war nur für mich das, was man einen schwierigen Unter-
gebenen nennt. Er war nicht leicht zu behandeln. Sein Charakter
war fest, aber etwas, wie wir in Ostpreußen sagen, „starr“. Er
hatte manchmal ganz eigenartige Ansichten, wir sind auch hin und
wieder aneinandergeraten. Er wollte in der deutschen Armee Ver-
hältnisse einführen, die dienstlich hier überhaupt unmöglich sind.
Es bestand zwischen uns beiden ein freundliches, aber kein freundschaftliches
Verhältnis. Ein freundschaftliches Verhältnis in der
deutschen Armee ist ja dienstlich zwischen Vorgesetzten und Unter-
gebenen sehr selten möglich. Wenn ich also sage, daß er ein
schwierig zu behandelnder Untergebener war, so erkenne ich
andererseits an, daß er ein tüchtiger Mensch war, und so lange
er nicht von Leidenschaft beherrscht war, sogar außerordentlich
tüchtig. Vor allem kam er auch mit seiner Mannschaft sehr gut
aus. Er war eine durch und durch vornehme Natur. — Vorf.:
Veränderte sich das nachher im Laufe der Monate? — Zeuge: Ja-
wohl, das hat sich geändert. Ich habe ihn deswegen auch zur Rede
gestellt, wie es meine Pflicht war. Ich war es zufälligerweise, der
ihn mit der Angeklagten bekannt machte. Es war auf einem
Maskenball bei Erzengel Scotti. Da der verstorbene Major von
Schönebeck ungefähr in demselben Dienstalter war, wie ich, war
es natürlich, daß wir die Damen gegenseitig austauschten. So
kam es, daß ich Frau v. Schönebeck zu Tisch führte. Ich entsinne
mich noch, daß Frau v. Schönebeck plötzlich zusammenbrach und mich
fragte: Wer ist der Herr dort? Hauptmann v. Göben trug an
diesem Abend einen Matrosenanzug. Ich fragte Frau v. Schöne-
beck: Meinen Sie vielleicht den Herrn im Matrosenanzug? Ja-
wohl, sagte sie. Ich antwortete: Das ist Hauptmann v. Göben,
einer meiner Offiziere. Am nächsten Tage traf ich Hauptmann
v. Göben und sagte ihm: Nehmen Sie sich in acht, Frau v. Schöne-
beck ist verheiratet, hätten Sie sich vor dem Heuer. Da sagte er:
Ich gehe zwar sehr zum Kaffee zur Frau v. Schönebeck, aber Sie
läuschen sich, ich bin gewappnet, mir kann eine Frau überhaupt
nichts anhaben. Ich wußte damals noch nicht, auf was sich das
bezog. Nachher ließen seine dienstlichen Leistungen mehr und mehr
nach und ganz zufällig erfuhr ich, daß Frau v. Schönebeck gemein-
sam mit ihm in Schwarzort war. Das machte mich süchtig und ich
stellte ihn privatim zur Rede. Da sagte er: Herr Major, was Sie
denken, ist nicht der Fall. Im Mansover ist mir auch aufgefallen,
daß er für seine Leute nicht genügend sorgte. Ich bin dann am
27. September 1907 auf drei Monate auf Urlaub gegangen und
bin erst am 27. Dezember von diesem Urlaub zurückgekehrt, nach-
dem die Tat geschehen war.

Am 28. Dezember verhaftete ich Göben. Er war bei der Ver-
haftung sehr gefaßt. Wir trafen ihn in Zivilkleidung in seinem
Zimmer und er machte den Eindruck, als ob er die Verhaftung
schon erwartet hätte. Er hatte alles schon geordnet, und meine
Frage, ob er etwas am Herzen hätte, was ich ihm noch besorgen
könnte, beantwortete er ablehnend. Daraufhin haben wir ihn ins
Arrestlokal transportiert. Er hat keine Schwierigkeiten gemacht.
Er ist ganz ruhig und verständig gefaßt. Er hatte mich seinerzeit
gefragt, wie er sich zu Frau v. Schönebeck zu stellen hätte. Es sei
ihm verboten worden, mit ihr in Verkehr zu treten. Daraufhin
sagte ich ihm, daß er diesem dienstlichen Befehl selbstverständlich
streng nachkommen müsse. Am 29. Dezember habe ich ihn über-
haupt nicht gesehen. Am 30. Dezember ist er vom Oberstabsarzt
Dr. Ebner untersucht worden, und zwar wegen der Wunden im
Gesicht. Er mußte sich entkleiden. Kurz vor Beendigung der
Untersuchung hat mich Göben, er hätte mir doch noch etwas zu
geben. Dann sagte mir der ihn untersuchende Arzt, daß Göben
nicht normal sei. Am 30. Dezember nachmittags gab uns Göben
an, daß in seinem Ofen eine verbrannte Maske und unter dem
Teppich die Summe von 1300 M. liege, die für einen Pferdekauf
bestimmt war. — Vorf.: Wüßten Sie etwas von dem Pferdekauf?
— Zeuge: Göben hatte mit seinen Pferden Rech. Die Pferde
wurden ihm blind und der Ankauf eines neuen Pferdes war nötig.
Aber er hätte damit warren können, denn Weihnachten kauft man
keine Pferde. Als ich mit ihm diese Unterredung hatte, war es
ganz dunkel und die ganze Stimmung veranlaßte mich, ihm zu
sagen: „Göben, ich habe Sie immer für einen anständigen und
ehrlichen Kerl gehalten. Nehmen Sie sich zusammen. Zeigen Sie
sich als offener und ehrlicher Offizier und gehen Sie. Sie sind
der Würde des Majors v. Schönebeck? Wollen Sie nicht der
Wahrheit die Ehre geben und bekennen?“ Da wandte sich Göben
zu mir um und sagte: „Herr Major, ich danke Ihnen für Ihre
liebenswürdigen Worte und ich habe Sie auch immer für einen
anständigen Vorgesetzten gehalten. Ich kann aber nicht sprechen,
ehe die Frau nicht spricht.“ — Vorf.: Das ist ja alles ganz neu. —
Zeuge: Ich habe mir diese Worte genau aufgeschrieben, weil sie
mir wichtig erschienen. Ich habe genau notiert: „Göben versichert
in diesem Augenblick tief ergriffen mit zitternder Stimme: Herr
Major, ich danke Ihnen für Ihre günstige Meinung, aber ich kann
nicht sprechen, bevor die Frau nicht gesprochen hat.“ Das sind
die Worte, die ich mir wörtlich notiert habe. Diese Worte kann
ich bezeugen. Kriegsgerichtsrat Konradi wandte sich noch einmal
um und fragte, ob er ihm noch etwas zu sagen habe. Er stand
auch unter dem Eindruck, daß hier ein halbes Geständnis vorliegt.
Aber Göben wandte sich schroff um und sagte: Herr Kriegsgerichts-
rat, ich habe Ihnen überhaupt nichts zu sagen. Ich fuhr dann
mit Kriegsgerichtsrat Konradi zum Hotel „Kronprinz“ zurück.
Untermweg sagte mir aber Kriegsgerichtsrat Konradi, er könne mit
Wannowski dort nicht zusammentreffen, weil dort zu viele Re-
porter seien, die gleich etwas merken würden. Ich setzte ihn unter-
wegs ab und ging ins Hotel „Kronprinz“. Dort gelang es mir,
die Reporter abzumimmen, und ich erzählte Wannowski, was
Göben gesagt hatte. Darauf sagte Wannowski: Dann müssen wir
morgen ihn zu einer Aussage zwingen. Auf meine Frage, weshalb
gerade morgen früh, antwortete er: Das beruht auf meinen
journalistischen Erfahrungen, da ein gebildeter Mann nach einer
zweifelslos schlaflosen Nacht am leichtesten geneigt sei, ein Ge-
ständnis zu machen. Ich sagte, daß ich das nicht veranlassen könne,
da ich nur Zeitschreiber sei. Kriegsgerichtsrat Konradi war im
Theaterrestaurant Wolff abgestiegen. Dorthin fuhr ich mit Kriminal-
kommissar Wannowski. Konradi war derselben Ansicht wie Wan-
nowski. Kriminalkommissar Wannowski meinte auch, daß eine
Renge Arbeit erspart werden könnte beim Suchen nach der Pistole,
die Wannowski in der Woe vermutete. Wir trafen am nächsten
Morgen zwischen 7 1/2 und 8 Uhr zur Vernehmung Göbens.

Vorf.: Sie sprechen immer vom 30. Dezember. Aber am
30. Dezember hat doch noch eine Vernehmung Göbens stattge-
funden. Zeuge: Es ist bestimmt am 30. Dezember gewesen. Herr
Wannowski sagte zu mir noch: Da erzählen Sie mir nichts neues.
Maske und Geld haben wir schon gefunden. Es hatte eine Haus-
suchung in der Göbenschen Wohnung stattgefunden und da hatte
Kriminalkommissar Wannowski unabhängig von den Göbenschen
Angaben die Sachen gefunden. Er erzählte mir noch, daß das Geld
unter der Treppe gelegen habe. Diese Sache steht fest, es sei nicht
daran zu rütteln. Vorf.: Nun kommt die Vernehmung vom 31. De-
zember morgens. Zeuge: Ich holte am Morgen Kriegsgerichtsrat
Konradi im Schützen ab. Wir fuhren dann nach dem Hotel Kron-
prinz, um Kriminalkommissar Wannowski abzuholen. Es war
verabredet, daß Kriminalkommissar Wannowski die Vernehmung
vornehmen sollte. Wannowski nahm nicht direkt eine Vernehmung

Göbens vor, sondern es war mehr ein Zwiesgespräch zwischen den
beiden. Er knüpfte an das an, was mir Göben am Tage vorher
gesagt hatte. Kriminalkommissar Wannowski: Wollen Sie nicht
gehen? Zuerst wollte Göben nichts sagen. Nach längerem Hin
und Her sagte er: Ich kann nicht sprechen, wenn nicht vorher Herr
von Schönebeck gesprochen hat. Nun redete Wannowski auf ihn
ein und sagte: Die Sache hat sich so und so abgespielt. Sie sind
über den Jaun geflittert, haben das kleine Fenster aufgeschoben und
sind hineingeklettert. Auf eine Zwischenfrage, ob er vorher den
Vorhaden abgehängt habe, erwiderte Göben: Nein, das habe ich
schon am Nachmittag getan. Kriminalkommissar Wannowski fuhr
dann fort: Und dann sind Sie eingestiegen? Ja wohl, erwiderte
Göben. Wannowski sagte weiter: Und dann ist Ihnen Major von
Schönebeck entgegen getreten und da haben Sie ihn erschossen? Nein,
antwortete Göben, der Major muß schon das Licht auf-brecht haben,
als ich einstieg oder als ich das Zimmer betreten wollte. Kriminal-
kommissar Wannowski sagte dann weiter: Und da haben Sie die
Pistole erhoben und haben ihn niedergeschossen? Göben erwiderte
darauf: Nein, das würde ja Mord sein. Wie hätte ich als
Offizier ihn so einfach niederschlagen können! Als ich eintrat, so
fuhr Göben fort, kam mir der Major schon entgegen. Ich wollte
noch rufen, Herr Major, Herr Major, aber in demselben Augenblick
hob er die Pistole, schlug an und da schoß ich ihn tot. Das war für
mich von Interesse, weil damit Göben zwar nicht schuldig wurde,
aber weil ihn das in meinen Augen in gewisser Beziehung ent-
lastete. Ob er gesagt hat, daß Major von Schönebeck versucht habe,
abzublenden, oder ob er nur angeschlagen habe, weiß ich nicht. Aber
wesentlich war mir, daß er erst im nächsten Moment abgeschossen
hat. Göben wurde dann dort gefaßt, wie er hinausgegangen sei;
er antwortete, daß er die Haustür von innen aufgeschlossen und
hinter sich zugeschlagen habe. Vorf.: Wurde ihm nicht vorgehalten,
daß Frau von Schönebeck das Verhältnis zu ihm schon eingestanden
habe? Zeuge: Ich glaube nein. Vorf.: Kriminalkommissar Wan-
nowski hat doch aber seine Vernehmung mit dem Hinweis darauf
begonnen. Zeuge: Ja, das kann sein, es ist mir auch so, als ob
Kriminalkommissar Wannowski gesagt hat: Das Verhältnis mit
Frau von Schönebeck ist mir bekannt. Die ganze Verhandlung war
so dramatisch, daß mir alle Aussagen Göbens im Gedächtnis
blieben. Göben war sehr aufgeregt, er ging hin und her und hat
mich auch, ihm zu erlauben, sich eine Zigarette anzuzünden. Er
tat einige Bisse und warf sie dann weg. Am Schluß sagte er: Ich
bin schuldig, Frau von Schönebeck ist unschuldig. Bitte lassen Sie
die Frau ganz aus dem Spiel. Vorf.: Er hat also alles auf sich
gerommen? Zeuge: Ja.

Inzwischen hat die Angeklagte mehrmals nach Wasser verlangt.
Sie saß sich krampfhaft ans Herz, ist leidend geworden und
sagt: Mir wird so schlecht. Der Vorsitzende läßt eine Pause von
10 Minuten eintreten. Die Angeklagte wartet beim Hinausgehen
und muß von ihrem Ehemann und dem Verteidiger H.-A. Bahn
mehr getragen als hinausgeführt werden. Als die Verhandlung
wieder aufgenommen werden soll, erklärt die Verteidigung, die An-
geklagte sei vollständig erschöpft und außerstande, der Verhandlung
weiter zu folgen.

Die Sitzung wurde darauf aufgehoben und auf heute früh
achtzehn Uhr vertagt.

11. Generalversammlung des Deutschen Buchbinder- verbandes.

Erfurt, 14. Juni 1910.

Der zweite Verhandlungstag

brachte zunächst die Referate über „Beitrags- und Unterstützungs-
fragen“ und „Jugendorganisation“. Ueber ersteren Punkt spricht
Haukeisen-Berlin. Er führt aus, daß man heute überblicken
könne, welche Wirkungen die Nürnberg'schen Beschlüsse betref-
fend die Einführung der Stoffbeiträge und Änderung der Unterstützungs-
einrichtungen gehabt haben. Es hat sich herausgestellt, daß be-
sonders die Beiträge der weiblichen Mitglieder fast ganz in Form
von Unterstützungen wieder zurückgezahlt werden; das sei aber keine
gute finanzielle Angelegenheit. Mindestens 25-33 Proz. der Beiträge
seien notwendig, um Referenden für den Kampfesfonds zu sammeln.
Wie sich das Ergebnis der Unterstützung auf den einzelnen Bei-
trag berechnet stellt, zeigt folgende Aufstellung:

Klasse	Daran wurden vorausgibt:						Es bleiben	
	Beitrag pro Woche	für Unter- stützungen	für drilli- che Aus- gaben 15 Proz.	Agri- tation, Ver- waltung usw.	Ver- bands- organ	Summe	mehr	weniger
1	20	8,4	8,0	5,1	2,9	19,4	0,6	—
2	30	18,9	4,5	5,1	2,9	31,4	—	1,4
3	30	9,0	4,5	5,1	2,9	21,5	8,5	—
4	60	17,8	7,5	5,1	2,9	33,3	16,7	—
4	60	28,9	9,0	5,1	2,9	45,9	14,1	—

Die 1. Klasse bringt für die Referenden der Organisation also
nur noch einen Ueberschuß von 0,6 Pf. pro Beitrag, während die
2. Klasse für weibliche Mitglieder sogar einen Zuschuß von 1,4 Pf.
pro Beitrag benötigt. Die 3. Klasse bringt einen Ueberschuß von
16,7 Pf. und die 4. einen solchen von nur 14,1 Pf. pro Beitrag.

Wenn wir die Berechnung, so wie sie in der zuletzt gezeigten
Uebersicht gemacht ist, auf Berlin allein ausdehnen, so ergibt
sich, daß für jeden Beitrag, der dort in der 1. Klasse geleistet
wurde, ein Zuschuß von 2,4 Pf. und für jeden Beitrag, der in der
2. Klasse von den weiblichen Mitgliedern geleistet wurde, gar
7,1 Pf. Zuschuß benötigt wurden. In der 3. Klasse blieb von jedem
Beitrag ein Ueberschuß von 18,3 Pf. und in der 4. Klasse gar nur
ein solcher von 4,3 Pf. Das Endergebnis für die Berechnung für
Berlin ist, daß einer Einnahme an Beiträgen von insgesamt
123 233 M. eine Ausgabe für Unterstützungen aller Art, an Ver-
waltungskosten und für das Verbandsorgan von 126 242 M. gegen-
übersteht, somit ein Zuschuß aus den Mitteln der Allgemeinheit
von über 3000 M. notwendig war. Dabei sind in den Ausgaben
nur 1883 M. für Streiks- und Lohnbewegungen enthalten. Da die
Zahlstelle Berlin etwas über 26 Proz. der Mitglieder in sich
schließt, ist feststehend, daß der finanzielle Unterbau unserer Orga-
nisation einer Besserung absolut bedarf.

Bereits auf dem Nürnberg'schen Verbandstage wurde befürchtet,
daß die Unterstützungsfrage im Verhältnis zu den Beiträgen zu
hoch seien. Diese Befürchtung ist eingetroffen. Nun gilt es,
Mittel und Wege zu finden, um das Gleichgewicht wieder her-
zustellen.

Der Vorstand schlägt deshalb eine winzige Beitragserhöhung
in der 2. Klasse der weiblichen Mitglieder vor; der Beitrag soll von
30 auf 33 Pf. erhöht werden. Ferner soll die letzte Beitragsschleife
von 60 auf 80 Pf. gesteigert werden, das sind in diesem Beitrag
bereits 16 Pf. für die obligatorische Einführung einer Invaliden-
versicherung mit verrechnet. Neben betont, daß die

Invalidenversicherung

seits der Wunsch vieler Verbandkollegen gewesen sei. Bereits im
Jahre 1874 brachte man auf einer Tagung in Frankfurt derartige
Anträge ein. Diese führten dazu, daß eine fakultative Invaliden-
versicherung entstand, aber bald wieder zu Grabe getragen werden
mußte, weil die finanzielle Unterlage dafür fehlte. — Auf der
Berliner Tagung im Jahre 1900 wurde der Sache wieder erwähnt
und auch der Döddener Verbandstag beschäftigte sich mit dieser
Frage; doch hielt man die Einführung der Arbeitslosen- und
Krankenunterstützung zunächst für wichtiger. Im Jahre
1907 fand dann eine Urabstimmung dieses neuen Unterstützungs-
zweiges statt. Das Resultat war, daß 3764 männliche Mitglieder
sich für die Einführung erklärten, während außer den weiblichen
Mitgliedern 8871 männliche Mitglieder sich ablehnend dagegen ver-
hielten. Die Frage, ob der

Beitrag

wegen dieser Einrichtung erhöht werden sollte. wurde mit 2660 gegen 2663 Stimmen bejaht. Auf dem Rürnberger Verbandstage wurde die Invalidenversicherung sukzessive eingeführt und bereits sich bisher 1800 männliche Mitglieder angeschlossen. Es ist bereits ein Fonds von 31 000 M. angehäuft. — Durch rechnerische Ausführungen beweist Redner, daß mit einem Beitrag von 15 Pf. sehr wohl eine solche Einrichtung zu schaffen ist. — Um die

Finanzgebarung

des Verbandes zu heben, schlägt der Vorstand die Erhebung eines Pflichtbeitrages von 5 respektive 10 Pf. für die Empfänger der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung vor; selbige waren bisher während der Dauer der Unterstützung beitragsfrei. Weiter empfiehlt Redner strenge Innehaltung

der Karenzzeit

(13 Wochen Mitglieds) bei Bezug der Streikunterstützung. Von der gezahlten Streikunterstützung während der letzten Geschäftsperiode sind 83,7 Proz. an 44,2 Proz. der Streikenden gezahlt worden, die noch nicht 13 Wochen Mitglieds waren. — Hohe Unterstützungsansprüche erwachsen dem Verbands durch die weiblichen Mitglieder. Redner schildert, wie sich unter diesen ein gewisses Schmarotzertum gebildet hat, das den Verband als messende Ruß betrachtet und die Unterstützungsanstalten bei jeder Gelegenheit benutzt. Um sich davor zu schützen, schlägt der Vorstand eine Aenderung des § 7 des Statuts vor. Der Paragraph gestattet den weiblichen Mitgliedern, die ihre Tätigkeit ändern, die Abmeldung aus dem Verbands auf zwei Jahre, ohne daß ihre Rechte deshalb ruhen. Es soll nunmehr eine Karenzzeit für den Bezug der Unterstützungen eingeführt werden.

Nach den Vorschlägen des Vorstandes werden durch die Erhöhung der Beiträge circa 35 000 M. gewonnen, die den Reserven für Kampfszwecke zugute kommen.

Ueber die

Jugendorganisation

referierte das Vorstandsmitglied Harber-Berlin. Im Verband hat man sich längere Zeit mit der Frage beschäftigt, ob man eigene Bestrebungen fördern oder ob man die Lehrlinge und Jugendlichen des Berufs der allgemeinen Jugendbewegung zuführen solle. Der Vorstand habe die Jugendbewegung anderer Verbände verfolgt und sei zu dem Resultat gekommen, daß die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter ihres Berufs Gruppen in der allgemeinen Jugendbewegung bilden sollen. Der Extract seiner Ausführungen ist in einer längeren Resolution zusammengefaßt, in der ausgesprochen wird, daß die Förderung der Jugendbewegung bezw. die Aufklärung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter über die Bestrebungen der Organisation sowie die Heranziehung derselben zur Organisation als eine der nächstliegenden Aufgaben zu betrachten ist. Um dieses zu erreichen, sollen Vorträge, insbesondere über fachtechnische Angelegenheiten und über Zwecke und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation gehalten werden. Wo es den Verhältnissen möglich ist, fachgewerbliche Unterrichts Kurse zu veranstalten, ist den Lehrlingen die Teilnahme an denselben zu ermöglichen, wie überhaupt der fachtechnischen Belehrung weitgehende Aufmerksamkeit zu widmen. Die Teilnahme an den Veranstaltungen soll für Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter in der Regel unentgeltlich sein und ist der Verbandsvorstand ermächtigt, sofern örtliche Mittel nicht ausreichen, den Zahlstellen für die gedachten Kurse Zuschüsse zu gewähren. Nach Beendigung der Lehrzeit, bei jugendlichen Arbeitern nach Vollendung des 16. Lebensjahres, hat der Uebertritt in die dann in Betracht kommende Beitragsklasse des Verbandes zu erfolgen.

Von einer Spezialdebatte wird Abstand genommen, da eine Kommission über die ganze Angelegenheit beraten soll. Die Generaldebatte gestaltet sich lebhaft und wird sich fast ohne Ausnahme für die Jugendbewegung aussprechen; dagegen ist die Meinung über die Invalidenversicherung sehr geteilt. Hieran trägt wohl der erste Teil der Rede Hauwens die Schuld, wie von einem Delegierten behauptet wurde. Darin sei der Nachweis gebracht, daß der Verband durch die Rürnberger Beschlüsse viel zu sehr belastet sei, und der zweite Teil brachte den Nachweis, daß man ungeheuer viel Arbeit und Geld aufwenden müsse, um die Wirkungen der in Rürnberg allzu häufig gefaßten Beschlüsse einigermaßen wieder auszugleichen. ... Man soll nicht eine neue Unterstützung einführen in einem Augenblick, wo man in bezug auf die anderen Unterstützungen nicht mehr aus noch ein weiß und zu Kürzungen der verschiedensten Art schreiten muß. — Viel mehr als mit der Invalidenversicherung wären die Mitglieder mit dem Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne zu belegen.

Sillier, Vertreter der Lithographen, betont, daß der Lithographenverband eine besondere Sektion für die Jugendlichen eingerichtet hat. Die Arbeitgeber in Frankfurt gingen dazu über, die Jugendlichen bei der gelben Organisation anzumelden und die Beiträge für sie zu zahlen. Der Verband hat gute Erfahrungen mit seiner Jugendorganisation gemacht. Die Erziehung zum Klassenbewußtsein wird auch nicht vernachlässigt, soweit eine Erziehung nach dieser Richtung den Jugendlichen dienlich ist. — Im weiteren bezeichnet er die Invalidenversicherung als den Kitt für die Organisation. Die Mitglieder hängen dadurch an ihrem Verband und werden weder fahnenflüchtig noch Streikbrecher, weil sie dadurch das Anrecht auf ihre Unterstützung verlieren würden.

Die Mehrzahl der Berliner Delegierten ist Gegner der Invalidenversicherung, die Minderheit verlangt Urabstimmung darüber.

Des weiteren wird für Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. plädiert, doch soll an den Unterstützungsanstalten nichts geändert werden.

Die Sitzung wird auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Ein Siebzigjähriger.

Am 15. Juni feierte zu Stuttgart Genosse Leonhard Lauscher seinen 70. Geburtstag. Auf mehr als 40 Jahre Tätigkeit für die Arbeiterbewegung sieht er zurück, schon an der Wiege der Partei, insbesondere der Arbeiterbewegung in Bayern hat er gestanden. Seit dem Jahre 1867 hat er in der Dessenität für die proletarische Sache gekämpft, in Augsburg verdiente sich der junge Schriftsteller die Sporen. Gar bald traf ihn die Maßregelung; schmaler Erfolg für die bisherige Arbeit hat der Posten des Präsidenten der Gewerkschaft der Manufakturarbeiter, der mit fünf Taler wöchentlich entlohnt wurde. Noch im Jahre 1868 wurde der schnell bekannt gewordene Agitator aus Landsht, wohin ihn eine Reise für die Partei führte, für 6 Monate auf Grund des Wagabundengesetzes ausgewiesen. 1870 erlitt er seine erste kleine Freiheitsstrafe. Nach seiner Entlassung begann für ihn eine harte Zeit — er war lange Zeit stenoslos, und die Bewegung litt schwer unter dem nationalen Tumult. Aber schließlich wurde die Krise überwunden. Anfang 1875 wurde in Augsburg eine eigene Druckerei zur Herausgabe des dreimal wöchentlich erscheinenden „Volkswillens“ gegründet, Lauscher übernahm die Geschäftsleitung, aber bald mußte er auch die Redaktion und andere Funktionen übernehmen — er war eine Zeitlang Faktor, Redakteur, Seher und Waisenhinnehmer in einer Person. Er hielt stand und brachte das Parteigeschäft in die Höhe. Knapp vor diese Stufe erreicht, da zertrümmerte das Sozialistengesetz alles mühsam Errungene. Nachdem Lauscher 4 Monate Gefängnis abgesessen, die er sich als Presshändler zugezogen, konnte er die Druckerei zwar noch bis Ende 1879 halten, dann aber war's aus. Lauscher mußte sein Bündel schnüren. Er übernahm die Leitung der Genossenschaftsdruckerei Göttingen-Gürtel, in der der „Sozialdemokrat“ gedruckt wurde. Als 1888 das Blatt der deutschen Sozialdemokratie in der „freien“ Schweiz unmöglich gemacht wurde durch die Ausweisung Bernsteins, Fischers, Wottelers und Lauscher, ging es nach London, wo die Arbeit mit aller Kraft fortgesetzt wurde. Nach dem Ablauf des Ausnahmegesetzes kehrte Lauscher nach Deutschland zurück und trat als Korrektor in die Diegische

Buchdruckerei zu Stuttgart ein. Die Berliner Staatsanwaltschaft glaubte an ihm einen guten Fang zu tun und ließ ihn in Untersuchungshaft nehmen, mußte ihn aber bald wieder freigeben. Von 1893 bis 1902 führte Genosse Lauscher dann die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“. Doch bei dem Wachstum der Partei und dem Bestreben, das Parteiorgan immer vielseitiger auszugestalten, schied ihm die Redaktionsarbeit neben der Ausübung eines Landtagsmandats, das ihm 1900 übertragen wurde, über die Kraft zu gehen. So trat er als Korrektor zurück.

Während seiner Redaktortätigkeit hatte er drei Monate Gefängnis wegen angeblicher Gotteslästerung zu verbüßen.

Auf ein Leben voll Arbeit und Opfer, voll pflichtgetreuen Wirkens kann der Siebzigjährige zurückblicken. Möge seine Kraft der Partei noch lange erhalten bleiben.

Die J. L. P. und die Internationale.

London, 10. Juni.

Die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party I. L. P.) hat soeben ihren Bericht an den Internationalen Sozialistischen Kongreß in Kopenhagen herausgegeben. Danach hat sich die Mitgliederzahl dieser sozialistischen Organisation seit dem Stuttgarter Kongreß von 85 000 auf 60 000 erhöht, die Zahl der Ortsgruppen ist von 600 auf 900 gestiegen. Die Partei hat 6 direkte Vertreter im Unterhause, die alle der Arbeiterfraktion angehören, während außerdem noch 20 andere Mitglieder der Arbeiterfraktion, die als Vertreter ihrer Gewerkschaften im Unterhause sitzen, ebenfalls Mitglieder der J. L. P. sind. Die rasche Entwicklung der Partei ist auch aus dem Finanzbericht ersichtlich; sowohl die Einnahmen wie die Ausgaben haben sich seit dem Stuttgarter Kongreß nahezu verdreifacht. Zu bemerken ist indessen, daß von den Einnahmen des letzten Jahres nur der geringere Teil von regulären Mitgliederbeiträgen und der größere von besonderen Spenden herrührt — ein Anzeichen dafür, daß die Partei finanziell mehr von der Unterstützung bürgerlicher oder Kleinbürgerlicher Elemente, als von den Köpfen der Arbeiter abhängt. Die Partei hat im letzten Jahre auch eine eigene Druckerei und einen eigenen Parteiverlag gegründet, die vielleicht die Grundlage zur späteren Schaffung einer Tagespresse bilden werden.

Mit Bezug auf den Militarismus und die internationalen Beziehungen heißt es im Bericht: Während der englisch-deutschen Kriegspanik hat die J. L. P. einzig und unentwegt an der Seite des Friedens und der internationalen Solidarität gestanden. Sowohl in der Presse, wie durch ihre parlamentarischen Vertreter, namentlich durch Keir Hardie und MacDonald, hat die J. L. P. die militaristischen Alarmrufe B. I. a. t. s. o. r. d. nachdrücklich zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie Deutsch-Österreichs

hielt vorletzten Sonntag ihre sehr gut besuchte Landeskonferenz in Innsbruck ab. Die Organisation schreitet kräftig vorwärts, es bestehen acht Bezirksorganisationen. In dem industriearmen und verpöfligten Lande wurden im letzten Jahre 808 politische Verammlungen abgehalten. Die dreimal wöchentlich erscheinende „Volkzeitung“ hat durch die Gründung eines eigenen Parteiblattes für Borsatzberg an Abonnenten verloren. Auf dem Parteitag erstattete der in der Bewegung sehr tätige Kleinbauer Genosse Hilzer ein beachtenswertes Referat über die Wirtschaft der im Lande herrschenden Christlichsozialen. — Der Verein Arbeiterheim in Innsbruck hat ein großes Anwesen erworben, wo nach den entsprechenden Umbauten alle Parteifunktionen, auch die zu errichtende Parteidruckerei untergebracht werden.

Eine Staatsaktion.

Gegen die Genossin Dessa Seelinger aus Saalfeld hat die Staatsanwaltschaft in Breslau ein Verfahren wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Majestätsbeleidigung eingeleitet. Die staatsgefährlichen Worte sind in einem Vortrage entdeckt worden, den Genossin Seelinger unbeanstandet in anderen Versammlungen in Breslau und in der Provinz gehalten hat.

Genossin Seelinger befindet sich zurzeit in einer Ungenheitsanstalt. Sie hat auf ihrer Agitationsstour ca. 800 Frauen der Organisation zugeführt.

In die russisch-deutsche Freiheit zurückgekehrt

ist am 14. Juni Parteisekretär Genosse Heinrich Knauff in Gera. Von der Strafkammer in Colmar i. E. waren ihm 6 Monate Gefängnis judiziert worden, weil er sich als Referent einer Protestversammlung der „Majestätsbeleidigung“ schuldig gemacht haben sollte. Es war ihm die „Vergünstigung“ zuteil geworden, die Strafe im Geraer Landgerichtsgefängnis verbüßen zu dürfen. Auf diese „Vergünstigung“ wird er, sollte er wieder einmal das Unglück haben, der Gerechtigkeit des Klassenstaates teilhaftig zu werden, verzichten. Denn die Zustände in dem Geraer Gefängnisse sind äußerst schlecht. Das „Essen“ hat er zuerst nicht genießen können, bis der wühlende Hunger ihn zwang, es hinunterzuwürfen. Selbstbefestigung und Selbstbeschäftigung wurden ihm verweigert. Genosse Knauff wird nun neue Kräfte sammeln und dann wieder an die Arbeit gehen, den Klassenhaß zu untergraben. Von den Genossen und Genossinnen, die zahlreich erschienen waren, wurde er auf das herzlichste begrüßt.

Unsere Toten.

Der Genosse Wendelin Weichheimer, der bekannte Komponist freierlicher Gesänge, ist am Mittwoch in Rürnberg im Alter von 72 Jahren an einem Schlaganfall plötzlich verstorben.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strafsentscheidungen der Presse.

Wegen Polizeibeleidigung hatte sich Genosse Schöch von der „Riederrheinischen Arbeiterzeitung“ in Duisburg vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Es handelte sich wieder mal um einen Schuhmann, der den Säbel gezogen und einem Arbeiter damit über den Kopf gehauen hatte. Der Geschlagene selbst hatte dem Schuhmann nicht das geringste getan, sondern war nur auf diesen losgegangen und hatte ihn gebeten, einen angetrunkenen Bekannten, der von dem Schuhmann mit zur Wache genommen werden sollte, loszulassen, da der Mann doch betrunken sei. Der Schuhmann, Linke ist sein Name, will nun aber „bedacht“ und von dem Angetrunkenen „angefascht“ worden und deshalb zum Blankziehn „berechtigt“ gewesen sein. In der „Riederrheinischen Arbeiterzeitung“ war dieser Vorgang unter der Spitzmarke „Immer wieder der Schuhmannsäbel“ kritisch beleuchtet und dem Polizisten vorgeworfen, ohne Grund auf die Arbeiter mit dem Säbel eingehauen zu haben. Die Folge war die Verurteilung des Presshändlers zu 150 Mark Geldstrafe. Der Amtsanwalt wollte gar die Ehre des Polizisten mit 3 Wochen Gefängnis repariert wissen. Die Sache ist natürlich mit dem Schöffengerichtsurteil noch nicht erledigt.

Zu 100 Mark Geldstrafe wurde am Dienstag Genosse O. S. Lamp von der „Essener Arbeiterzeitung“ verurteilt, weil er den Geschäftsbetrieb im Bureau des ultramontanen Rechtsanwalts Dr. Weil in Essen abfällig kritisiert hatte. Den Wahrheitsbeweis, daß in dem betreffenden Bureau den Klienten gegenüber in einer durchaus unzulässigen Weise gearbeitet wurde, erbracht Genosse Ostkamp glänzend. Das Gericht erklärte aber die Vorkommnisse für solche, wie sie in einem Anwaltsbureau wohl mit Vorwissen könnten, versagte den Schuh des § 103 und verurteilte Ostkamp wegen formaler Beleidigung.

Deutsches Recht.

Das Altonaer Landgericht verurteilte unseren Parteigenossen Stadtverordneten Rechtsanwalt Dr. Karl Herg in Altona wegen Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe. Genosse Dr. Herg soll dem inzwischen verstorbenen Direktor der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in einer Versammlungsrede den

Vordurf gemacht haben, er nehme Schmiergelder, und den Inspektor der genannten Werke, Kupfer, soll er der unberechtigten Verwendung städtischer Arbeiter und städtischen Materials zu privaten Zwecken beschuldigt haben. In der Verhandlung wurde unzweifelhaft festgestellt, daß die Vordürfe gegen den Direktor nicht wider besseres Wissen erfolgt sind, weshalb Freisprechung erfolgen mußte. Weiter wurde festgestellt, daß der Inspektor in weitem Umfange städtische Arbeiter und städtisches Material für private Zwecke verwanbt hat. Aus der Form verschiedener Äußerungen gegen Kupfer schloß der Gerichtshof jedoch die Absicht der Beleidigung und verurteilte den Angeklagten deshalb wegen formaler Beleidigung.

Daß der Angeklagte kommunale Richtigkeiten aufgedeckt hat, zählt für die Richter anscheinend nicht, denn sonst hätten sie wegen bloßer formaler Beleidigung wohl nicht eine so außerordentlich hohe Geldstrafe verhängen können.

Aus der Frauenbewegung.

Die bürgerliche Frauenbewegung Oesterreichs hat eine ihrer hervorragendsten Vorkämpferinnen verloren. Die Volksschullehrerin Auguste Fickert ist, 55 Jahre alt, am 9. Juni gestorben und am 11. Juni wurde sie in dem reizenden Kurort am Walde, an der Peripherie von Wien begraben. Keine kirchliche Zeremonie gab es am Grabe dieser Frau, die ein starker Charakter und ein edler Mensch voll des freiesten Geistes war.

Zu einer Zeit, wo Männer ihre Räden unter die Peitsche des zum Herrn von Wien gewordenen Zuegers bogten, ist Auguste Fickert aufrecht geblieben. Als die Lehrer gezwungen wurden, an den städtischen Prozeffionen teilzunehmen, da mochte Auguste Fickert Schluß mit der Kirche. Sie wurde konfessionslos. Sie war die Gründerin des Oesterreichischen Frauenvereins, der dahindreichend unter den Frauen Oesterreichs gewirkt hat. Ehe sie noch diesen Verein gegründet, war sie in der ersten Arbeiterinnenorganisation Oesterreichs, im Arbeiterinnenbildungsberein tätig. Sie unterrichtete die Genossinnen und lernte sie die Literatur verstehen. Später sammelte sie im Volkshaus an Sonntagnachmittagen jugendliche Arbeiterinnen um sich, um bildend und belehrend auf sie einzuwirken.

Sie war eine Vorkämpferin des Frauenstimmrechts und aller Frauenrechte. Unter ihrer Leitung und von ihr beraten organisierten sich die Beamtinnen Oesterreichs. In ihren letzten Lebensjahren widmete sie ihre Kraft dem Zustandekommen eines Heimes für die erwerbenden, alleinlebenden Frauen. Sie war auch die Herausgeberin der ausgezeichneten Frauenzeitschrift „Frauenleben“, in der sie mutig und rücksichtslos alles bekämpfte, was ihr schlecht schien. Sie war eine starke Individualität mit fest ausgeprägten Anschauungen und ging ihren vorgezeichneten Weg ohne alle Konzeffion.

An ihrem Grabe sprach Genosse Bernerstorfer schöne Worte über den edlen Menschen, der mit ihr geschieden. Genosse Seich gedachte ihres Wirkens als Lehrerin, Genossin Popp ihrer Betätigung als Freundin der Arbeiterinnen. Auch die bürgerlichen Frauen sprachen an ihrem Grab und brachten zum Ausdruck, was die Frauenbewegung an Auguste Fickert verliert. — Sie stand nicht in Reih und Glied mit uns, aber ihr Ziel war dem unsren zum mindesten auch verwandt, denn auch sie erstrebte die Befreiung aller Ungleichheit, aller Ausbeutung und aller Ungerechtigkeit.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 20. Juni, Versammlung der Spätklassen Baumschule in Baum- schulenweg. Abfahrt Gölitzer Bahnhof 1.40, Silesischer 1.27. Abmarsch vom Bahnhof in Baum- schulenweg pünktlich 2 Uhr. Nach der Besichtigung Rassekolon bei Speer, Baumschulenweg.

Briefkasten der Redaktion.

Es juristische Sprechende findet Hindernisse Str. 60, born vier Treppen — Federstr. 1, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. R. 41. Nach Vorlegung des Schulbuchs und des Wandbuchs und Uebernahmebeschlusses haben Sie Anspruch auf Auszahlung. Fordern Sie vorher von der Gesellschaft eine Erklärung, ob sie bereit ist, am Zahlungstage an Sie zu zahlen. — G. B. Rüdorf. 1. Deutsche Kon- trolle in Washington. 2. Die Kosten der Aktion sind nicht erheblich. — W. W. 110. Die Strafen können verlesen werden. Es empfiehlt sich, vorher ein Gesuch um Richterkennung aus Verzicht zu machen. — Kirchen- steuer 100. 1. Für den Fall der Nachforderung ja. 2. Ja, einschließlich für das Kalenderjahr 1911. 2. Wollhoffmann, Blumenstr. 14. — G. 10. Wir raten vom Beitritt ab. — W. 11. Es ist wahrscheinlich, daß Ihnen die Konzeffion erteilt wird. Es empfiehlt sich persönliche Besprechung. — G. F. Neustadt. Wir halten den Bekleidenden dazu für berechtigt. — W. G. 1882. 1. und 2. Die städtischen Arbeiter sind dem Stadtrat klar unterstellt. Richten Sie an denselben ein Gesuch. 3. Wahlen und Stellen mit Blumstein, dann polieren. — S. T. 20. Stab. I. und III. Bataillon in Deutsch-Ohlau, II. Bataillon in Soldau. — Donau 12. 1. und 2. Rein. 3. Die Verhandlungen sind an sich öffentlich. Die Dessenität kann ausgeschlossen werden, wenn eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung der Staatlichkeit zu befürchten ist. 4. Ein solches erlangen nur die Projektbeteiligten.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleischt; Zufuhr stark, Geschäft etwas reger, Preise für Rind- und Schweinefleisch ansehend, sonst unverändert. Wild; Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise gut. Geflügel; Zufuhr reichlich, Geschäft fast, Preise nachgebend. Fisch; Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise für tote Fische gedrückt. Butter und Käse; Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte; Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 16. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Barometer (humb. mm), Windrichtung, Windstärke. Rows include Stollmebe, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Braunschweig, Wien.

Wetterprognose für Freitag, den 17. Juni 1910.

Nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer, vielach heiter bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 15. 6., seit 14. 6. (am 15. 6.), Wasserstand, am 15. 6., seit 14. 6. (am 15. 6.). Rows include Remel, Albst, Uregel, Weichsel, Oder, Franfurt, Wärdte, Rehe, Elbe, Havel, Magdeburg.

+) bedeutet Ebbe, — heißt Unterbeug.

Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Michels nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

In den Ausschuss für die Vorberater der Aufsichtsteuerordnung sind von der sozialdemokratischen Fraktion deputiert die Stadtv. Borgmann, Heimann, Vogt und Wille.

Osthafen am Stralauer Anger

wird, nachdem die Unterführung des Anschließgleises unter der Straße Alt-Stralau notwendig geworden ist, eine Million mehr, also neun Millionen kosten. Die vorgelegten Spezialentwürfe für die Speicher, Lagerhäuser, Kraftwerk, Verteilungs- und Kaminengebäude hat der eingesezte Ausschuss nach längerer Beratung mit allen gegen eine Stimme zur Genehmigung vorgeschlagen.

1. Einrichtungen zu treffen, daß auf dem Osthafen auch Benzin gelagert werden kann, ebent, die Möglichkeit zu solcher Lagerung an anderer Stelle zu schaffen;

2. auch die Schuppen zu unterkellern und einen zweiten Elevator zu errichten.

Referent Stadtv. Welle (A. L.) betont, daß die Ausschussmehrheit keineswegs von einer Zurückstimmung der Vorlage gegenüber erfüllt gewesen sei, daß man vielmehr 8 sagen müßte, nachdem man einmal a gesagt, d. h. 2 Millionen bereits daran verwendet habe.

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.) stimmt zwar namens seiner Fraktion den Ausschussvorschlägen zu, ersucht aber den Magistrat, bei der Anlage des Westhafens die Speicher- usw. Bauten der Privatindustrie zu überlassen.

Stadtbaurat Krause: Mit dem Bau des Westhafens soll so rasch wie möglich begonnen werden; es schweben aber Verhandlungen mit dem Eisenbahnminister, die noch viel Zeit beanspruchen werden.

Stadtv. Werner (A. L.): Eine bestimmte Stellung haben meine Freunde zu den Ausschussvorschlägen nicht genommen. Zurzeit ist nach der Erklärung von Sachverständigen ein Mangel an Speichern überhaupt nicht vorhanden. Uebrigens ist der Handel doch der nächste dazu, für seine Bedürfnisse nach dieser Richtung selbst zu sorgen. Viel besser wäre es, den Stadteil in eine Parkanlage umzuwandeln.

Stadtv. Dove (A. L.): Ob der Hafen gebaut werden soll oder nicht, steht gar nicht mehr in Frage, da der Bau ja längst begonnen ist. Ich stehe dem Projekt nicht mit „Ja — aber“ gegenüber, sondern mit einem kräftigen „Ja — also!“ Wir sind mit der Ausführung solcher Anlagen leider bisher zu schleppend vorgegangen. Der Westhafen ist im Augenblick cura posterior.

Stadtv. Hinge (Soz.): Auch der Berichterstatter hat uns die Vorlage nur mit einem trodenen und einem nassen Auge empfohlen; er meint, daß ein finanzieller Erfolg fürs erste nicht zu erwarten ist. In der Begründung der Vorlage hat der Magistrat seinerzeit aber gerade dargelegt, daß der Osthafen als Umschlagshafen u. a. auch für die städtischen Betriebe von ganz hervorragender Bedeutung sein werde; allein für die Zuführung der Kohle zu den städtischen Gasanstalten wurde eine jährliche Ersparnis von 400 000 M. herausgerechnet. Stimmt diese Rechnung auch nur zur Hälfte, so ist die Verjüngung gewährleistet. Aber auch abgesehen davon hat die Stadt die Pflicht, die Anlage zu vollenden.

Die Herren Solmitz und Werner vertreten hier gewissermaßen die Interessen der Privatunternehmer; aber dazu sind wir hier nicht da. Berlin ist berufen, die ganze Provinz Brandenburg mit Futtermitteln und billigen Getreide zu versorgen, und dazu sind solche Anlagen unbedingt notwendig. Die Riesenkornernten der letzten Jahre, die es dem vordemlich erscheinen lassen, daß wir noch immer die hohen Brotpreise haben, erfordern auch, daß Vorratskammern für die Aufspeicherung geschaffen werden. Die ästhetischen Bedenken des Kollegen Werner muß ich als eine Beleidigung der Arbeiterschaft entschieden zurückweisen. Das Geld, das die Stadt für solche Anlage leihen muß, wird immer nutzbringend angelegt sein. Eine große Anzahl von Städten hat kolossale Kapitalien in ihren Hafenanlagen investiert, so Mannheim, Düsseldorf, Duisburg. Die Schwierigkeiten beim Westhafen werden hoffentlich durch die Bemühungen des Magistrats beseitigt werden.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich kann Sie nur bitten, die Vorlage mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen. Es ist nicht richtig, daß der Osthafen mit 15 Millionen in Rechnung gestellt werden muß; er kostet nur 9 Millionen. Wenn in der Anleihe 15 Millionen stehen, so sind da einmalige Erweiterungen mitzibegriffen, die doch nur gemacht werden, wenn die erste Anlage prosperiert. Zu den Hafenanlagen haben wir uns doch nicht unersetzlich gedrängt, sondern wir sind jahrelang jahraus von Handel und Industrie aufs lebhafteste gedrängt worden, einem Notstande abzuhelfen; wir haben uns nach vielleicht zu langem Jögern dazu verstanden. Nachdem die Verammlung vor Jahren mit sehr großer Mehrheit das Projekt genehmigt hat, ist es doch untunlich, wieder davon abzugehen. (Zustimmung.) Nehmen Sie die Vorlage mit möglichst großer Majorität an! (Beifall.)

Es sprechen noch die Stadtv. Werner und Dove. Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. Solmitz werden die Ausschussanträge mit großer Mehrheit angenommen.

Den Vorentwurf zum Bau einer Gemeindepfeilschule in der Ofener Straße hat der Ausschuss einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Die offenen Fragen des Abchlusses der Korridore zwischen den Knaben- und Mädchenabteilungen durch Glaswände und der Art der Heizung der Turnhallen usw. sollen bei Beratung des Spezialentwurfs erledigt werden. Ebenso wird von demselben Ausschuss der Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindepfeilschule mit einer Abteilung für Rebenklassen, einem Doppelmohndau und einer Was-Reinigungsstation in der Lütticher Straße 67/68 zur Genehmigung vorgeschlagen. Berichterstatter ist Stadtv. Stof (A. L.).

Die beiden Vorlagen gelangen nach den Ausschussanträgen ohne Debatte zur Annahme.

Der vom Stadtbaurat Hoffmann nach den Wünschen der Versammlung umgeänderte Vorentwurf zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes, eines Wohnhauses für 8 Familien und 2 Unverheiratete, sowie eines Fahrzeugs- und Gerätegeschuppens für die städtische Zentrale Buch hat nunmehr die Billigung des Ausschusses gefunden.

Referent ist Stadtv. Stof.

Ohne Diskussion beschließt die Versammlung nach den Vorschlägen des Ausschusses.

Das alte Gauschhausgrundstück Berliner Straße 72/73 in Bankow soll für 180 000 M. an den Rentier Ludwig Runge freihändig verkauft werden. Die Versammlung stimmt zu.

Beim Neubau des Waisenhauses Alte Jakobstr. 33/35 sind die seit 1902 bewilligten Baukosten (1 503 157 M.) um 203 000 M. überschritten worden. Der Magistrat sucht die nachträgliche Genehmigung nach.

Stadtv. Cassel (A. L.) hält die Ueberführung für sehr erheblich; die Verwaltung hätte indessen eine Reihe entlastender Momente für sich.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Vorgelegt ist ferner das spezielle Projekt und der mit 96 000 Mark abschließende Kostenschlag zum Neubau eines Gemeindepfeilschulhauses für etwa 40 unverheiratete Leute nebst Wohnung für den Hauswart, Stellungen usw. in Friedrichsfelde.

Stadtv. Wessel (Fr. Fr.) beantragt Ausschussberatung. Stadtv. Borgmann (Soz.): Die allgemeine Frage ist schon früher so gründlich erörtert worden, daß sich Ausschussberatung tatsächlich erübrigt. Er könnte überdies leicht dadurch ein halbes Jahr verloren gehen. Unterfunkräume für die Arbeiter sind dort dringend notwendig, da der Betrieb immer intensiver wird.

Auch Stadtrat Wagner verwendet sich eifrig für die Vermeidung jeder Verzögerung. Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Zum Bahnhof Gesundbrunnen soll ein Zugang von der Bessermanustraße aus geschaffen werden. Das Projekt schwebt bereits seit 1902. Die Kosten der von der Eisenbahnverwaltung zu erbauenden und zu erhaltenden Anlage betragen 115 000 M., wovon die Stadt Berlin 75 000 M. (die schon im Etat für 1908 zur Verfügung gestellt wurden) übernehmen soll.

Die Vorlage wird angenommen. Von dem Fundus der

Königskolonnen

wird durch die beabsichtigte geradlinige Verlängerung der südlichen Bauflucht von der Neuen Friedrichstraße bis zur Stadtbahn eine 82 Quadratmeter große Parzelle zu Bauland. Diese Parzelle will die „Reihe im Grundstücksbesitz m. h. S.“ zum Preis von 1121 M. pro Quadratmeter kaufen, beansprucht jedoch die Zurückzahlung des Kaufpreises, wenn ihr der Nachweis gelingt, daß das Grundstück nicht der Stadt, sondern ihr gehört. Der Magistrat will unter der Bedingung, daß für die eventuelle Rückzahlung eine Frist von 5 Jahren ausgemacht wird, und unter der Voraussetzung, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten die Verwendung der Fläche zur Bebauung genehmigt, auf das Anerbieten eingehen.

Die Vorlage geht auf Antrag der Stadtv. Brunglow (A. L.) und Körte (Fr. Fr.) an einen Ausschuss, der sofort vom Vorstände ernannt werden soll.

Für bauliche Verbesserungen zur Hebung der Feuersicherheit auf den Dachböden des Rathauses werden 38 500 M. bewilligt. Ein neuer Gemeindefriedhof

soll auf einem der Kanalisationsdeputation gehörigen, bisher von ihr zu landwirtschaftlichen Zwecken benutzten, 300 Morgen großen Gelände bei Buch-Karow angelegt und wie der Friedrichsfelder parkähnlich ausgestaltet werden. Zum Ankauf des Geländes für den Preis von 50 Pf. pro Quadratmeter wird der Kanalisationsdeputation und eines anstehenden, 23 Morgen großen Geländes für denselben Preis von dem Bauerngutbesitzer Lorge sind circa 414 000 M. erforderlich.

Stadtv. Galland (A. L.) hält Ausschussberatung für unnötig und die Angelegenheit für sehr dringlich; eventuell würden seine Freunde nur für einen geringfügigen und sofort zu ernennenden Ausschuss zu haben sein.

Stadtv. Leib (Soz.): Wir halten die Vorlage nicht für so reif, daß wir heute schon definitiv Stellung nehmen können. Wir beantragen Ausschussberatung. Das Zweckmäßigste wäre ja eine Erweiterung des Friedhofs Friedrichsfelde; aber wir erkennen an, daß dort so exorbitante Preise gezahlt werden müßten, daß die Verwaltung darauf nicht eingehen kann. Ein geeignetes anderweitiges Gelände für Friedhofszwecke ist schwer zu finden. Zweifellos hat der Magistratsvorschlag neben seinen Vorzügen aber auch gewisse Mängel; das Gutachten des Kreisarztes betrachtet das Gelände nur als bedingt tauglich. Vor allem aber erscheint Klärung darüber notwendig, welche Kosten der Leichentransport erfordern wird.

Die Vorlage sagt darüber nur, daß die Stettiner Bahn ein Anschlußgleis hat und der Transport auf diese Weise erfolgen wird. Ob daneben noch direkte Leichenwagen fahren sollen und ob eine Sammelstelle angelegt wird, darüber erfahren wir nichts. Zahlreiche Berliner Bürger haben an dieser Klarstellung der Transport- und der Kostenfrage ein durchschlagendes Interesse. Es kommt hinzu, daß man der Auffassung begegnen muß, daß es sich um einen Armenfriedhof handelt; diese Auffassung hat für Friedrichsfelde nur relative Bedeutung, denn die Zahl der Leichen, für die bezahlt wird, wächst von Jahr zu Jahr. Unser Etat hat daraus eine ganz erhebliche Einnahme; im Etat für 1910 sind dafür 55 000 Mark eingelegt. Als eine Erleichterung der Bevölkerung sehen wir die

Übernahme des Leichenverkehrs in städtische Regie an. Das ist in vielen deutschen Städten, wie Dresden, Schöneberg, Rixdorf, längst Usus; die Städte schließen mit Unternehmern Tarife ab und schaffen so die gewünschte Erleichterung. Hand in Hand damit muß eine Vereinfachung der Verwaltung gehen. Es ist eine große Belästigung, wenn man nach Friedrichsfelde gehen und dort die Anmeldung der Leiche besorgen muß; das würde in Buch noch viel schlimmer werden. In der Stadt muß ein Bureau vorhanden sein, wo diese Anmeldungen erfolgen können und alles Notwendige festgelegt werden kann. In den Nachbargemeinden ist das bereits der Fall.

Wir beantragen also, diese Kostenfrage in einem Ausschuss zu erwägen. Die Übernahme des Transportes in die Regie der Stadt würde letzterer Kosten nicht verursachen, da diese von den Angehörigen getragen werden müssen. In Rixdorf sind auf diese Weise gegen die bisherigen 16% Proz. Ermäßigung erzielt worden, andererseits werden 10 Proz. für die Verwaltung in Anspruch genommen; immerhin bleibt 6% Proz. Ermäßigung für die Bevölkerung übrig. An uns soll es nicht liegen, wenn die Vorlage nicht so rasch wie irgend tunlich verabschiedet wird.

Stadtrat Rast: Die Summen, die uns heute Herr v. Trechow für Terrain abfordert, was zur Erweiterung von Friedrichsfelde dienen könnte, sind so hoch und seine Haltung ist so wenig entgegenkommend, daß dort nichts zu hoffen ist; auch in Rixdorf war nichts zu erreichen. Wir sind im übrigen mit der größten Schleunigkeit verfahren; es waren sehr große Schwierigkeiten zu überwinden, und es ist nicht die Spur veräumt worden. Ich verhandle schon 2 Jahre lang. Der Kostenfrage kann doch erst nähergetreten werden, wenn ein bestimmtes Terrain erworben ist. Näher an Berlin bekommen wir kein Gelände mehr. Eine Leichensammelstelle besteht ja doch schon; ob die Leiche 1 oder 1 1/2 Kilometer weiter transportiert wird, kann die Kosten doch nicht wesentlich erhöhen.

Stadtv. Manasse (Soz.): Wir sollen uns ja auch bis zum Juli schon für den Bauern, der das Land anstellt, entscheiden haben. Die heutige Beschlußfassung reicht weit über die gegenwärtige Generation hinaus. Wenn der sehr geschätzte Stadtrat Marggraf uns das Terrain in Buch mit 50 Pf. pro Quadratmeter anbietet; wird es wohl auch gerade nur 50 Pf. wert sein. Während jetzt ein Leichenwagen 3. Klasse nach Friedrichsfelde 8 M. kostet, würden etwa 20 Mark bezahlt werden müssen; bei einem Leichenwagen 2. Klasse würde die Erhöhung von 15 auf 30 Mark gehen; für die Leidtragenden würde ein Aufschwung mindestens 15 M. kosten. Von einem Armenfriedhof kann man ja auch nicht mehr reden; die Kirche legt ja sonst mit ihrem großen Wagen große Beschränkungen auf, was die Stadt nicht tut. Die Kirchengemeinden aber sind nur für ihre armen Gemeindeglieder mit ihren neuen Friedhöfen soweit hinausgegangen; für die Wohlhabenden ist immer noch auf den alten Friedhöfen Unterkunft zu haben. Wir wollen doch nicht neben dem Friedrichsfelder Friedhof einen neuen Friedhof begründen, der dauernd den Charakter des Armenfriedhofs haben soll. Welche gewaltige Belastung an Zeitverlust würde auch — von allen anderen Bedenken abgesehen — der Bevölkerung auferlegt!

Ein Anschlußgleis ist allerdings vorhanden, es führt aber an der Seite vorüber; eine Verdrängung auf der anderen Seite an der

äußersten Grenze würde 35 Minuten Dauerlauf veranlassen. Es könnte doch auch zwischen Buch und Friedrichsfelde noch Terrain vorhanden sein. Der Unterschied zwischen Buch und Friedrichsfelde ist nicht 1 bis 1 1/2, sondern mindestens 8 Kilometer. Wenn der gesamte Betrieb von städtischer Seite übernommen wird, wie es die jüdische Gemeinde tut, so würden sehr viel Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Auch die Frage der

Feuerbestattung

muß hier erörtert werden. Sogar im preussischen Landtage hat sich dafür eine Mehrheit jetzt gefunden. Die Schwierigkeiten liegen ganz wo anders. Rechtlich wie hygienisch verdient die Feuerbestattung den Vorzug. Bis jetzt können bloß die Reichen das Privileg geltend machen, sich verbrennen zu lassen, aber diese Kulturforderung muß endlich im allgemeinen Interesse gelöst werden. Der Magistrat wird im Ausschuss mit uns gemeinsam über diese Frage beraten, sollten auch die Ferien darüber weggehen.

Wir haben deshalb ferner beantragt, daß auf dem neuen Friedhof ein Krematorium errichtet werden soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) tritt für seine Person den Ausführungen Manasses durchweg bei. Für einen Ausschuss seien aber genügend Gründe nicht vorgebracht worden.

Stadtv. Geh. Medizinalrat Dr. Hergberg tritt gleichfalls für die Feuerbestattung ein. Auch in Dessau und Lübeck seien neuerdings Krematorien eröffnet worden. Für die Urnenhalle in der Gerichtstraße, die erst in den nächsten Tagen eingeweiht werde, seien schon 500 Urnen angemeldet. Auch die Geistlichkeit habe ihren Widerstand schon aufzugeben begonnen.

Stadtv. Galland warnt vor der Fortsetzung dieser Debatte; das Thema stehe nicht zur Debatte und die Feuerbestattung sei in Preußen nicht erlaubt. Die Frage der Uebernahme des Transports in städtische Regie könne heute nicht gelöst werden.

Stadtv. Bitterhoff (A. L.) hält den Erwerb in Buch-Karow für sehr billig und die Entfernung dorthin für keineswegs unbequem. Man solle doch die Sache nicht in die Länge ziehen.

Stadtv. Borgmann: Es erscheint doch mehr als sonderbar, wenn eine so sehr die große Masse angehende Angelegenheit ohne gründliche Beratung abgetan werden soll. Ob wir an dem Anschlußgleis einen Bahnhof bei dem neuen Friedhof bekommen werden, steht noch gar nicht fest; ohne Gewißheit hierüber wäre es doch aber geradezu leichtfertig, die Sache so zu betreiben, wie und hier angenommen wird. Das fragliche Terrain gehört auch gar nicht zu unserem Stadtbezirk Buch; wir würden dort in Abhängigkeit vom Amtsvorsteher geraten. Der Friedhof soll doch für 50 oder 100 Jahre vorhalten. Und wir beantragen doch auch die Erbauung eines Krematoriums dort; wir können es erbauen, wie man es erbaut hat, obwohl zurzeit noch in Preußen die fakultative Leichenverbrennung nicht gestattet ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es geht ein Antrag Galland ein, die Vorlage einem sofort zu ernennenden Ausschuss von 10 Mitgliedern (Rufe: 15!) zu überweisen. Der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden, daß der Ausschuss aus 15 Mitgliedern zusammengesetzt wird, und die Mehrheit nimmt diesen Antrag an.

Für die Zwecke der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 soll die Deputation für Statistik durch Hinzutritt von 7 Stadtverordneten zu einer Volkszählungskommission erweitert werden. Der Ausschuss für Unbefoldete soll die betreffenden Vorschläge machen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Schluß der öffentlichen Sitzung 10 1/2 Uhr.

Soziales.

Arbeiten mit Krankheitsregenern.

Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 4. Mai 1904 bedarf der polizeilichen Erlaubnis, wer mit anderen, als den im § 1 bezeichneten Erregern von Krankheiten, die auf Menschen übertragbar sind, oder von Tierkrankheiten, die der Angehörigkeit unterliegen, oder mit Material, welches solche Erreger enthält, arbeiten sowie derartige Erreger im lebenden Zustande aufbewahren will. Die Erlaubnis darf nur für bestimmte Räume und nach Ausweis der erforderlichen wissenschaftlichen Ausbildung erteilt werden. Ein Dr. A. hatte eine solche Erlaubnis zum Arbeiten mit Krankheitsregenern nachgesucht. Der Berliner Polizeipräsident verweigerte sie aber, und der Oberpräsident bestätigte diese Verfügung. Dr. A. klagte nun beim Oberverwaltungsgericht. Auf die Klage antwortete der Oberpräsident unter anderem: Die Bundesratsverordnung bestimme nicht, daß die Polizei verpflichtet sei, unter bestimmten Voraussetzungen die Erlaubnis zu erteilen. Vielmehr sei die Zulässigkeit der Erteilung in gewisser Weise beschränkt. Im übrigen sei aber das freie Ermessen der Behörden nicht eingengt. Selbst bei Annahme der erforderlichen wissenschaftlichen Ausbildung dürfe die Polizei die Genehmigung verweigern aus polizeilichen Erwägungen, die z. B. die Zuverlässigkeit und Bedürfnisfrage, ferner allgemeine hygienische Rücksichten zum Gegenstande haben könnten. Solche objektiven polizeilichen Erwägungen seien hier maßgebend gewesen. Zum Beispiel sei durch Serum, das Dr. A. an Laten in der Provinz abgegeben habe, der Ausbruch einer Tierpeste veranlaßt worden.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab, indem es sich ganz den Gründen des Oberpräsidenten anschloß.

Das Grammophon als Zeuge vor Gericht.

Vor dem Gericht in Delben hatten nach dem „Tägl. Kort.“ sich in diesen Tagen mehrere Bauern wegen Körperverletzung und Beleidigung zu verantworten. Während einer Tanzmusik waren die Angeklagten untereinander in Meinungsverschiedenheiten geraten, die schließlich in eine wüste Prügelei ausarteten. Dabei wurde einem als Zeuge erschienenen Bauern das Rasenbein zertrümmert und außerdem ein Büschel Haare ausgerissen, die er wohlverpackt mit in den Gerichtssaal gebracht hatte. Der Zeuge gab an, mit den Angeklagten Karten gespielt zu haben. Er sei nicht im geringsten streitlustig und habe sich auch nicht an dem Tanz beteiligt. Ohne jede Schuld sei er vielmehr in die Schlägerei gezogen und übel zugerichtet worden.

Der angeklagte Bauer von Deel stellte den Sachverhalt jedoch ganz anders dar. Nach seinen Angaben trug gerade der Zeuge Schuld an dem ganzen Streit. Er behauptete nämlich, der Zeuge habe ihn Quarjesfinder genannt (auf deutsch Bauernfänger) und aus diesem Grunde seien sie über ihn hergefallen.

Da kein erscheinener Zeuge die Angaben des Angeklagten bestätigen konnte, wurde die Verhandlung verlagert, damit mehr Zeugen geladen werden könnten. Ausschlaggebend wurde die Aussage eines Ingenieurs, der an dem kritischen Sonntage der Tanzmusik in dem Gasthause des betreffenden Dorfes beigezogen hatte, um Aufnahmen für ein Grammophon zu machen. Zufällig war er auch Zeuge der Schlägerei gewesen und hatte während dieser „ländlichen“ Szene den Apparat in Tätigkeit gesetzt. Der Ingenieur erschien mit seinem Grammophon vor Gericht. Der als Zeuge auftretende Bauer bestritt wieder seine Schuld an dem Streite. Nach seiner Vernehmung kam der Ingenieur an die Reihe. Er zog das Grammophon auf. Lautlose Stille herrschte in dem kleinen Gerichtssaal zu Delben. Aus dem Schallrichter drang ein monotones Klopfen: Die Bauern spielten Karten. Dazwischen fielen einige Flüche. Allmählich wurde eine lebhaftere Unterhaltung daraus und plötzlich erscholl es mit lauter Stimme: „Quarjesfinder, Du!“, so daß der Schallrichter vibrierte. Da schrie der Angeklagte von Deel freudig auf und die Zuschauer klatschten vor Freude laut in die Hände.

Die Folge war, daß der Angeklagte freigesprochen wurde, während sich nunmehr der Zeuge wegen Beleidigung zu verantworten haben wird.

Würde jede Gerichtsverhandlung, wie unsere Genossen in der Strafjustizkommission jüngst beantragten, phonographisch aufgenommen, so würde manche unberechtigte „Feststellung“ in Gerichtsurteilen und manche Meineidsanklage in sich zusammenfallen.

Aus Industrie und Handel.

Fleischenerzeugung.

Kost ununterbrochen gehen die Fleischpreise hinauf. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über die Durchschnittspreise an 50 preussischen Markorten ergeben sich folgende Resultate:

	Es kostete ein Kilogramm in Pfennigen		
	Mai 1900	April 1910	Mai 1910
Rindfleisch	155	154	156
Kalbfleisch	176	177	177
Lammfleisch	164	170	170
Schweinefleisch	155	161	160
Schweinefleisch	177	187	187
Rohschinken	74	75	75

Rur bei Schweinefleisch ist im Mai gegenüber April eine Ermäßigung um 1 Pfennig eingetreten; dafür sprang der Preis für Rindfleisch um 2 Pfennig hinauf. Sehr stark gestiegen sind die Preise für Schweinefleisch und Speck, wenn man die diesjährigen Preise mit den vorjährigen vergleicht.

Selbstkosten und Gewinn der städtischen Wasserwerke.

Die plötzliche starke Bedarfsvermehrung nach Wasser in den heißen Tagen hat in einigen Städten einen teilweisen Wassermangel gebracht, der von den Bewohnern äußerst unangenehm empfunden wurde und deutlich bewies, welche hohe wirtschaftliche und hygienische Bedeutung der ausreichenden Wasserversorgung der Städte zukommt. Gerade die hygienischen Bedenken gegen die Verwendung des Wassers aus offenen Flußläufen und Seen trotz weitgehender Filtrierung haben dazu geführt, daß im Interesse des Gesundheitszustandes der Bevölkerung immer mehr von dem Bezug offenen Wassers zur Wasserversorgung der Gemeinden und Städte abgegangen und zur Quellenfassung übergegangen wird. Die Hochquellen und vor allen Dingen die Grundwasserströmungen werden immer mehr bei der Wasserversorgung bevorzugt, so daß sich für die einzelnen Gemeinden aus der Verschiedenartigkeit ihrer Wasserbezüge ganz gewaltige Unterschiede inbetriff der Kosten der Wasserbeschaffung ergeben. Bei der Benutzung von Hochquellen ist infolge des Fortfallens der Wasserhebwerke und zwar weniger infolge ihrer Anlage als ihrer ständigen Betriebskosten der Selbstkostenpreis für die Wasserbeschaffung oft relativ niedriger. Andererseits kam die Notwendigkeit langer Strecken von Rohrleitungen die Wasserzufuhr bei der Benutzung von Hochquellenwasser teuer gestalten. Die erstrebenswerten Benutzung der Grundwasserströmungen dürfte sich bei der Anlage zahlreicher oft tiefer Brunnen sowie der Gebewecke und auch bei der oft weiten Entfernung zwischen Bezugs- und Verbrauchsort allgemein am teuersten stellen. Naturgemäß wird durch den Selbstkostenpreis der Abgabepreis an die Konsumenten beeinflusst. Bei der großen Rolle, die die Einnahmen aus den Wasserwerken inbetriff in dem Haushaltsetat eines Teiles unserer Städte gewissermaßen als eine indirekte Steuer spielen, wird aber der Wasserpreis in den einzelnen Städten auch durch die Finanzpolitik stark beeinflusst. Im Etatsjahre 1908 stellte sich der Einnahmehüberschuss der nachstehenden Städte aus ihren Wasserwerken in tausend Mark wie folgt:

Stadt	1908	Frankfurt a. M.	806	Stuttgart	589
Hamburg	2036	München	642	Leipzig	578
Köln a. Rh.	867	Hannover	602	Breslau	528

Diesen großen Einnahmehüberschüssen, die durchaus nicht mit den Größenverhältnissen der einzelnen Städte harmonisieren, stehen insbesondere bei kleinen Wasserwerken nur geringe Betriebsüberschüsse, zum Teil sogar Verluste gegenüber. Nach den Zusammenstellungen von Nordert auf Grund der Angaben des „Statistischen Jahrbuches der Städte“ stellte sich die relative Rentabilität der Wasserwerkanlagen in Prozent des Gesamtlagerwertes bei den größeren Städten für Mannheim, Freiburg i. Br. und Stettin mit 15,1 bezugsweise 14,5 und 14,0 Prozent am höchsten, während Bremen nur 4 Prozent erzielte. Im allgemeinen ergibt sich zwar nach der Steigerung der Selbstkosten auch eine Steigerung der Einnahme, aber bei einem Teil der Städte sind doch ganz gewaltige Schwankungen vorhanden. Die Gesamtausgaben für 1 Kubikmeter Wasser stellten sich für die Wasserwerke in Erfurt, Mainz, Spandau und Kiel mit 9,8 bezw. 9,3, 7,5 und 6,8 Pfennigen am höchsten und in Freiburg i. Br., München, Reg. und Augsburg mit je 0,8 bezw. 0,7 Pfennigen am niedrigsten. Die teuersten Konsumentenpreise für 1 Kubikmeter Wasser wurden jedoch gezahlt in Wiesbaden mit 24,8, Mainz mit 20,8, Kiel und Mannheim mit je 19,8 und in Kassel mit 18,8 Pfennigen, während in Augsburg, München, Bochum und Würzburg 3,3 bezw. 4,7, 6,0 und 6,2 Pfennige pro Kubikmeter bezahlten Wassers erzielt wurden. Die höchste Differenz zwischen Selbstkostenpreis und Abgabepreis an die Konsumenten ergibt sich für Wiesbaden mit 10,8, Mannheim mit 10,8, Kassel mit 14,8, Hannover mit 14,0 Pfennigen, während die geringste Differenz sich für Augsburg und Offen auf 2,6 bezw. 3,8, für Bochum und Arefeld auf 3,4 bezw. 4,0 Pf. stellte. Die Ungleichheit der Wasserpreise in den einzelnen Städten spielt an und für sich nur selten eine geringe Rolle, als sich der Jahresverbrauch an Wasser auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland nur auf rund 40 Kubikmeter beläuft und somit selbst bei den scheinbar großen Differenzen zwischen den Preisen in einzelnen Städten die finanzielle Mehrbelastung sehr gering und zum Teil durch lokale Verhältnisse durchaus bedingt ist.

Die deutsche Brauwassererzeugung hat im Mai weiter abgenommen, indessen beträgt dieser Rückgang im verfloffenen Monat nur noch 1,4 Millionen Liter, während seit Beginn der Saison die Mindererzeugung bisher 54 Millionen Liter gegenüber dem Vorjahre betragen hat. Offenbar zwingen die großen Vorräte an starkoffenen die Brauereien noch zu großer nachträglicher Produktion. Der Trinkverbrauch bleibt demgegenüber, wenn er sich auch im Mai etwas gehoben hat, doch immer noch ungewöhnlich klein. Während in den ersten Monaten des laufenden Steuerjahres der Minderabstoß an Trankbrennwein im Vergleich mit dem Vorjahre über 90 Proz. ausmachte, ergibt sich für den Monat Mai ein Weniger von nicht ganz 20 Proz. Seit dem 1. Oktober beträgt dieser Minderverbrauch gegenüber dem Vorjahre bis jetzt bereits rund 254 000 Hektoliter (1 208 325 Hektoliter gegen 1 685 264 Hektoliter). Der Export ist zwar nicht groß, aber doch wesentlich umfangreicher als in den Monaten zuvor. Die Brauwassererzeugung im deutschen Steuergebiet betrug im Mai d. J. 233 200 Hektoliter (im Vorjahre 207 204 Hektoliter); davon wurden zur steuerfreien gewerblichen Verwendung abgelassen 145 975 Hektoliter (113 694 Hektoliter), und zwar darunter vollständig vergällt 115 952 Hektoliter (79 129 Hektoliter). Ende Mai sind in den Lagern und Reinigungsanstalten unter amtlicher Ueberwachung verblieben 1 458 321 Hektoliter (1 573 811 Hektoliter). Im Mai sind nach Verkürzung in den freien Verkehr (als Trankbrennwein) gesetzt 1 57 976 Hektoliter (105 944 Hektoliter). Mit Anspruch auf Steuerfreiheit wurden ausgeführt 2229 Hektoliter roher und gereinigter Brauwasser und 711 Hektoliter Brauwassererzeugnisse.

Lotharprekret. Brüssel, 16. Juni. Wie aus Charakteri mitgeteilt wird, sollen die Grubenbesitzer beschlossen haben, die Kohlen-

preise für die Eisen- und Glasindustrie herabzusetzen. Mit anderen Worten: Die Lohnerhöhung vom vergangenen März soll für diese Kategorie Kohlen nicht aufrecht erhalten bleiben!

Großartiger Schwindel. New York, 15. Juni. Die Bundesbehörden liegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten der United Wireles Telegraph Comp. verhaften, weil sie beschuldigt werden, nach einem großartigen Plan ihre Aktionäre zu betrügen. Es wird behauptet, daß sie den Wert der Aktien der Gesellschaft durch verschiedene Manipulationen willkürlich bedeutend gesteigert hätten. Ein Beamter hätte dadurch 5 Millionen Dollar erbeutet.

Der Segen der Finanzreform.

Ueber die Schädigung der Maschinenindustrie durch die konfessions-klerikale Reichsfinanzreform wird im „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“ gesagt:

Besonders hart betroffen wurden die Fabrikanten von Maschinen für Brauereien und zur Jünderholzbereitung. Durch die Erhöhung der Brauersteuer wurden die Brauereien so stark belastet, daß sie von allen nicht unbedingt nötigen Anschaffungen Abstand nahmen. Noch mehr aber vielleicht schädigte es die Maschinenindustrie, daß bis zur Klärung der Frage, wie die Brauersteuer auf die Konsumenten abgewälzt werden soll, eine absolute Unentschlossenheit bei den Brauereien herrschte, irgendwelche Betriebsveränderungen vorzunehmen. Der Neubau von Brauereien aber ist durch das neue Brauersteuergesetz erheblich erschwert. Technisch wie die Lage in der Brauereimaschinenfabrikation war die der Fabrikanten von Jünderholzmäschinen. Als die infolge der beschlossenen Jünderholzsteuer schnell steigende Nachfrage nach Jünderholzern die Beschäftigung der Jünderholzfabrik in ungeahnter Weise steigerte, entstand auch eine plötzliche Nachfrage nach Maschinen, der jedoch nur, soweit es sich um Lagerware handelte, entsprochen werden konnte. Mit Inkrafttreten der Steuer am 1. Oktober trat eine vollständige Lähmung der deutschen Jünderholzindustrie ein, die meisten Fabriken schränkten die Arbeitszeit erheblich ein, einige Betriebe schlossen vollständig. Ein regelmäßiger Betrieb der deutschen Jünderholzfabriken dürfte erst wieder in der zweiten Hälfte des Jahres 1910 zu erwarten sein, wenn die großen Mengen ausländischer Ware, die vor der Steuer importiert und vom Publikum aufgenommen wurden, aufgebraucht sein werden. Aber auch dann ist für die Jünderholzmäschinenindustrie eine Belebung des deutschen Marktes nicht zu erwarten, da die durch das Jünderholzsteuergesetz eingeführte Kontingentierung der Jünderholzproduktion die Fabriken in ihrer Produktionsfähigkeit begrenzt und die Errichtung neuer Fabriken durch die diesen aufgelegte Mehrsteuer ausschließt. Die Jünderholzmäschinenindustrie ist deshalb für die Dauer des Kontingentierungsgesetzes, d. h. bis Ende 1914, auf das Auslandsgeschäft allein angewiesen.

Gerichts-Zeitung.

Verantwortungslose Säbelschläger.

Die Polizeifabelien, die am 31. Januar 1909 auf den Straßen Hannovers im Anschluß an Wahlrechtsversammlungen vorliefen, hatten am Dienstag ein Nachspiel vor dem preussischen Oberverwaltungsgericht. Der damals 24jährige Glaschleifer Bruno Paul war in einer der gegen 12 Uhr mittags ihr Ende findenden Versammlungen gewesen und wollte auf dem kürzesten Wege über die Georgenstraße nach einem Restaurant der Humboldtstraße, wo er regelmäßig zu Mittag aß. Da an der einen Ecke die Georgenstraße durch eine Schuhmannstiege gesperrt war, so wollte er schnell hinter dem Theater herum und von dort seinen Weg über die Georgenstraße nehmen. Plötzlich tauchte eine Reihe Schläger auf, die mit außerordentlicher Schnelligkeit eine Kette zogen und die heranommenden Menschen zurückdrängten. Es erging die übliche Aufforderung und auf Befehl des Polizeikommissars Sadows zogen die Beamten die Säbel blank. P. machte lehr, um sich in Sicherheit zu bringen. Das war aber nicht möglich, denn die Masse, die inzwischen herangekommen war, staut sich. Plötzlich erhielt er von hinten her einen Säbelhieb über die Hand. Der Hieb traf sie sehr stark dort, wo der Arm ansieht. Sofort floh das Blut. Nach Verheilung der Wunde blieb eine erhebliche Beschränkung der Gebrauchsfähigkeit der Hand zurück. Er klagte gegen den Polizeikommissar Freiherrn von Münchhausen, den ein Augenzeuge als Täter bezeichnete, auf Zahlung von Schmerzensgeld und auf Schadenersatz. Diesen bezifferte er für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Juli 1909 auf 278 M., und von da ab beanpruchte er eine Jahresrente von 720 M. Bevor es zur Verhandlung kam, erhob die Regierung den Konflikt und machte geltend: Erstens stände nicht fest, daß von Münchhausen der Täter gewesen sei. Dann aber wäre er auch zum Gebrauch der Waffe verpflichtet gewesen, da sein Vorgesetzter, der Polizeikommissar Sadows, es befohlen habe. In Betracht käme hierfür die Dienstausweisung des Polizeipräsidiums, wonach die Verpflichtung zum wirksamen Gebrauch der Stiefwaffe bestanden habe. Eine Amtüberbrechung falle ihm nicht zur Last!

Vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin wurde der Verlehte am 14. Juni durch Rechtsanwalt Dr. Behrend vertreten. Es wurde unter anderem vom Anwalt geltend gemacht, daß auf jeden Fall Herr von Münchhausen über den Rahmen seiner Amtsbefugnisse hinausgegangen sei, wenn er auf einen Mann, der bereits zurückging, von hinten einschlug. Hierfür sei aber im Zivilprozeß Beweis angetreten worden, der auf jeden Fall hätte erhoben werden müssen.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte aber den Konflikt für begründet und entschied demgemäß, daß das Verfahren gegen den Polizeikommissar endgültig einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: Selbst wenn v. M. der fragliche Beamte gewesen sei, würde er doch in den Grenzen seiner Amtsbefugnisse gehandelt haben. Abgesehen davon, daß er sich infolge der ganzen Situation in begrifflicher Erregung befunden habe, so habe er vor allem ja nicht dem einzelnen gegenüberstanden, sondern der ganzen Menge, die der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht gefolgt sei und deren Widerstand nach dem Befehl des Polizeikommissars gebrochen werden sollte. Wenn unter diesen Umständen bedauerlicherweise jemand zu Schaden gekommen sei, der keinen Widerstand leistet, so sei das nicht die Schuld des Beamten, sondern der Situation. Eine Ueberbrechung der Amtsbefugnisse durch den Polizeikommissar käme deshalb hier nicht in Frage.

Der Bürger ist danach gegen Polizisten rechtlos. So etwas nennt man „Rechtsstaat“ Preußen.

S. R. T.

Der Reklameschreyer eines national-polnischen Schuhmachers hat zu einer Anklage wegen Beleidigung und unlauteren Wettbewerbes geführt, die gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I beauftragt. Die Anklage richtete sich gegen den Herausgeber und Redakteur des in Berlin erscheinenden Volendorgans „Dziennik Polnicki“, Franz Krzyżak, und den Schuhmacher Leo Schulz, der in der Uebersicht eine Schuhwarengeschäft betreibt und seinen Namen Schulz längere Zeit in Leona Szulka umgewandelt hatte. Besagter Herr Schulz hatte längere Zeit hindurch in der „Dziennik Polnicki“ ein Inserat folgenden Inhalts veröffentlicht: „Ich muß mich nur beeilen, daß ich zur rechten Zeit hincome nach dem Schuhwarengeschäft von Leo Schulz in der Uebersicht, denn wenn ich wo anders kaufe, werde ich stets hemogelt, bei Schulz aber kaufe ich stets gut ein.“ Als Verfänger dieses Bekennnisses war ein Wigerl abgebildet, der einen Hund an der Leine führte. Auf diesen Hund waren die Buchstaben S. R. T. an-

gebracht. Da man mit diesen Buchstaben die Polakisten zu bezeichnen pflegt, so empfanden die Mitglieder des Ostmarkenvereins diese biblische Verunglimpfung als eine schwere Beleidigung und der Vorstand des Vereins stellte Strafantrag. Gleichzeitig stellte aber auch der Vorstand der Schuhmachervereinigung einen Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbes. Das polnische Wort „szwabiany“ war von den Dolmetschern als „bemogeln“ verdeutschelt worden und ursprünglich war angenommen, daß damit ausgedrückt werden sollte, „auf schwabische (d. h. deutsche) Art bemogeln“. Die Schuhmachervereinigung war daher der Meinung, daß durch das Inserat in Verbindung mit dem Bilde behauptet werden sollte: Das laufende Publikum werde im allgemeinen von den deutschen Schuhmachern betrogen. — Der Angeklagte Krzyżak versicherte, daß er sich um den Annoncenteil der Zeitung gar nicht gekümmert habe und erklärte es für wenig ritterlich, daß ein großer Verein, wie der Ostmarkenverein, die Bagatelle einer solchen Annonce benutze, um ein Strafverfahren gegen seine Gegner zu inszenieren. Er verweies darauf, daß er schon acht Jahre das polnische Blatt leite und noch nie eine Beleidigungslage sich zugezogen habe. Er begreife gar nicht, wie er den Ostmarkenverein beleidigt oder sich gar des unlauteren Wettbewerbes schuldig gemacht haben könne. Sehr spähig waren die Auslassungen des zweiten Angeklagten. Er erklärte, daß er zwar die Bezeichnung Polakisten schon gehört habe, aber gar nicht sagen könne, was das Wort bedeute. Das Bild auf seinem Inserat sollte eine ganz harmlose Reklame sein. Die Buchstaben S. R. T. auf dem Körper des Hundes sollten gar keinen beleidigenden Hinweis auf die Polakisten darstellen, sondern sollten dahin gedeutet werden: „Siska Kamassa Trageniki“, d. h. Samajchen und Zugstiel von der bekannten Schuhwarenfirma Siska in Offenbach a. M. Diese Behauptung erweckte allgemeine Heiterkeit und fand weber bei dem Staatsanwalt noch bei dem Gerichtshof Glauben, obwohl Herr Schulz tatsächlich Rechnungen vorlegte zum Beweise, daß er Worte von der Firma Siska bezogen hatte. Der Staatsanwalt hielt es für ganz zweifellos, daß der Angeklagte Schulz, der in der national-polnischen Bewegung kein Fremdling sei, die Polakisten habe beleidigen wollen und auch die deutschen Schuhmacher verunglimpft habe. Der Strafantrag lautete auf je 600 M. Geldstrafe event. je 60 Tage Gefängnis. — Das Gericht hielt auch eine Beleidigung der Mitglieder des Ostmarkenvereins für erwiesen, nicht aber den unlauteren Wettbewerb, und verurteilte den Angeklagten Krzyżak zu 100 M. den Angeklagten Schulz zu 150 M. Geldstrafe, event. für je 10 M. einen Tag Gefängnis.

Lohn für Feiertage.

Nach der Bestimmung des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs steht dem Dienstverpflichteten bei unverschuldeter vorübergehender Behinderung an der Dienstleistung ein Anspruch auf die Vergütung zu. Danach sollte man es als selbstverständlich annehmen, daß den Arbeitern, zumal wenn sie im Wochenlohn beschäftigt werden, für die in die Woche fallenden Feiertage ein Abzug vom Lohn nicht gemacht werden darf. Was jedoch die scharfmacherischen Arbeitgeberverbände durch ihre die Wirksamkeit dieser Gesetzesvorschrift ausschließenden Bestimmungen in den Arbeitsordnungen infolge des Widerstandes der Arbeiterorganisationen nicht voll erreichen konnten, das besorgt eine den Arbeitern ungünstige, dem Gesetz widersprechende Rechtsprechung, die leider auch von einigen Gewerberichtern gepflegt wird. Es wird jetzt vielfach die Ansicht vertreten, daß auch dem in Wochenlohn beschäftigten Arbeiter ein Anrecht auf den Lohn für die Feiertage nicht zustehe, wenn er die Ueberstunden extra bezahlt erhält, weil dadurch der Wochenlohn den Charakter des festen Bezuges verloren habe.

Die Kammer 8 des Gewerbegerichts hält jedoch erstreckerweise an ihrer bisherigen dem Gesetz entsprechenden Spruchpraxis fest, wie ein gestern verhandelter Rechtsfall des Arbeiters S. mit der Firma Palis Rasch zeigt. Der Kläger verlangte Lohn für den Himmelfahrtstag sowie den 2. und 3. Pfingstfeiertag mit 9,75 M. Den Einwand der Beklagten, daß der Kläger auf Verzahlung der Feiertage keinen Anspruch habe, weil er nicht Wochenlohn, sondern Tagelohn bezog, verwarf das Gericht, weil der Lohn in wöchentlichen Raten an den Kläger gezahlt wurde. Es verurteilte die Beklagte, dem Kläger den Himmelfahrtstag sowie den zweiten Pfingstfeiertag mit 6,50 M. zu bezahlen; mit der Forderung auf Verzahlung auch des dritten Pfingstfeiertages wurde der Kläger abgewiesen, weil er damit einverstanden gewesen war, daß er an diesem Tage nicht arbeite, ohne gleichzeitig einen Anspruch auf Verzahlung des Tages geltend zu machen.

Hierbei möchten wir wiederholt betonen, daß Abreden, die Nichtzahlung des Lohnes für Feiertage festsetzen, rechtsungültig sind. Denn sie verstößen gegen § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes. Das wird unter anderem auch in dem bekannten Meyerschen Kommentar zum Lohnbeschlagnahmengesetz anerkannt.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Montag in den Ruffierjalen in der Kaiser-Wilhelm-Strasse eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Delegierten Samereier und Schinsky erstatteten Bericht von dem in München stattgefundenen Verbandstage. Sie gaben einen ausführlichen Ueberblick über die Verhandlungen und Beschlüsse desselben und hielten diese als zufriedenstellend. In der Diskussion nahm zunächst Wadner, der als Ausschussvorsitzender an dem Verbandstage teilgenommen hat, das Wort, um darzutun, wie der Verbandstag dazu kam, die von der Kandidatenprüfungskommission beanstandeten fünf Berliner Mandate dennoch als gültig zu erklären. Der Verbandsvorstand hatte es unterlassen, dem berechtigten Protest stattzugeben und eine Neuwahl anzuordnen. Der Vorstand hatte demnach ein gut Teil Schuld daran, daß die Berliner Mandate nicht anfechtbar waren. Der Verbandstag wollte aber die Zahlstelle Berlin nicht unbetreten lassen. Schubert ging des näheren auf den Geschäftsbericht des Vorstandes ein und machte die schon oftende Stellung des Verbandsvorstandes in verschiedenen bedeutungsvollen Fragen für die Stagnation in der Mitgliederbewegung des Verbandes verantwortlich. Denitsch ging auf die beschlossenen Statutenänderungen ein und bezeichnete sie als dürftig und oberflächlich. Obwohl sämtliche Berliner Delegierte zu den Befürwortern der Verschmelzung des Verbandes mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande zählen, zeigte doch die Diskussion sowie die Stimmung der Versammlung, daß noch eine beachtenswerte Minderheit der Berliner Mitglieder gegen die Verschmelzung ist. Die genannten Redner gehören dieser Minderheit an. Sie forderten, unter Zustimmung eines wesentlichen Teiles der Versammlung, daß die vom Verbandstag im Prinzip beschlossene Verschmelzung erst nach einer Abstimmung im Verbandsrat erfolgen darf. Daß der Verbandstag am Frohnleichnamstage einen ganzen Verhandlungstag ausfallen ließ, hat Mißfallen erregt. Ein Antrag, nach dem dies auf das Entschiedenste verurteilt wird, sowie ein Antrag, der sich gegen die beschlossene volle Ausnützung des Delegationsrechtes des Verbandes zu den verschiedenen Kongressen wendet, lagen schon zu Beginn der Berichterstattung vor. Die weitere Diskussion über die Berichterstattung und die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurden auf eine spätere Versammlung vertagt.

Die Versammlung nahm darauf zu der Höhe des Lokalbeitrages Stellung. Schinsky empfiehlt namens der Ortsverwaltung, es bei dem bisherigen Beitrag von 10 Pf. pro Woche zu belassen. Stenzel beantragt, den Lokalbeitrag auf 5 Pf. herabzusetzen. Nachdem nach Wadner und andere für den Antrag Stenzel gesprochen, wurde derselbe angenommen. Darauf wurden zu Sachberichter Samereier, Denitsch, Schinsky und Zimmermann, in den Ausschuss Dattmer, Karl Müller, Samereier und Schubert gewählt.

Zu unserem Bericht über die Generalversammlung des vierten Wahlkreises werden wir geben, nachzutragen, daß dort die Genossin Wengels als Delegierte für den internationalen Kongress in Kopenhagen vorgeschlagen ist.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 17. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kammerstücke. Liebeswalzer.
Leistung. Kaiserluft.
Römische Oper. Der Regiments-
papa.
Neues Schauspielhaus. Der
Flegel.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Berliner. Tausend.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Opern-Theater. Der Graf von
Luxemburg.
Thalia. Charich's Tante.
Heddel. Wenn gehört Helena?
Kollektive. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wagner-Oper.)
Die sätlich Verwandten. In
Stoll.
Schiller Charlottenburg. Die
Katakomben.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Sherlock Holmes.
Soll's Oper. Der Herr Verteidiger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wife. Hoch- und Schließgesellschaft.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Hallo!! — Die große
Revue.
Golles Caprice. Pariser Ehen.
Das Veröhnungsfest. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tausendstrafe 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Witterungssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kaiserluft.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Neues Opern-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
möglichen. Vorfrem: **Die Dollarprinzessin.**
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten von
Herb. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Volks-Oper. Gastspiel des Neuen
Schauspielhaus-Berlin.
Mittwoch, den 15. Juni, Anf. 7 1/2 Uhr:
Der Herr Verteidiger.

ROSE-THEATER
Große Französischer Str. 132.
Zum erstmalig:
Wach- u. Schließgesellschaft
Schwanz in 3 Akten von Rang und
Winter.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Morgen: **Wach- und Schließ-
gesellschaft.**
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Koncert. Anfang 4 1/2 Uhr.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Volksgarten-Theater
Fischer Weimann.
Bodstr. 8, Behm u. Böttcherstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Riesenspektakel. Zur Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
Softe mit Gesang u. Tanz in 4 Bild.
Ab. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuwerk.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater (O. (Wagner-Theat.))
Beste Schauspielvorst. v. den Ferien:
Freitag, abends 8 Uhr:
Die sätlich Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von R. Benediz.
Hierauf: **In Zivil.**
Schwanz in 1 Akt v. Gustav Dabiz.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Eröffnungsvorstellung der Gott-
scheid-Oper: **Fidello.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Bei ermäßigten Preisen:
Der Waffenschmied.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Komödie in 4 Akten v. Gustav Dabiz.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Kreuzberger Harmonie
M. d. D. A.-S. Chormeister: F. Botha.
Sonntag, den 19. Juni, in der Brauerei Friedrichshain,
am Königstor:
Konzert
unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters M. Fischer.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal
statt. — Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Die Kaffeeküche ist
von 3 Uhr ab geöffnet. — Von 6 Uhr ab im Saal: **Tanz.**
Eintritt 20 Pf. — Programm mit Liedertexten 10 Pf.

Luna Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Täglich Translaten- und Militärkapellen.
Eintrittspreis 50 Pf.

Sonnabend, den 18. Juni: **Elitetag.**
Konzert der Berliner Liedertafel
unter Leitung ihres Dirigenten Professor Wagner.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftritten der
besten Turmsteilkünstler der Welt Tho. Liepoltz
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
Sensationell: **The O. Goudsmits**, komischer akrobatisch. Barred le-
tit mit ihren konkurrenzlosen Akrobatikstücken. — 4 **Depom's**,
Mensch oder Affe? Phänomen. urkomische Affenpantomime. **Queti**
Krill, Leopold Rosser, Original-Comorist mit ihren wunder-
baren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das
neue beste Programm Berlins.
Auch Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

**Hermann Ramlows „Kastanienwäldchen
Schönholz“**
Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 36, 37, 38 u. 8 sowie
2 Minuten vom Bahnhof Schönholz. 5785L*
Jeden Sonntag **Künstlerkonzert** bei freiem
von 3 Uhr ab: Eintritt.
Im Parkett-
Spiegelsaal: **Großer Ball** bei stark besetztem
Orchester.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften
meine Lokalitäten, Saal m. Theaterbühne zur geöff. Benützung.

Allgemeine Städtebau-Ausstellung
Auf vielseitigen Wunsch wird die Ausstellung verlängert.
Schluß 26. Juni.
Bisheriger Besuch: 60000 Personen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin. — Süden-Bezirke und Rixdorf.
Sonnabend, den 18. Juni 1910, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:
Gr. Sommer-Fest
bestehend in
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen im Amerikanischen Vergnügungspark.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
Um 9 1/2 Uhr: **Fackelpolonaise**, worzu jedes Kind eine
Stocklaterne gratis erhält.
Im großen Saale von 4 Uhr ab: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung.
Billets 25 Pf.
117/6 **Das Komitee.**

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
Gau 9 Provinz Brandenburg
Gau 9 Provinz Brandenburg
Sonntag, den 19. Juni 1910:
Großes Gausportfest
in der „Seeterrasse“, Lichtenberg, Röderstraße 11-13
(zwischen Landsberger Allee und Röderplatz).
Größtes und schönstes Lokal Berlins. 50000 Personen fassend (mit großem See).
Bei ungünstiger Witterung Schutz für 8000 Personen.
Reichhaltiges Programm. Von 3 Uhr an: 117*
Großes Konzert • Auftreten allererster Kräfte • Kunst- und Reigenfahren.
Volksbelustigungen und Kinderspiele aller Art.
Preiskegeln • **Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.**
Billett (nur an der Kasse) 25 Pfennig.
Kinder unter 14 Jahren haben freien Eintritt. Jedes Kind erhält ein Präsent.
Sichere Aufbewahrung der Räder. In den Sälen: **Tanz.** Herren 50 Pfennig.
Fahrgelegenheit: Mit Hoch- und Stadtbahn sowie den Straßenbahnen No. 63, 64, 65,
66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 81.
Der Gausvorstand.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr: Das sensationelle
Programm!
Ernst Perzinas gr. zoolog. Pöppurri,
Recht! Singig ditzend!
Rage, Kontrivogel und Wand.
Henry de Vry's
Ideal-Schönheiten
mit dem Entwurf z. Heinrich-Gelne-
Dental. 9 1/2 Uhr: Die welt-
berühmte **Grete**
Schimbanin
als Universal-Künstlerin
und weitere 8 große Attraktionen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blädel
Mika Mikun
The Kaytons
Zezelarette
und das große
Variété-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entrée!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Im Lande der Mitter-
nachtssonne.**
Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die verfolgte Unschuld.
Das Veröhnungsfest.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Abends 8 Uhr:
Die großen Juni-Spezialitäten.
An jedem Mittwoch:
Ball.

Max Kleins Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Grünwitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

WINTERGARTEN
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
Abenteuer eines Toreros.
Kautmanns Lady Cycle Troupe
Amann
Mimiker und Charakteristiker
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.
Volgt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 68
Freitag, den 17. Juni 1910:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Vorstellungen von Adolf Willipp.
**Das große Juni-Spezialitäten-
Programm!**
Staffelöffnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

**Schweizer-
Garten** Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich:
**Theater,
Spezialitätenvorstellung.**
Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Künstler d. Landstraße.
Uf. Darleste von Hoyos.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
 Herrn Grotzer, Inhab.: Rud. Morz,
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9333.
Lebende Photographien.
 Bochert 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
 Sonnt. 20, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
 Vorzugskarten nur Bocherttags gültig.
 25 Pf. auf allen Plätzen.
 Dieswöchentliches Programm.
 Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
 N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

BBB
 Brunnenstraße 16.
 Täglich:
Garten-Vorstellung.
 Aus dem Riesen-Programm
 besonders hervorzuheben:
**Marineleutnant von Brinken
 und der Spion.**
 Eintritt 30 Pf.

Puhmanns Theater
 Schönh. A. 143 — Kastanien-A. 97/99.
 Täglich: Täglich: Ob Regen;
 Abends 7 Uhr:
Von der Wunderschaft zurück.
 Der lahme Joseph: Dr. Karl Reich.
 Vor- und nachher: Die brillanten
 Spezialitäten d. zweiten Zimthälfte.
 Anfang Bocherttags 1/2 Uhr.
 Sonntags 1/4 Uhr.
 Entree 20-60, Sonnt. 30-100 Pf.
 Kinder halbe Preise.

Königstadt-Kasino.
 Solmanstr. 37, Ecke Alexanderstr.
 (Inhaber: Max Schindelhauer.)
 Im herrlichen Naturgarten täglich:
 U. a.: Else Wulfenia, Soubrette.
 Paul Mattnett, Baupredner.
 Emmy und August Cleyer, das
 kleinste Duettenpaar der Welt.
 Anf. Bochert. 7 1/2, Sonnt. 6 Uhr.

Berliner Theater-Theater
 Kastanienallee 7-9.
 Täglich: **Im Reiche des Mars**
 Spezialitäten, Konzert u. Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

200
LOGISCHER GARTEN
 Täglich:
 Gastspiel d. Kapelle
 des Kgl. Schwed.
 Dalregiments.
 Dir. Leutnant G. Vogel.
 Eintritt 1 Mark.
 Von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
 unter zehn Jahren die Hälfte.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
 30. April bis 2. Oktober.
 Von 10 bis 6 Uhr täglich Doppelkonzert.
 Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., u. 6 Uhr ab
 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 Mk.

Restaurant 'Waldidyll' Schmöckwitz.
 Angenehmer Aufenthalt. Am 'Langen See' und unmittelbar am Walde
 gelegen. — Seeterrassen; herrliche Fernsicht — Seebadeanstalt für
 Herren und Damen — Tanzsaal. — Verleihung von Ruder- u. Segel-
 booten. — Gute Verbindung: Eisenbahnstation Schwabau, sowie
 ständlicher Motorbootsverehr (20 Pf.) mit Gränau ('Nägerheim').
 Ausflügler, Vereinen, Gesellschaften und Fabriken hält sich bestens
 empfohlen.
 Wm. Marie Lorenz Nachf. **Ernst Noack.**
 (Telephon: Jentzen 31.)

Industrie-Palast Berlin.
 Lindenstraße 3. Am Belle-Alliance-Platz.
 Selge hiermit an, daß ich das im 3. Hofe obigen Hauses
bekanntes Restaurant
 wieder neu eröffnet habe. Räume, 30 u. 100 Personen fassend, sind der
 Partei, den Genossenschaften und Vereinen bestens empfohlen.
 25655 Kochschützengasse **Fritz Dietrich, Lindenstr. 3.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
 in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
 eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Demokratische Vereinigung
 Freitag, den 17. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in den Armin-
 hallen, Kommandantenstraße 58/59
Freiligrath-Feier
 Rezitation Freiligrathscher Gedichte
 Herr Schauspieler Hans Marchand.
 Vortrag:
 Dr. Rud. Breitscheid. 286/17

REKLAME-ANGEBOT
 Preis nur für
heute Freitag



Melton-Pantoffel
 mit schwarzer Filzsohle und
 Pompon, in verschiedenen
 Farben, für Damen **90 Pf.**

A. Jandorf & Co
 Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse
 Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Sozialdemokr. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Am Sonntag, den 19. Juni 1910, findet per Urabstimmung die
Delegiertenwahl zum Internationalen Kongreß
 in folgenden Lokalen statt:

1. G. Schulze , Forsterstr. 17.	7. D. Neey , Gohlerstr. 10/11.
2. F. Wählich , Stalitzer Str. 22.	8. A. Boeker , Weberstr. 17.
3. M. Wieg , Stalitzer Str. 59.	9. S. Hecker , Samariterstr. 11.
4. A. Grundmann , Püchlerstr. 18.	10. K. Rott , Strahmannstr. 29.
5. P. Hoffmann , Doppelner Str. 47.	11. E. Zwarg , Friedeberger Str. 1.
6. P. Vitfin , Memeler Str. 67.	

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum März dieses Jahres seine Bei-
 träge entrichtet hat.
 Die Wahlzeit beginnt 10 Uhr vormittags und endet 1 Uhr nachmittags.
 Der Vorstand.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70
 Telephon: Amt VII, 3647.
 Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.
Zigaretten, Zigarren und Tabake.
 Größte Niederlage von:
G.A. Hanewacker, Nordhausen.
 nur echt, wenn mit Zettel **G.A. Hanewacker.**
 Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Selowsky's
Bolero-Cigaretten
 bleiben unübertroffen!
 mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück
10 Stück 20 Pfg.

Achtung! Vereine! Achtung!
 für Sommer- und Kinderfeste empfohlen!
 Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Dekorations-Girlanden,
 Verlosungsartikel, Karten, Sesseln, Reglerpreise, Jag- und
 Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.
 — Gr. Auswahl. — Billige Preise. — Kulante Bedienung. —
Pohl & Weber Nachf.
 Am Spittelmarkt 4/5 I **BERLIN** Alexanderstraße 51/52
 Inh.: Otto Dejer. Inh.: Ernst Herdt.
 Kataloge gratis und franco sowie Versand nach außerhalb.

Arbeiter=
Bekleidung — Berufskleidung.
 Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
 Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Ausverkauf
 sämtlicher Restbestände bestehend in
Herren-Anzug- u. Paletot-Stoffen,
Damentuchen, Damen-Kostüm-Stoffen etc.
 wegen Aufgabe unserer Geschäftsräume **Roßstr. 2.**
Tuchfabrik-Lager Koch- & Seeland-Gesellschaft
 m. b. H.

Ohne jede Anzahlung
 verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat
 (5mal prämiert Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Stilarten von
 wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
 ohne jeden Vorausschlag. 35/35
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Ein einziger Freudenschrei
 besagt, „Humor“ das Beste sei.



Humor
 putzt alle Metalle sauber und geruchlos.
 Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Die kurze Kochzeit **MAGGI'S Suppen** mit dem Kreuzstern
 Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen** mit dem „Kreuzstern“.
 kommt der Hausfrau an den heißen Sommertagen ganz besonders zu
 statten. Nur mit Wasser aufgelöst, gibt ein Würfel zu 10 Pfg.
 in kürzester Zeit 2-3 Teller wohlschmeckender Suppe.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Hundertjahrfeier des Dichters Ferdinand Freiligrath veranlassen die Sozialdemokratische Wahlverein des vierten Wahlkreises am heutigen Freitag in der Brauerei Friedrichshain unter Mitwirkung des Organisten Paul Kurz und der Gesangsvereine „Berliner Männerchor“, „Kreuzberger Harmonie“ und „Friedrichshäger Männerchor“.

Da der Preis der Einladkarte nur auf 20 Pf. festgesetzt ist und die Feier selbst, nach dem Programm zu urteilen, dem Dichter gerecht zu werden verspricht, dürfte der Veranstaltung zahlreicher Besuch zu wünschen sein. Anfang präzis 9 Uhr. Billets sind zu haben im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2, in der Vorwärtsredaktion am Kaiserplatz 14/15, E. Mann, Petersburger Platz 4, St. Frankfurter Str. 120, Immanuelstr. 12, Auguststr. 50 und an der Kasse.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Kreis Niederbarnim veranstaltet am Sonntag, den 19. Juni cr., sein diesjähriges Kreis-Sommerfest am Rummelsburger See in den Etablissements von Tempel, Café Bellevue in Rummelsburg und Witwe Schöner, Neu-Seeland in Stralau unter Mitwirkung mehrerer Arbeiter-Vergnügungs- und Sportvereine. Billets im Vorverkauf 20 Pf. Kinder frei!

Charlottenburg. Am Dienstag, den 21. d. M., Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Neuwahl sämtlicher Funktionäre.

Am Sonntag, den 19. d. M. veranstaltet der Wahlverein in den Geländeträumen des Volkshauses ein Sommerfest. Wir bitten, für starken Besuch desselben bemüht zu sein. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulweg. Am Sonntag, den 19. Juni, findet bei günstiger Witterung der gemeinschaftliche Besuch der Loh-, Zement- und Kalkindustrieanstaltung statt. Treffpunkt 9 Uhr vormittags in den Bezirkslokalen, um 10 Uhr vor der Ausstellung. Billets a 30 Pf. in den Bezirkslokalen. Der Vorstand.

Herzsdorf. Am Sonnabend abend findet im Lokale von Julius Anort die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht sämtlicher Funktionäre. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Das Bestattungswesen der Stadt bedarf dringend der Reformen. Eine der vielen Fragen, die da ihrer Lösung harren, wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten von unseren Genossen zur Sprache gebracht. Gelegenheit dazu bot sich bei der Beratung des Planes, einen neuen Gemeindefriedhof anzulegen, für den ein Gelände zwischen Buch und Garow in Aussicht genommen ist. Die sozialdemokratische Fraktion forderte, die Vorlage des Magistrats einem Ausschuss zu überweisen. Genosse Leid führte zur Begründung aus, daß gerade gegenüber diesem Projekt sich die Frage aufdrängt, ob nicht das Leichenentransportwesen von der Stadt übernommen werden müsse, wie mehrere andere Städte das bereits getan haben. Werde der neue Friedhof so weit da draußen angelegt, so bringe das allen, die auf ihm ihre Angehörigen beerdigen — und das seien, wie der ältere Gemeindefriedhof bei Friedrichsfelde zeige, längst nicht mehr nur die ganz Mittellosen — eine bedeutende Verteuerung des Leichenentransports. Unser Redner wies auch nach, daß mit Eröffnung dieses neuen Friedhofes noch mehr als bisher das Bedürfnis sich fühlbar machen werde, den Geschäftsgang bei der Friedhofsverwaltung zu vereinfachen, so daß die Bestellung von Beerdigungen ohne großen Zeitaufwand im Rathaus bewirkt werden könne. Das alles sei zu erwägen, bevor man dem Projekt zustimme. Die Mehrheit war indes zunächst wenig geneigt, sich noch auf eine Beratung in einem Ausschuss einzulassen. Sie berief sich in Uebereinstimmung mit dem Magistrat darauf, daß die Sache eilig sei. Der Magistrat hat in der Tat wieder mal ganz kurz vor den Sommerferien seine Vorlage herausgebracht und erwartet nun, daß die Stadtverordnetenversammlung womöglich ohne jede Erörterung alles unbesehen annimmt. Auch eine andere von der sozialdemokratischen Fraktion gegebene Anregung fand bei der Mehrheit, die es eilig hatte, nicht so ganz den Beifall, den sie verdient. Genosse Manasse empfahl den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, auf dem neuen Friedhof sogleich ein Krematorium zu erbauen. Noch haben wir in Preußen nicht die Leichenverbrennung. Noch immer muß der Preusse in andere deutsche Bundesstaaten — sozusagen ins „Ausland“ — gehen, wenn er einen verstorbenen Angehörigen durch Feuer bestatten will, und nur die Bestattung von Leichenbrandresten auf unseren Friedhöfen ist in Preußen erst erlaubt. Immerhin würde aber für den Gedanken der Feuerbestattung wirksam Propaganda gemacht, wenn die Hauptstadt Berlin durch die Tat ihn unterstützte und schon jetzt auf die hoffentlich nicht mehr ferne Verwirklichung sich einrichtete. Von den Freisinnigen hielt nur Stadtverordneter Dr. Herzberg sich für verpflichtet, auf die Feuerbestattungsfrage näher einzugehen; es blieb ihm nichts anderes übrig, weil er zufällig Vorsitzender des Berliner Vereins für Feuerbestattung ist. Die Mehrheit aber fand immer noch, daß das alles nur in sehr loser Beziehung zu der Friedhofsfrage stehe und die Sache nur aufhalte. Genosse Borgmann hob noch einmal hervor, daß die Verammlung allen Anlaß habe, Einsetzung eines Ausschusses zu beschließen und die angeregte Frage zu prüfen. Die Abstimmung ergab dann, gegen die Erwartung, die Annahme des Antrages auf Ausschussberatung. Auch der Antrag bezüglich des Krematoriums wurde diesem Ausschuss mit überwiesen.

Aus der Mappe eines Berliner Armenvorstehers.

So betitelt sich ein Foliens aus der Gelegenheitsfeder des Armenkommissionsvorsitzers G. Brahm im Sprech-Verlag erschienenen Schriftchen, das mit seinem verknöcherten, unsozialen Geiste auch anderen Berliner Armenpflägern aus der Seele geschrieben sein dürfte. Wir glauben jedoch, daß es noch Armenkommissionen gibt, die die nahezu triviale Art und Weise, wie hier Herr Brahm in seiner Uebertreibung und starker Verallgemeinerung gegen die Gesamtheit der Unterstützungsberechtigten Stimmung zu machen sucht, auf unterschiedenen Widerpruch stoßen wird. Kritisiert doch der Verfasser selbst sein rückständiges, armenfeindliches

Denken und Fühlen am besten mit dem gleich auf den ersten Seiten des Nachwerks enthaltenen Bekenntnis:

„Ich sehe jeden Armen, der zu mir kommt, als einen Menschen an, der mich über seine wirklichen Verhältnisse täuschen will.“

Das ist die Tonart des Staatsanwalts, der jeden Angeklagten als Verbrecher betrachtet und an einem Freispruch keine Freude hat. Auch Herr Brahm sieht im Menschen, der sich selbst bezieht, arm zu sein und der öffentlichen Unterstützung zu bedürfen, nur den Betrüger, den Schröpfer des Geldbeutels der Allgemeinheit. Zu dem großen, warmherzigen Gefühl, umgekehrt zunächst an die vorgetragene Not zu glauben, und über jeden Unterstützungsuchenden grundsätzlich den Stab zu brechen, vermag er sich nicht aufzuschwingen. Bei solcher hochgradigen Voreingenommenheit gegen die Armen läßt sich gerade nicht behaupten, daß Herr Brahm die für sein verantwortliches Ehrenamt notwendigen Eigenschaften mitbringt. Nämlich am Ende der Schrift gibt der Verfasser in einem schwachen Augenblick der vollen Wahrheit die Ehre und schreibt:

„In meine Sprechstunde kommen fast nur Bedürftige, die durch Alter oder Krankheit gezwungen sind, die Hilfe ihrer Mitmenschen anzunehmen.“

Das hindert ihn aber nicht, fast das ganze Büchlein anzufüllen mit genau detaillierten Schilderungen angeblich selbsterlebter Einzelfälle, in denen der Herr Armenvorsteher von Unterstützungsuchenden über's Ohr gehauen worden ist oder gehauen werden sollte. Man gewinnt also den peinlichen Eindruck, als ob es Herrn Brahm bei der öffentlichen Breittretung solcher vereinzelten Fälle nur darum zu tun war, sein Dpns dem Leser schmackhafter zu machen. Daß es in Berlin neben den Tausenden wirklich bedürftiger Leute auch sogenannte unerschämte Arme gibt, braucht uns Herr Brahm nicht erst zu dozieren. Das liegt nun mal in der Menschennatur begründet und hat bei dem hutzusammengebröckelten Material der Zweimillionenstadt nicht viel auf sich. Was hat es nun aber für Sinn und Zweck, das Duzend Unwürdiger, die gerade diesem einen Armenvorsteher in so vielseitiger und wunderlicher Charakteristik unter die ehrenamtlichen Finger gelaufen sein wollen, herauszugreifen und darauf ein vernichtendes Urteil aufzubauen? Das ist doch Verallgemeinerung und Armenverachtung in Reinkultur. Die betreffenden Antragsteller waren nicht egoistischer als Sie, Herr Brahm, der Sie es lebhaft bedauern, daß die Armenkommission einem Kranken, noch gutgekleideten Bedürftigen die Mittel zu einer Karlsbader Kur bewilligt hat, und dazu höhnisch schreiben: „Ich gönne jedem Menschen recht viel und mir noch mehr!“ Als der Verfasser ein zu unterstützendes Ehepaar im ehemaligen „Kuhstall“ in der Invalidenstr. bei jeder warmen Abendrot überrascht haben will, kam er seine „Schadenfreude darüber nicht verkenne“. Recht niedlich klingt es auch aus dem Munde dieses „tatkräftigen“ Armenvorstehers, wie er Bittende mit Sinaustweisen bedroht und in einem bestimmten Falle seinem Dienstmädchen zuruft: „Minna, wo ist der Dschenziemer?“ Entschieden gehört Talent dazu, sich selbst dergestalt abzumalen. Und viel Mut, nach solchem Eingeständnis das Ehrenamt des Armenvorstehers noch weiterhin auszuüben. Eine um Unterstützung bittende Witwe mit zwei erwachsenen Töchtern weist Herr Brahm mit der Begründung ab, daß die Töchter, wenn sie als Fabrikarbeiterinnen nicht genug verdienen, sich als Dienstmädchen verdienen sollen. Dann seien sie die Sorge um Bohnung, Essen und Trinken los. Ganz besonders scharf ist er gegen Mütter unehelicher Kinder. Da hier die Unterstützung fast niemals verweigert werden kann, mühten durch den Gesetzgeber Arbeitgeber und Dienstverhältnisse angehalten werden, einen gewissen Teil des Lohnes an die Armen-direktion zu zahlen. Nach dem Gesetzgeber schreit auch Herr Brahm, um „die Unterstützung wilder Ehen durch die Armenverwaltung zu beseitigen“. In seinen verworrenen Gedanken-sprünge ist es ihm lieber, daß der Vater die Mutter seiner Kinder, die er aus sozialen Gründen vorläufig nicht mit dem staatlichen Segen beglücken kann, treulos im Stich läßt. Damit auch die Sozialdemokratie einen Seitenhieb abtrifft, schreibt dieser große Sozialpolitiker: „Unterstützt wird in Berlin beinahe jeder, der darum ansucht und darauf drängt. Man fürchtet ja hier viel zu sehr eine gewisse Presse.“ Ist uns eine Ehre, Herr Brahm, diese Furcht! Die sozialdemokratische Presse schreibt auch über Armensachen wahrheitsgemäher als beispielsweise die „Tägliche Rundschau“, deren Armen-Heulleitens mit dem Brahm'schen Geist und Stil merkwürdige Ähnlichkeit haben. Schildern Sie mal in Ihrem nächsten Nachwerk die Halle, in denen wirklich Bedürftige durch die Schuld von Armenkommissionen nicht oder nicht genügend unterstützt worden sind, sodas sie völlig zu grunde gingen oder sich das Leben nahmen. Reden Sie noch deutlicher von der unschönen Behandlung von Bittstellern durch manche Ihrer Kollegen... und man wird Sie über den grünen Aker loben, daß Sie gewagt haben... die Wahrheit zu sagen. Für feuilletonistische Mädchen aber ist das Gebiet der Armenverwaltung nicht die geeignete Fundgrube.

Zu einem Ballonschmud-Wettbewerb für Groß-Berlin

wird gegenwärtig eine lebhafteste Reklame verzapft. Die Sache geht von der Zentralstelle für die Interessen des Berliner Freundesverkehrs aus, einer Schöpfung des Geheimen Kommerzienrats Emil Jacob, der befanntlich überall dabei sein muß. Sogar ein Ehrenkomitee hat sich schon gebildet, dem hervorragende Mitglieder der sogenannten ersten Gesellschaftskreise angehören. Wenn kleine Leute, die in den Vorstädten wohnen und ihre Ballons mit ebensoviel Liebe als Geschmack pflegen, nun etwa glauben, daß sie bei diesem Wettbewerb zahlreiche Preise ergattern werden, so sollen sie solche Hoffnung nur getrost fahren lassen. Denn auch der Ballonschmud-Wettbewerb bewegt sich in demselben Rahmen wie im vorigen Jahre der Schaufenster-Wettbewerb, der sich im wesentlichen auf die Hofflieferantenbeschränkte. Schon die ganze Zusammenfassung der verschiedenen Komitees zeigt deutlich, daß es sich wieder mal um einen Zeitvertreib der oberen Zehntausend in Berlin handelt. Im vornehmen Westen, wo man ja allerdings an den Häusern und auf Ballons großartigen Blumen schmuck bemerkt, werden wohl nur ganz wenige Ballons von eigener Hand der Welt her gepflegt. Die Hauptarbeit besorgt der ständig beschäftigte oder der gemietete Kunstgärtner, und im übrigen ist die schöne Ausschmückung des Ballons rein vom großen Portemonnaie abhängig. Es gehört also keine Kunst dazu, aus dem Wettbewerb als Sieger hervorzugehen, wenn man Hunderte von Mark in Ballonschmuck anlegen kann. Ganz anderen Zuschnitt

zeigen die Vorstadtbalkons. Selbst Angehörige des Mittelstandes können hier nur selten mehr als fünfzig Mark aufwenden. Der Arbeiter aber, soweit er sich eine Balkonwohnung zulegen kann, ist nicht imstande, in den Ballonschmuck viel Geld hineinzustecken. Nun kann ja zweifellos auch mit wenig Geld und mit desto mehr Geschmack ein sehr hübsch wirkender Balkon hergestellt werden. Aber ob derartige Balkons vor den in dieser Beziehung vermögten Augen der Preisrichter Gnade finden, muß doch sehr zweifelhaft sein. Wenn die betreffenden Herren und Damen überhaupt eine Reihe von Vorstadtstraßen abfahren und hierher ein paar „Trostpreise“ fallen lassen, so geschieht das sicher nur, um den eigentlichen Zweck eines vernünftigen Zeitvertreibs für die „Gesellschaft“ zu demanteln. Zudem muß jeder, der sich am Wettbewerb beteiligt, eine einmalige Gebühr von drei Mark entrichten. Wie man hört, sind denn auch aus den Vorstädten nur sehr wenige Anmeldungen eingegangen, weil hier die Sache durchsichtiger und keine Luft verspürt wird, mit seinem Gelde die Preise für die Bewohner des Westens zu bezahlen. Der schönste Preis für den einfachen Mann aus dem Volke ist die echte Freude, die er selbst am eigenhändig geschmückten Balkon genießt.

Maßnahmen gegen die Hitze. Angesichts der anhaltenden Hitze, unter deren Einwirkungen in erster Linie die gewerblichen Arbeiter empfindlich zu leiden haben, hat der Polizeipräsident von Berlin die Gewerbeinspektoren ersucht, bei den Gewerbeunternehmern dahin zu wirken, daß den Einflüssen der heißen Wärme nach Möglichkeit begegnet wird. Zu diesem Zwecke sind die Arbeitsräume durch Offenlassen der Fenster und Türen zur Nachtlage auszukühlen und bei Tage, soweit das ohne Beeinträchtigung der Arbeiter und ohne Störung des Betriebes möglich ist, zu durchlüften. Die Arbeiter sind vor der direkten Einwirkung der Sonne zu schützen, die Fußböden feucht zu halten. Wo mechanische Hilfsmittel vorhanden sind, empfiehlt es sich, gekühlte Luft in die Arbeitsräume zu treiben. Erfahrungsgemäß kann man die Körpertemperatur merklich herabsetzen und sich erfrischen, wenn man Gesicht und Hände in kaltes Wasser taucht, es ist deshalb dahin zu wirken, daß Zapfhähne mit strömendem Wasser in ausreichender Menge vorhanden sind und daß den Arbeitern nicht verwehrt wird, sie während der Arbeitszeit zu benutzen. Wo starke körperliche Anstrengung vorliegt, sind nur Brausebäder mit temperiertem Wasser wirksam. Von besonderer Bedeutung ist die Bereitstellung von kühlen Getränken. In erster Linie ist dünner Kaffee und leichter Tee zu empfehlen; beide Getränke wirken schon erfrischend, auch wenn sie nicht ganz kalt sind. Ferner kommen in Frage Rogermilch, gesäuertes Wasser, Limonaden, Kalkwasser, Selterswasser. Letzteres wirkt indessen, in großen Mengen genossen, hart schweißterregend. Vor eiskaltem Wasser ist zu warnen, ebenso bringend vor Bier und sonstigen alkoholischen Getränken, weil sie nur momentan anregen, dann aber erschöpfend wirken.

Die Anregungen sind ganz verständlich. Wir befürchten nur, daß sie bei den Unternehmern, mit wenigen Ausnahmen, auf unfruchtbaren Boden fallen werden. Wo Geld und Arbeitszeit den Unternehmern verloren gehen, sind sie sehr unzugänglich. Der Profit in erster Reihe!

Städtebauausstellung. Wie bereits mitgeteilt, ist die Ausstellung bis zum 28. Juni verlängert. Die Berliner Gewerkschaftskommission ersucht uns, mitzuteilen, daß bei ihr bis zu dieser Zeit Eintrittskarten zum ermäßigten Preis entnommen werden können, und zwar im Bureau, Engelauer 15 I, Zimmer 13, oder im Zigarrengeschäft von Dorff, Engelauer 15.

Arbeitsnehmerschulung in den Pflichtfortbildungsschulen. In den Berliner Pflichtfortbildungsschulen findet in dieser Woche eine Fählung der Arbeitnehmer durch Ausfüllung von Arbeitnehmerkarten statt. Auf den Karten ist der Name der Firma, das Geschäftsfeld, die Art des Gewerbebetriebes, der Name des Schülers und sein Beruf anzugeben. Der Zweck der Fählung ist nicht recht ersichtlich.

Eine schwere Benzinsplosion fand gestern morgen um 9 Uhr in der Garage des Geh. Kommerzienrats Dr. Simon auf dem Grundstück Margaretenstraße 20 statt. Der Luftdruck war so stark, daß er die Kellerdecke sprengte und alle Fensterscheiben zerstörte. Zwei Statuetten, die neben der Garage arbeiteten, wurden durch herabfallende Mauerstücke erheblich verletzt, so daß sie nach dem Eisabstrichtrankenhause gebracht werden mußten.

Auf seiner Arbeitsstelle erhängt hat sich der 45 Jahre alte Holzbildhauer Rudolf Schenscher, der am Grünen Weg wohnte und seit acht Jahren in einer Möbelfabrik im Osten der Stadt beschäftigt war. Arbeitsgenossen fanden ihn gestern morgen im Klosett erhängt und tot auf. Der Mann hatte schon seit einigen Tagen ein niedergedrücktes Wesen gezeigt und geäußert, daß er Krüger gehabt habe, sich aber über die Ursache nicht aussprechen konnte.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobils und einem Straßenbahnwagen, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte haben können, ereignete sich vorgestern nachmittags gegen 6 Uhr am Blücherplatz. Dort versuchte der Automobilist Nr. 1350 der Linie 4 der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 73 die Gleise zu kreuzen. Obwohl der Führer des Motorwagens in Erkennung der Gefahr sofort Gegenstrom gab, konnte ein Zusammenstoß doch nicht vermieden werden. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Straßenbahnwagen mit beiden Achsen aus den Schienen sprang und der Vorderperson eingedrückt wurde. Personen sind bei dem Unfall glücklicherweise nicht verletzt worden. Die zahlreichen Passagiere der beiden Gefährte kamen mit dem Schrecken davon. Der aus dem Gleis gesprungene Wagen wurde durch einen anderen Motorwagen wieder eingeleist.

Ein Brandunglück ereignete sich gestern nachmittags im Hause Sophienstr. 11. Die 40jährige Ehefrau Marie Weigelt wollte in ihrer Wohnung auf einen Spirituslocher Spiritus nachfüllen. Die Flamme muß wohl noch geblüht haben, denn als sie Spiritus aus einer Flasche schon nachgefüllt hatte, entzündete sich der über-gelassene Spiritus, der starker explodierte, die Flammen entzündeten die Kleider der Frau, die in Ru fast vollständig von Flammen eingehüllt war. Auf lautes Schreien wurde der Frau Hilfe zuteil. Obgleich die Flammen schnell gelöscht werden konnten, hatte die Arme schon so schwere Brandverletzungen am ganzen Körper erlitten, daß die Feuerwehr die ohnmächtige Frau sofort nach dem Krankenhause in Roabit bringen mußte. Dort nahm man sich ihrer gleich hilfreich an.

Aus Müdigkeit gegen das Krankenhaus hat sich gestern morgen der 36 Jahre alte Tischler Friedrich Franz aus der Planfelder Straße 5 das Leben genommen. Franz, der in einer Kartonsfabrik in der Jüdenstraße arbeitete, lebte seit drei Jahren von seiner Frau und seinen drei Kindern getrennt. Seit Montag war er in ärztlicher Behandlung, gestern sollte er in ein Krankenhaus gebracht werden. Davon wollte er aber nichts wissen. Gestern morgen um 5 Uhr sprang er aus dem vierten Stock auf den asphaltierten Hof hinab. Mit zerstücktem Schädel, gebrochenen Beinen und schweren inneren Verletzungen blieb er auf der Stelle tot liegen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Einen hübschen Akt der Solidarität und der Pietät vollzogen dieser Tage eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Ein Mitarbeiter war im Alter von 36 Jahren an einer Blinddarmpoperation gestorben und wurde auf dem russischen

Friedhöfe beerdigt. Der Verstorbene war ein Gerbe und hatte keine Verwandten. Seine Landsleute, Freunde und Kollegen legten zusammen und ließen den Genossen auf ihre Kosten beerdigen. Seine Mitarbeiter, 25 Kollegen vom Holzarbeiterverband, bezogen dem fern von der Heimat Verstorbenen ihre Ächtung durch Niederlegung eines großen, schönen Kranzes mit roter Schleife.

Ein Leichensund verursachte gestern in Mariendorf große Aufregung. Am Donnerstag früh wurde zirka 400 Meter hinter der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie an der Lichtenrader Chaussee in Mariendorf von einem Landwirt am Rande eines Roggenfeldes die Leiche eines gutgekleideten, etwa 40jährigen Mannes aufgefunden. Der Körper des Toten wies an der rechten Hand wie auch an der rechten Schläfe eine Schußverletzung auf, von denen die letztere zweifellos den Tod des Mannes herbeigeführt hat. Eine Waffe wurde bei der Leiche oder in deren Umgebung trotz sorgfältigsten Nachsuchens nicht gefunden. Diese auffällige Tatsache gab Veranlassung dazu, daß sich schnell das Gerücht von einem Mord verbreitete. Der Verstorbene ist der 41jährige Möbelhändler Rahm aus der Brandenburgerstraße in Berlin, der gestern abend in Lichtenrade wohnende Verwandte besuchen wollte und von dem Ausgange nicht nach Hause zurückgekehrt war. Die Leiche ist am gestrigen Nachmittag von Frau K. rekonstruiert worden. Die letztere behauptet, hatte ihr Mann ein Portemonnaie mit mehreren Hundert Mark bei sich gehabt, das jetzt fehlt. Dieser Umstand bestärkt die Annahme, daß K. auf dem Rückwege überfallen und erschossen worden ist. Auch die am Tatort eingetroffene Gerichtskommission rechnet mit einem Verbrechen. Ein Berliner Polizeihund ist zur Aufklärung des in manchen Punkten rätselhaften Vorfalles herangezogen worden, doch konnten bisher irgendwelche positiven Resultate nicht erzielt werden. Auffällig ist z. B. die Tatsache, daß die goldene Taschenuhr bei der Leiche nicht vorgefunden wurde.

Zwei schwere Automobilunfälle, bei denen ein Kind getötet und ein zweites lebensgefährlich verletzt wurde, haben sich am Donnerstag nachmittag im Osten der Stadt ereignet. An der Ecke der Otho- und Kungestraße spielten gegen 16 Uhr mehrere Kinder auf dem Hofraum, als plötzlich ein elektrisches Automobil herannah. Während sich die anderen Kinder rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, geriet der 6jährige Sohn Hans des Arbeiters Sinning aus der Vorfigstraße 81 gegen den Kraftwagen, wurde umgeworfen und überfahren. In bewußtlosem Zustande und mit einer klaffenden Kopfwunde wurde der verunglückte Knabe nach der Unfallstation am Grünen Weg übergeführt, wo er unter den Händen des Arztes infolge eines erlittenen Schädelbruchs verstarb.

Der zweite schwere Unglücksfall trat sich zur selben Zeit in der Fruchtstraße zu. Dort lief der 7jährige Sohn Bruno des Königsbergerstraße 11 wohnhaften Schuhmachers Lewin gegen eine Automobilidee. Der Knabe wurde umgerissen und geriet unter den Kraftwagen, dessen Räder ihm über die Beine hinweggingen und diese vollständig zermalmeten. In besinnungslosem Zustande wurde der bedauernswerte Knabe nach der oben erwähnten Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichsbain übergeführt, wo ihm die beiden Gliedmaßen amputiert werden mußten.

Vermißte Mädchen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Seit dem 22. Mai 1910 wird das Dienstmädchen Maria Koslik, 10. 6. 96 in Stolius geboren, Dreifestr. 3 bei den Eltern wohnhaft gemessen, vermißt. Beschreibung: klein, blondes, volles Haar, schwachlich, blass, hohe Stirn, Augen grau. Bekleidung: blaue gestreifte Rock, weiße Bluse, schwarzer Strohhut mit roten Blumen und Band, Schnürschuhe. Zweckdienliche Mitteilungen, welche zur Auffindung der Genannten dienen können, werden sowohl von der Kriminalpolizei als auch von jedem Polizeibeamten zu den Adressen 2483. IV. 26. 10. schriftlich oder mündlich entgegengenommen.

Die in Brich, Brichertweg 3, bei ihren Eltern wohnhaft gewesene unverheiratete Maria Schuster, 8. 8. 91 in Berlin geboren, ist seit dem 10. 6. 1910 vermißt. Sie ist 1,63 Meter groß, von unterer Gestalt, hat braunes, volles Haar, dunkelbraune Augen und unterm Kehlloch eine ungefähr 4 Zentimeter lange Narbe. Bekleidet war sie bei ihrem Fortgange mit hellgrauer Rock, weißer Bluse und Mantel, weißer Wäsche, schwarzen Schürstiefeln mit Lackspitzen und schwarz-weißem Hut mit Rohrdulmen. Nachrichten über den Verbleib der Vermissten werden in jedem Polizeibeamten und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/8, 3 Tr., Zimmer 346a, zu 2327. IV. 49. 10. entgegengenommen.

Der Arbeiter-Radfahrerklub „Solidarität“, Gau 9, Provinz Brandenburg, begehrt kommenden Sonntag, den 19. Juni, sein Gaufest in der Seelitzstraße 11/13. Das Programm ist ein reichhaltiges. Angeführt der Tätigkeit der Arbeiter-Radfahrer zur Verschönerung der Partei- und Gewerkschaftsfeiern, wie auch bei Parteiarbeiten, wird den Partei- und Gewerkschaftsgenossen der Besuch des Festes empfohlen.

Beim Sommerfest der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung im Inel-Restaurant, Seestraße 81, am Sonntag, sind ein Armband, eine Brille, eine Brosche und ein Spazierstock gefunden worden. Die Gegenstände können von den Eigentümern beim Obmann des Vergütungskomitees, S. Lüdtke, Soldinerstr. 9, torn 4 Treppen, in Empfang genommen werden.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird vielfachen Wünschen entsprechend mit Rücksicht auf die beginnende Reisezeit in der nächsten Woche der Vortrag „In den Dolomiten“ noch einige Male wiederholt werden.

Zeugenschaft. Am Sonnabend, den 11. d. M., früh um 7 Uhr, wurde an der Bergstraße und Bernauer Straße ein junger Radfahrer von einem Schlächterfuhrwerk mit der Deichsel in den Leib gefahren. Der junge Mann wurde fürchterlich verletzt und ist bereits um 11 Uhr gestorben. Zeugen dieses Vorfalles, insbesondere der Radfahrer, der den ausrückenden Schlächter hat feststellen lassen, sowie die beiden Radfahrer, die den Verletzten nach dem Lazarus-Krankenhaus brachten, werden gebeten, ihre Adressen an Frau Martha Marckscheffel, Berlin, Woldenberger Str. 21, Hof 3 Treppen, gelangen zu lassen.

Die Kottbusstraße von der Ehrenberg- bis zur Naglerstraße ist vom 16. Juni ab für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Verkehrstechnisch wichtige Verbesserungen werden durch einen mit dem Militärklub geschlossenen Vertrag in der Kolonnenstraße ermöglicht. Es ist ein Austausch städtischen Geländes gegen militärisches Terrain zustande gekommen, der für beide Teile bemerkenswerte Vorteile bietet. Die vom Fiskus benötigte Bebauung des Bahnhofsgeländes wird durch Abtretung einer Baumallee an der Kolonnenstraße seitens der Stadt erleichtert. Während der Fiskus die Kompe seines Bahnhofs nach Süden verschiebt und sein Anecht an der Straßenhand der Kolonnenstraße aufgibt, wird deren Verbreiterung und Asphaltierung nun in kürzester Frist vorgenommen werden können. Gleichzeitig ist die Durchlegung der Feuerstraße bis zur Sedanbrücke gesichert, wodurch dem sich stetig steigenden Verkehr der Kolonnenstraße abgeholfen wird.

Die große Berliner Straßenbahn beschäftigt, die für den Verkehr Schöneberg nach dem Zentrum wichtige Linie 72 an der Lützowstraße abzweigen und am Prager Platz auf Wilmersdorfer Gebiet enden zu lassen. Als Grund dieser Verlegung wurde der große Verkehr angegeben, der sich nach Eröffnung der Untergrundbahn noch weiter vermehren würde. Die städtischen Körperschaften behaupteten, die Unzulänglichkeit der Benutzung dieser Strecke nicht zugeben zu sollen, und wandten sich beschwerdeführend an das Berliner Polizeipräsidium, das nunmehr zugunsten Schönebergs dahin entschieden hat, daß es bei der bisherigen Linienführung verbleibt.

Von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern der vierjährige Sohn des in der Brunhildstraße 2 wohnenden Lokomotivführers Grote. Der Kleine spielte mit anderen Kindern auf dem Hofraum der Siegfriedstraße und lief im Eifer des Spiels gegen die Pferde eines in langamer Fahrt herannahenden Geschäftswagens der Firma Moritz, Petersburgerplatz 7. Der Knabe wurde umgerissen und geriet unter den Wagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Verunglückte erlitt außer einem komplizierten Beinbruch schwere innere Verletzungen und wurde nach dem städtischen Krankenhaus überführt.

Charlottenburg.

Der geschäftsführende Ausschuss des Volkshauses, Kofinenstraße 3, macht die Gewerkschaften und Vereine darauf aufmerksam, daß für das Winterhalbjahr 1910/11 noch einige Sonnabende und Sonntage der kleine sowie der große Saal zur Verfügung stehen. Es empfiehlt sich, sobald Bedarf dafür vorhanden, schon jetzt die Räume festzumachen, da dieselben später vergeben sein dürften. Ferner wird darauf hingewiesen, daß ein weiteres neues Vereinszimmer, zirka 80 bis 100 Personen fassend, geschaffen worden ist. Damit ist dem Ringel an kleinen Versammlungen und Sitzungszimmern wiederum etwas Abhilfe getan. Auch sonst ist die Verwaltung des jetzt der organisierten Arbeiterschaft gehörenden Volkshauses bestrebt, den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. In Anbetracht der abnehmenden Distanz bürgerlicher Lokalbesitzer bei Vergabe ihrer Lokalitäten zu Versammlungen ist nur zu wünschen, daß die Arbeiterschaft bei jeder sich passenden Gelegenheit ihr Heim frequentiert. Um den Verkehr unter den Gewerkschafts- und Parteigenossen mehr zu pflegen, finden jeden Freitag im genannten Lokal zwanglose Zusammenkünfte statt.

Santow.

Bei der diesjährigen Steuerabschreibung scheint auf dem Gemeindebureau große Flüchtigkeit geherrscht zu haben. Wurden schon verschiedene Jahre lang „Kirchenflüchtige“ mit Steuern dieser Art bestraft, so ist vollends nicht zu verstehen, wie Gesamtsummen auf Steuerzetteln angegeben werden können, die sich aus den einzelnen Positionen gar nicht ergeben. Hoffentlich machen die Betroffenen von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch.

Ueber das Thema: „Die Finanz- und Tagespolitik“ referierte in einer leider nur mäßig besuchten öffentlichen Versammlung bei Ebel Genosse Simon Kayenstein. Genosse Debus forderte gleich dem Referenten zum Anschluß an die Organisation auf.

Wandlitz.

Eine öffentliche Volksversammlung des Konservativen Volksvereins des Kreises Nieder-Barnim war zum letzten Sonntag vom Vorsitzenden von Welheim in ein gesperres Lokal einberufen. „Alle patriotischen Männer von Wandlitz und Umgegend“ waren zu der Versammlung eingeladen. Die eifrige Agitation für die Versammlung brachte es mit sich, daß ganze — 28 Mann einschließlich des aus Berlin vertriebenen Redners erschienen waren. In der Versammlung wurde weiblich auf Stadthagen geschimpft und seiner aufreizenden Tonart die Schuld an dem Tumult in der Versammlung vom 22. Mai zugeschrieben. Zur selben Zeit konstituierte sich eine Zahlstelle des sozialdemokratischen Nieder-Barnimer Vereins für Wandlitz und Umgegend. Ihr gehören bereits 31 Mitglieder an. Genosse Emil Kaiser in Wandlitz und Karl Brandt in Boddorf wurden zu Gruppenführern gewählt. Die Konservativen wollen sich wegen des sozialdemokratischen Erfolges rächen. Dem Gastwirt Paffen ist mitgeteilt worden, bei der Versammlung am 28. d. M. würden die „Patrioten“ bei ihm alles kurz und klein schlagen. Der Genosse Rehnke ist seitens der Bauern boykottiert: sie wollen ihm keine Milch mehr verkaufen. Die Wandlitzer Milch dürfte bald sauer werden, wenn sie nun von den Berlinern boykottiert würde. Aber vorab amüsiert sich nur die verständige Einwohnerschaft von Wandlitz und Umgegend über das kurzfristige Schicksal der Patrioten und freut sich auf die Versammlung zum 28. d. M.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschloß zunächst die Einsetzung eines Kuratoriums für die höheren Schulen. Zugleich wurde die Vorlage einer Satzung und Geschäftsordnung für das Kuratorium angenommen. Herr Habemann wünschte, daß bei der Wahl des Kuratoriums, die in einer der nächsten Sitzungen stattfinden soll, solche Vertreter gewählt werden, die Aussicht haben, von der Behörde beschäftigt zu werden, damit es nicht wieder vorkomme, wie in früheren Jahren bei der Wahl des Vertreters Aug. Kuhlmann, der damals nicht bestätigt wurde, nur weil er Anhänger der Feuerbestattung war. Herr Kuhlmann betonte demgegenüber, daß es an der Vertretung selbst liege, wenn der Gewählte nicht bestätigt werde. Der Nichtbestätigte müsse eben immer wieder gewählt werden, Behördlichkeit führe bekanntlich auch zum Ziel. Die für die Anstaltschule bei Herrn Hamacher gemieteten Räume sollen bis zum 1. April 1911 noch behalten werden. Für die innere Einrichtung der Schule und Turnhalle in der Charlottenstraße sowie der Lehrmittel wurden aus der zum Bau aufgenommenen Anleihe 18000 M. bewilligt. In der Klagesache Ullrich, der in der diesjährigen Wählerliste gestrichen wurde, bestimmte die Vertretung als Vertreter in dieser Verwaltungsstreitsache Bürgermeister Abraham. Mit der Firma Schier wurde ein Vertrag abgeschlossen betreffend die ausschließliche Uebertragung aller Asphaltierungsarbeiten während der nächsten 5 Jahre. Dafür erläßt die Firma auf die Unterhaltungskosten bereits ausgeführter Asphaltarbeiten einen Betrag von 13721 M. Unsere beiden Genossen stimmten dagegen. Die Baukommission hatte beschlossen, die Genehmigung zur Aufstellung einiger Reklameschilder in der Wankenburgstraße und der Schloßallee an den Terrainspekulanten Joseph zu erteilen. Die Gebühr sollte pro Schild und Meter 1 M. betragen. Unser Genosse Dreimann wandte sich gegen die Aufstellung in der bisherigen Weise. Die großen schweren Schilder seien an den Straßen eine Gefahr für die Passanten, der Unternehmer müsse für etwaigen Schaden haftbar gemacht werden; im übrigen sei die Gebühr eine sehr geringe. Nach längerem Hin und Her wurde die Genehmigung erteilt und eine Gebühr pro Schild und Meter von 3 M. festgesetzt. Das Gesuch der Bürgerschaft um Uebernahme der Krankenassen- und Versicherungsbeiträge auf die Gemeindekasse zeitigte eine längere Debatte. Genosse Dreimann sowie Herr Aug. Kuhlmann verlangten die Uebernahme der Beiträge auch für die Gemeindeglieder. Eine recht sonderbare Ansicht vertrat Herr Dr. Traisch, indem er meinte, daß die Gemeindeglieder die Uebernahme der Beiträge nur als Almosen empfinden würden. Genosse B o s c h e erwiderte hierauf, daß man dann doch die Löhne der Gemeindeglieder erhöhen könne. Nachdem der Bürgermeister mitgeteilt hatte, daß die Summe für die Bürgerschaften für den Schulhausneubau in der Charlottenstraße wurde dem hiesigen Bürgermeister Parisel zum Preise von 9788 Mark übertragen. Zur Befestigung des Mittelweges in der Wankenburgstraße wurden die Kosten bewilligt. Die neue Steuerordnung wurde, nachdem die Kommission verschiedene Änderungen vorgenommen hatte, einstimmig angenommen. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Zegei.

Erflossen hat sich gestern vormittag im Lokal von Rindler in der Schlieperstraße ein Kaufmann Bebold aus Berlin. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle gebracht.

Potsdam.

Änderungen im Wahlmodus zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Die beiden Potsdamer Ortsstatute vom 20. Oktober und 18. November 1902 betreffend das Gewerbe- und Kaufmannsgericht werden jetzt einer Änderung unterzogen. Unter Verbeibaltung der Verhältniswahl wird an Stelle des Systems der freien Listen das

System der gebundenen Listen eingeführt. Der Wähler darf an den gebundenen Listen nichts ändern und nur solche Stimmzettel abgeben, die mit der eingereichten Kandidatenliste übereinstimmen. Anstatt der bisherigen Aufstellung der Wählerliste durch den Gemeindevorstand wird künftig das Geschäft von den Vorsitzenden der beiden Gerichte erledigt, bei denen sich innerhalb einer Zweiwochenfrist alle Wahlberechtigten schriftlich oder mündlich zu melden haben. Nach den neuen Bestimmungen findet auch die Wahl etwaiger Ausschüsse nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Die Kandidatenlisten müssen spätestens drei Wochen vor der Wahl beim Vorsitzenden eingereicht sein. Die Wählerlisten sind nach Ablauf der Anmeldefrist auf die Dauer einer Woche öffentlich an amtlicher Stelle auszulegen. Ueber Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste entscheidet der Magistrat, über Beschwerden die Aufsichtsbehörde. Ort und Zeit der Wahl werden sechs Wochen vor dem Wahltermin zweimal amtlich bekanntgegeben. Wichtig ist der Passus: Wird bis spätestens drei Wochen vor der Wahl nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet keine Wahl statt. Die Vorgesprochenen gelten als gewählt.

Jugendveranstaltungen.

Die freie Jugendorganisation Zegei, Vorkogelwalde und Wittenau hält am Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in Vorkogelwalde, Schubartstraße 28, bei Herrn Schulz ihre Monatsversammlung ab. Vortrag des Herrn Seidel über „Entstehung der Erde“. Sonntag, den 19. Juni, bezieht sich genannte Organisation an dem Raftausflug nach „Rüggelee“. Treffpunkt für sämtliche Kollegen und Kolleginnen sowie Gäste morgens 7/7 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahn. Abfahrt 7 Uhr. Fahrpreis 60 Pf. Lieberwälder mitbringen! Wir bitten die Arbeiterschaft, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltungen hinzuweisen.

Vermischtes.

Das Hochwasser.

Immer bedrohlicher lauten die Nachrichten aus den vom Hochwasser betroffenen Gebieten. Der Rhein und der Bodensee sind bei Konstanz über die Ufer getreten; bei Gunningen im Ober-Elsas hat das Hochwasser des Rheins infolge einer großen Ansammlung von Holz- und Balkenmassen die Schiffsbrücke fortgerissen. Auch bei Neuenburg wurde eine Schiffsbrücke zerstört, auf der sich 30 Personen befanden. Es gelang nach vielen Anstrengungen, die auf den Trümmern treibenden Unglücklichen zu retten. Das Wasser des Rheins ist immer noch im Steigen, so daß ein Junehmen des Hochwassers zu erwarten ist.

Ueber die Katastrophe im Ahrthal erhalten wir folgende Privatberichten:

Köln, 16. Juni. Heute wurden wieder eine Anzahl Opfer der Ahrkatastrophe geborgen. Einige Leichen wurden aus dem Rhein gelandet, man befürchtet, daß eine große Anzahl der vermißten Personen durch den Rhein abgetrieben worden sind. Unter den geborgenen Leichen befinden sich auch Kinder von wenigen Wochen bis zum Schulalter. Größere Transporte Särge sind eingetroffen, die zur Bestattung der Verunglückten dienen sollen. Nach Angaben von geretteten Personen aus den abgeschwemmten Kaminen sind allein aus zwei Kaminen 114 Mann verschollen. Fortwährend werden noch Leichen unter angeschwemmten Trümmern und Schlammmassen hervor-gezogen.

Köln, 16. Juni. Die Abschätzung der Wasserschäden, die aber nur einen Teil des Gesamtschadens darstellen, hat bisher für die Orte Ahrweiler, Neuen-ahr und Bodendorf 1355 000 M. ergeben.

Das Hochwasser in Bayern scheint nach den Berichten des hydrotechnischen Bureaus in München teilweise noch zuzunehmen. Wenn auch die Niederschläge im allgemeinen geringer sind als bisher, so sind doch in einzelnen Bezirken, besonders im oberen Illergebiet und im Lechgebiet, ganz bedeutende Wassermengen niedergegangen. Auch die Elmpet, die Loisach, die Isar, die Donau führen Hochwasser, das immer noch im Steigen ist. Der Bahnverkehr in Bayern erleidet durch das Hochwasser beträchtliche Verzögerungen, teilweise vollständige Unterbrechung.

Das bayerische Staatsministerium hat eine Hilfsaktion zugunsten der vom Hochwasser Betroffenen eingeleitet; der Prinzregent hat zur Vinderung der augenblicklichen Not 20 000 M. gespendet und eine Sammlung von Haus zu Haus genehmigt.

Ueber die Hochwasserkatastrophe im Sorauerberg wird noch gemeldet: In Schruns hat das Hochwasser eine Parkett- und eine Lodenfabrik zerstört. Die Montafoner Bahn mußte den Betrieb für mehrere Monate einstellen. An der Montafoner Straße sind die Brücken teils weggerissen, teils beschädigt. In Dregenz ist ein Mann ertrunken. Die Straße bei Dalaas ist nicht passierbar. Die Staatsbrücke über den Zufluß bei Ludesch ist gefährdet. Bei Reutte ist die Reichsstraße an acht Stellen beschädigt. Die Reichsbrücken bei Mattiau, Vorder-Hornbach und Weizenbach sind weggerissen. Die Dörfer Breitenwang, Moosau und Pindwang stehen unter Wasser. Die Lech-Regulierungsarbeiten sind vielfach zerstört. In Reutte sind die Wasserleitung und das Elektrizitätswerk beschädigt, so daß der Ort ohne Licht und Trinkwasser ist. Im Laufe des gestrigen Abends hat der Regen überall aufgehört. In Vermos ist Militär zur Hilfeleistung eingetroffen.

In entscheidender Weise hat das Unwetter und das damit verbundene Hochwasser die Schweizer Alpengebiete verunstaltet. Ueber die Katastrophe erhalten wir von unserem Schweizer Korrespondenten folgende Darstellung:

Die schweizerischen Alpentäler sind von Dienstag auf Mittwoch von einem Hochwasser und einer gewaltigen Ueberschwemmung heimgesucht, wie man das seit dem Jahre 1874 in der Schweiz nicht mehr erlebt hat. Seit 26 Stunden hat es in den Alpen unaufhörlich geregnet. Noch immer hält der Regen an und die Hochwassergefahr ist immer noch im Zunehmen.

Ganz besorgniserregende Nachrichten kommen aus Zürich. Die Sihl und die Limmat haben bereits eine besorgniserregende Höhe angenommen, und die sonst so bescheiden dahinfließenden Flüsse sind zu reißenden Strömen geworden. Der Verkehr in das Sissal ist vollständig unterbrochen; die Brücken sind gesperrt, soweit sie vom Wasser nicht bereits weggerissen worden sind. Seit heute nachmittag steht der Züricher Bahnhof bereits unter Wasser, das Gas- und Elektrizitätswerk steht ebenfalls bereits unter Wasser und beide Werke mühen den Betrieb einstellen, so daß Zürich die kommende Nacht vollständig ohne öffentliche Beleuchtung ist. Der Stadtrat von Zürich tagt in Permanenz, um die notwendigen Vorkehrungen in der Stadt Zürich zu treffen. Sämtliche Polizeimannschaften, das in der Kasernen befindliche Militär sind zu Hilfeleistungen konfigiert

und für die Nacht ist das Geniebatillon (Pioniere) durch Trommelschlag alarmiert worden.

Das Glarner Land ist ebenfalls von einer großen Wasser- katastrophe heimgesucht worden; die Fluth und die Strafen das Thal auf weite Strecken überschwemmt und überall gewaltige Verheerungen angerichtet, deren Schaden zur Stunde noch nicht einmal annähernd geschätzt werden kann.

Schwer heimgesucht sind auch die Kantone Appenzell und St. Gallen. Das sonst kleine Appenzeller Flüßchen Sitter hat bei Steinied ein kleines Bohnhaus und die Brücke weggerissen.

Im Kanton Thurgau hat die Thur ganz besonders mühe ge- haust. Die provisorische Brücke der Mittelthurgaubahn ist wie weggerafft; der Damm bei Watt ist unterwühlt, die Brücke zerstört worden.

Im Kanton Aargau hat die Reuß nicht weniger als drei große Brücken und vier Stege mit sich fortgerissen; in allen Ufergemeinden ist die Feuerwehr aufgegeben worden und für die Nacht wurden in der Kantonshauptstadt Pioniere auf Rikett gestellt, um sofort nach den bedrohten Gemeinden abzurufen zu können.

Wohl am schlimmsten hat das Unwetter in den Kantonen Luzern und Bern gehaust. Die ganze Unterstadt von Luzern steht meterhoch unter Wasser; der See, die Reuß und die Emme sind über die Ufer gegangen und haben weite Strecken überschwemmt. Die Emme hat mehrere Sägewerke zerstört; von der Reuß wurden vier Mühlen zerstört. Schlimm haufen die Wild- bäche vom Rigi herunter, und der weltberühmte Kurort Vitznau ist in erster Gefahr.

Im Kanton Uri ist namentlich Altdorf am Vierwaldstättersee vom Hochwasser schwer betroffen worden. Die letzte Nacht war für Altdorf eine Schreckensnacht, wie man noch keine erlebt hatte. Die eidgenössische Munitionsfabrik ist durch plötzlich ein- getretenes Hochwasser von allen Seiten mit der Außenwelt voll- ständig abgeschnitten. Ihre Insassen haben Notschüsse abgegeben; aber niemand kann ihnen Hilfe bringen. Ueber zwei Meter hoch umgibt das Wasser die Fabrik und es fehlt an den nötigen Hilfsmitteln, um den Abgesperrten Hilfe bringen zu können. Man befürchtet, daß die Munitionsfabrik in sich zusammenstürzen werde.

Wit am schlimmsten haust das Hochwasser in der Umgebung der Stadt Bern. Die großen Arbeiterquartiere Matte und Altensberg stehen vollständig unter Wasser. In den meisten Häusern mußten die Parterrewohnungen geräumt werden. In Epenstorf ist infolge Unterspülung der Damm zusammenge- brochen und über 20 Häuser sind in Gefahr, einzufallen.

Die Überschwemmung im unteren Donaugebiet. Ungarn, Serbien und die Türkei sind von der

Ueberschwemmungskatastrophe sehr schwer getroffen worden. Der Fluß Tera in Ungarn ist über die Ufer getreten und hat mehrere Dörfer überschwemmt. Ueber 80 Personen sind ertrunken, viele Häuser sind eingestürzt.

In Serbien wurden bis jetzt 42 Tode geborgen. Die Stadt Svilajnac steht etwa 2 Meter hoch unter Wasser. Das Kloster Manarsia ist nur noch eine Ruine. Die Rettungs- arbeiten sind fast unmöglich, es sind sämtliche Brücken von den Fluten weggerissen worden. Viele Kinder haben ihren Tod durch Ertrinken gefunden. Im ganzen Morawatal hat die Ueberschwem- mung Zerstörung und Tod gebracht. Tausende von Häusern sind zerstört. Menschen- und Tierleichen treiben auf dem Wasser herum.

In der Türkei ist die Stadt Saffan Kale h durch Ueber- schwemmung zum großen Teil zerstört. Bei der Katastrophe sollen mehrere Hundert Menschen umgekommen sein. Viele Per- sonen wurden verletzt.

Am Reisen verhindert.

Aus dem Neuen Palais in Potsdam berichtet das offizielle Telegraphenbureau, daß sich Wilhelm II. beim Reiten einen Blat- ergruß ins linke Kniegelenk zugezogen habe, der ihn verhindert, an einer Teippenstellung in Döberitz teilzunehmen und ihn zwingt, auf eine Reise nach Hannover und Hamburg zu verzichten. Ein mißliches Geschick. Vor kurzem erst mußten wegen eines Picknicks am Handgelenk verschiedene Reiseabsichten aufgegeben werden und nun müssen schon wieder ein paar Reisen unterbleiben. In- des wird Wilhelm II. nach seiner Genesung das Versäumte nachholen.

Schweres Unglück im Bergwerk.

Auf dem Kalischacht Immenrade ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag, wie uns eine Privatdepesche aus Nordhausen meldet, ein schweres Unglück. Die zum Aus- mauern des Schachtes benutzte Schwebelöhne, die mit zehn Mauern besetzt war, stürzte plötzlich in die Tiefe. Ein Arbeiter wurde getötet, sechs wurden schwer und drei leichter verletzt. Die Schwerverletzten wurden am andern Morgen nach Halle in das Krankenhaus „Berg- mannstrost“ geschafft. Ueber die Ursachen des Unglücks konnte bisher nichts genaues festgestellt werden.

Vom Terrorismus.

Unter der Ueberschrift „Heringesfallen“ brachten wir in unserer Sonntagsnummer aus der „Post“ die Zuschrift eines „alten Offiziers“, in der dieser seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß im Jahre 1889 mehrere Soldaten um die Genehmigung eines Urlaubs ersuchten mit der Begründung, daß sie zur Kirche zurückkehren wollten, aus der sie vor ihrer Dienstzeit ausgeschieden waren. Natürlich war in dieser Darstellung vom Terroris- mus der Sozialdemokratie die Rede, die die Arbeiter zwingt, aus der Kirche auszutreten. Wo in Wirklichkeit der Terrorismus in religiösen Dingen zu suchen ist, läßt eine Zu- schrift erkennen, die wir von einem und befreundeten „alten Zivi- listen“ erhalten.

In dem Schreiben heißt es: „Anfangs der neunziger Jahre diente ein Kollege (Schneider) von mir in Stettin beim Verleihsamt des 2. Armeekorps. Der arme Teufel war vor seiner Militärzeit aus der Kirche aus- geschieden und in Hamburg verheiratet, war also zweifellos auch „als Sozialdemokrat überwiesen“. Mein Kollege suchte mich eines guten Tages in unserem Verleihslokal auf und er- klärte mir unter bittersten Tränen, daß er es nicht länger beim Militär aushalten könne. Auf Schritt und Tritt halte man ihm vor, daher Sozialdemokrat und Diszi- plinist. Urlaub bekomme er niemals, und während die anderen Oekonomiehändler Sonntags nachmittags ausgehen dürften, müsse er in der Schuhmacherwerkstatt hocken und

zwei Nägel gerade klopfen. Kurz, die Schikane seien nicht mehr zu ertragen.

Ich gab ihm den Rat: Laß Dich morgen bei Deinem Haupt- mann melden und sage ihm, daß Du zur katholischen Kirche übertritten willst.

Zur katholischen Kirche soll ich übertreten? Da bin ich ja gerade seinerzeit ausgetreten, meinte er.

Nach langem Sträuben besagte am anderen Tage mein Kollege meinen Rat und hat mir nachträglich wiederholt ver- sichert, daß er es jetzt ganz gut habe. Selbst alle katholischen Feiertage dürfe er anstandslos mitfeiern. Ich habe aber daraus den Schluß gezogen, daß auch beim Militär über einen Sünden, der Ruhe tut, mehr Freude herrscht, wie über 33 Gerechte.“

Kleine Notizen.

Bei einem Unwetter, das über die Kreise Ratibor und Kofel niederging, wurden in Wosjanowo ein 20-jähriger Bauernsohn und in Orzedzin ein Bauerngutsbesitzer vom Blitz getötet. — In Bunzlau schlug ein Blitz in die Kabine eines Schiffes, betäubte eine Anzahl Personen und tötete die 8-jährige Tochter des Schiffers.

Bei einem Großfeuer in Lübeck verbrannte ein Ar- beiter, der sein Fahrrad aus dem brennenden Lager herausholen wollte. Der Brand, der auf einem großen Holzlagerplatz wüthete, konnte erst nach etwa 12 stündiger Dauer gelöscht werden.

Empörung von Gefangenen. Im Zentralgefängnis von Kattigarh (Indien) kam es zu einem Aufstand der Insassen. Etwa 400 Gefangene versuchten das Haupttor zu stürmen, schleuderten Piegelsteine auf die Wachen, die mit Salvenfeuer antworteten. Sieben der Auführer wurden getötet und etwa 60 ver- wundet.

Besuch eines Bogweckkämpfers. Sehr vernünftigerweise hat der Gouverneur von San Franzisko das eckhafte Schauspiel eines Bog- weckkämpfers um die Weltmeisterschaft verboten. Mehr als neun- zigtausend Personen hatten bereits alle Plätze gemietet, die Direktion rechnete mit einer Einnahme von etwa 2 1/2 Milli- onen Dollar.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 20, Hamburg). Filiale Berlin 4. Sonnabend, 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Werkmöhl, Andreasstr. 26: Veramml. v. Wahl der Ortsverwaltung. — Filiale Charlottenburg, Sonnabend, 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 8: Mitglieder- Verammlung.

Deutscher Arbeiter-Abkündendbund. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 17. Juni, abends 8 Uhr, spricht im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8: Dr. med. Edwin Bab über „Alkohol und ansteckende Krankheiten“.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eutin, Paul Singer) ist soeben das 38. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine erregende Woche. — Eine neue Strategie. Von R. Kautsky. (Fort- setzung). — Die ungarischen Wahlen. Von Eugen Barga. — Die Konsum- genossenschaften und der Sozialismus. Von Siegmund Ross. — Literarische Rundschau: Hans Driehs. Zwei Vorträge zur Naturphilosophie. Von Driehs. — Notizen: Die Jagdzeit in der Gewerkschafts-Preise. Von Josef Kluge. — Selbstkritik.

Beulleton der Neuen Zeit Nr. 38: Ferdinand Freiligrath. Geboren 17. Juni 1810. Von Karl Korn. Der Fabrikant und die Kultur. Von Joseph Aug. Dur. — Bücherchau: Die sind die Kraft! Georg Döhner. Gesammelte Schriften. Cesare Castell. Das heilige Rom. John Henry Madan. Max Stirner. Sein Leben und sein Werk. Sammlung kultur- geschichtlicher Publikationen. I. Das galante Brauen gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts. — Lose Blätter: Von Hamburg nach Neapel. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch- handlungen, Postanstalten und Korrespondenz zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. März, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: A. Thoma und H. Hesse. Zweites Heft. 1.20 M. A. Langen, München. Wagners, Lieferung 3. Altmungs- und Heilkunde von Dr. D. S. Gantsh. Selbstverlag, Leipzig.

Die Ueberbrückung der Kunst zwischen den materiellen und geistigen Vorgängen als Grundzüge zu einer neuen Weltanschauung. Von G. J. Böng. 1 M. E. Pfeiffer, Dresden.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel, Bezirk 178, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buch- drucker **Karl Dreßler** am 12. Juni im Alter von 35 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 17. Juni, nach- mittags 4 Uhr, von der Halle des Hellands-Kirchhofes, Wöhl- ste, aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Alfred Zimmermann** am 12. Juni beim Baden er- trunken ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juni, nach- mittags 5 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Hellands-Kirch- hofes in Wöhlste aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Luise Timpe geb. Witte** spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.
Der trauernde Gatte **Hermann Timpe,** Restaurateur.
Berliner Arbeiter- Radfahrer- Verein
Mitglied des Arbeiters Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren 11/9
zum Sonntag, den 19. Juni.
Gau-Fest
in **Lichtenberg, Seeterrasse.**
Abteilungsart: 1 Uhr an den be- sammelten Stellen.
Sammelort: 1 1/2 Uhr Köllner Platz.
Start für die städtischen Vorort- vereine: Lichtenberg, Märstr. 74.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Luise Timpe geb. Witte** spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.
Der trauernde Gatte **Hermann Timpe,** Restaurateur.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands
Achtung! Kollegen von Berlin und Umgegend. Achtung!
Auf Grund des § 15 Absatz 10 des Verbandsstatuts findet am **Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, in Berlin, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engelauer 15, eine Kombinierte Versammlung** von Mitgliedern folgender Zastellen statt:
Berlin, Charlottenburg, Friedrichshagen, Herzfelde, Köpenick, Königswinterhagen, Körsbüttel, Rowawed, Ober-Schöneweide, Spandau und Velten.
Tages-Ordnung:
Wahl von vier Verbandsvorstandsmitgliedern und Wahl von vier Mit- gliedern der Zeitschriftenkommission.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern der obengenannten Zastellen gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches gestattet, jedoch müssen die Beiträge voll be- zahlt sein. (145/11) Der Verbandsvorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 14. Juni verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter **Paul Schönau** (Korsdörferstr. 9).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juni, nach- mittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des Bethemann-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
Ihre rege Beteiligung erucht.
227/30 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Hiermit blene den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener **Gottlieb Krupinski** plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juni, nach- mittags 4 Uhr, auf dem städti- schen Friedhof zu Spandau statt.
Die Bezirksverwaltung Gr.-Berlin.

Achtung, Putzer!
Reibebretter, Kardätschen, Pinsel, Pantoffel usw.
empfehlen **Albert Baermann,** Charlottenburg, Schillerstr. 92.

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 19. Juni 1910, vormittags 10 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Ver- schiedenes.
Der Vorstand.
NB. Da mir kurz vor dem Zusammensich stehen und noch wichtige Sachen zu erledigen sind, ersuchen wir die Kollegen, wann für wann zu erscheinen.
19/7

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlotenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1937.
Sonntag, den 19. Juni er., vormittags 9 1/2 Uhr Branchen-Versammlung der **Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Rundschleifer** in den Musiker-Festsälen (gr. Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Georg Schmidt. 2. Diskussion.
3. Branchenanglegenheiten.
In dieser Versammlung sind alle Kollegen, welche am 1. Mai in den „Germania-Sälen“ waren, eingeladen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Norden 1900.
Mitgl. d. Arb.-Radf.-V. Freiheit.
Den Sportgenossen zur Nach- richt, daß unser Mitglied **Paul Schönau** am 14. Juni in Buch verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. 226/45
Bautischler verlangt Genossenschaftsmitgliedschaft aus- wärts, welche 2000 M. bei Eintritt als Stammmittel erwerben.
Kaufstraße im Holzgeschäft Oberbaum- straße 5 von 2-3 u. 8-9, 25705

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stell- macher **Friedrich Gehrmann** am 12. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Pauls- Kirchhofes in Wöhlste aus statt. 65/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Gente Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sensationelle Erfindung
in Wassersport 25638
verhält gegen Beteiligung am Gewinn
G. Schwengehecher, Weinstr. 22.

Sonntag, den 19. Juni er., vormittags 10 Uhr Mitglieder-Versammlung für **Adlershof, Alt-Glienieke und Rudow** im Lokal von Bengsch-Adlershof, Sedanstr. 3/4.
Tages-Ordnung:
1. Die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse.
Referent: Kollege **Adolf Wuschick.**
Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.
Gäste willkommen.
Die Ortsverwaltung.

